

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Ernst Ulrich Köpf **3** Nachhaltigkeit – ein Prinzip der Forstwirtschaft
- Hans Georg Nutzinger **12** Nachhaltigkeit und Standardökonomik: Komplementär oder substitutiv ?
- Hans Diefenbacher **15** Lokale Agenda 21 – Zielsetzung, Nachhaltigkeitsberichte, Projekte
- Christiane Thorn **21** Perspektiven einer geschlechtergerechten Zukunftsfähigkeit
- Fritz Andres **29** Der Beitrag der Bodenreform zur Nachhaltigkeitsdiskussion
- Ralf Becker **38** Nachhaltige Entwicklung braucht Geldmarktreform
- Roland Geitmann **44** Lokale Agenda 21 und Systemwandel
- 49** Leserbriefe – Bücher – Berichte – Veranstaltungen
- 37** 34. Mündener Gespräche

Liebe Leserin und lieber Leser,

wenige Monate nach dem UN-Umweltgipfel in Johannesburg ging es bei den letzten Mündener Gesprächen um eine Bestandsaufnahme der "nachhaltigen Entwicklung" aus unterschiedlichen Blickrichtungen. Es ging darum, sich die Herkunft dieses Leitbildes aus der Forstwirtschaft bewusst zu machen, sich Erfahrungen aus dem 1992 in Rio initiierten Agenda-Prozess vor Augen zu halten und zu überlegen, ob und wo darin Gedanken über eine Reform der Boden- und Geldordnung einfließen könnten. Die Beiträge von Ernst Ulrich Köpf, Hans Georg Nutzinger und Hans Diefenbacher werden in diesem Heft vorgestellt und ergänzt durch die Beiträge von Christiane Thorn über die frauenpolitische Seite der Nachhaltigkeitsdiskussion sowie von Fritz Andres und Ralf Becker über die Notwendigkeit einer Reform der Boden- und Geldordnung als Schritt zum nachhaltigen Wirtschaften. Wie der Vortrag von Roland Geitmann zeigte, ist es eine schwierige Aufgabe, Gedanken über einen Wandel des Gesamtsystems und das lokale Handeln in Einklang zu bringen.

Dennoch wird gerade davon in der Zukunft sehr vieles abhängen. Nach der in der Ökonomie vorherrschenden Devise "time is money" wird bislang die Zukunft 'herabdiskontiert' und in 'Gegenwartspräferenzen' umrechnet. Kurzfristige Nutzenkalküle können jedoch keine Grundlage für ein langfristig nachhaltiges Wirtschaften sein. Es werde eine "grausame Realität" auf uns zukommen, "wenn die Plünderung des Planeten durch den Menschen sich noch ein bis zwei Jahrzehnte fortsetzt", schrieb Ernst Ulrich von Weizsäcker vor rund zehn Jahren in seinem berühmten Buch "Erdpolitik". Allerdings empfahl Weizsäcker damals 'nur' eine "pragmatisch-realistische Erdpolitik, die nichts Unmögliches verlangt" – er dachte dabei an eine "Effizienzrevolution bei der Energieproduktivität", an eine ökologische Steuerreform und an eine Internalisierung der ökologischen Kosten des Wirtschaftens; die Marktpreise müssten die Wahrheit sagen. (Darmstadt 1992, S. 8-9 und 141ff)

Doch wie sollen die Marktpreise ökologische oder soziale Wahrheiten zum Ausdruck bringen, wenn sie weiterhin in größerem Umfang weder sozial- noch umweltverträgliche Zinsbestandteile als Falschinformationen enthalten, welche selbst kleine Freiräume für eine pragmatische Erdpolitik einengen? Eines der beiden Jahrzehnte, in denen eine Kurskorrektur vorgenommen werden muss, um eine "grausame Realität" abzuwenden, liegt bereits hinter uns. Statt weiterhin das Rentabilitätsstreben als oberste Maxime der Wirtschaft hinzunehmen und sich mit einer "pragmatischen Erdpolitik" zu begnügen, wäre es deshalb an der Zeit, zusätzlich das Geld so zu neutralisieren, dass es als ein 'nachhaltiges Geld' das Geben und Nehmen, Sparen und Investieren ins Gleichgewicht bringt, so dass menschliche und natürliche Ressourcen nicht länger durch eine exponentielle Vermehrung der Geldvermögen ausgeplündert werden.

Bei den letzten "Mündener Gesprächen" klang auch die Sorge um die weltpolitische Entwicklung an, insbesondere um den von den USA und England ohne UN-Mandat geführten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen das zweifelloso tyrannische irakische Regime. Ging es dabei wirklich um die westlichen Werte oder ging es nicht vielmehr um geostrategische und ökonomische Interessen in der ölreichen Golfregion? Erinnert sei hier deshalb an einen Satz aus der "Natürlichen Wirtschaftsordnung" von Silvio Gesell: "Das bis heute den Völkern und ihren Staaten zugestandene unbeschränkte Hoheitsrecht über den Boden und seine Schätze bildet das Pulverfass des Krieges." Steht uns als Teil der von Weizsäcker befürchteten "grausamen Realität" eine Epoche bevor, in der das (Un)Recht des Stärkeren nach eigenem Gutdünken mit Waffengewalt durchgesetzt wird?

Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille. Eine nach ihren Anforderungen reformierte Geld- und Bodenordnung könnte ebenso dem Frieden zwischen den Menschen wie dem Frieden mit der Natur dienen.

Werner Onken

Ressourcen als Streitobjekte

"Viel zu viele Machthaber engagieren sich für das riesige, kaum erschlossene Land im Herzen Afrikas. Libyen, Tschad, Sudan, Kongo, Gabun sind militärisch beteiligt, Bergbauunternehmen aus Kanada sind ebenso interessiert wie Söldner aus Frankreich. Die zentralafrikanische Republik ist das Epizentrum eines neuen, transnationalen Krieges um Macht und Ressourcen in Afrika geworden. ... Korruption, Rechtlosigkeit und Denunziantentum haben nach Meinung aller Oppositioneller ein gigantisches Ausmaß angenommen. Nach unabhängigen Schätzungen werden vier Fünftel der zentralafrikanischen Staatseinnahmen regelmäßig veruntreut. Das Hauptexportgut Diamanten dient vor allem der persönlichen Bereicherung. ... Im Kern geht es um die zukünftige Kontrolle des vermuteten Gürtels riesiger Ölreserven, die sich vom Süden des Tschad über den Norden der Zentralafrikanischen Republik bis nach Südsudan, Nordostkongo und Uganda erstrecken. Wer diese Gebiete kontrolliert, entscheidet über Afrikas zukünftige Milliardenengeschäfte. Das erste Geschäft läuft bereits. In diesem Jahr soll ein US-geführtes Konsortium die Ölförderung im Süden des Tschad aufnehmen. Aus der Nähe der Stadt Doba wird eine Pipeline das Öl nach Kamerun zum Export transportieren; ihr Bau ist das derzeit größte einzelne private Investitionsprojekt in Schwarzafrika und die Ausweitung der Ölförderung in dieser Region ist von hohem strategischen Wert. ... Libyen bohrt seit kurzem in der zentralafrikanischen Republik nach Öl. Dies ärgert westliche Firmen, denen der Präsident dieses Recht auch schon mal verkauft hat."

aus: Die Tageszeitung (TAZ) vom 4./5. Januar 2003, S. 6.



Internationalisierung der Ressourcen als Friedenspolitik - Eine Forderung aus dem Jahr 1921

"Darum erneuern wir unseren Mahnruf an die Regierung. Machen wir mit der Forderung der Internationalisierung der Rohstoffe - vor allem der Kohle, des Eisens, des Kalis, des Petroleums - den ersten Schritt. Alle Freunde eines wahren Völkerfriedens in der ganzen Welt werden uns begeistert zu solcher Tat zustimmen. ... Die Ursache des Krieges liegt im Petroleum, im Eisen, im Kali. Sie liegt letzten Endes in der Furcht der Völker begründet, es könnten ihnen durch das mit den Zöllnen auftretende imperialistische Streben der einzelnen Staaten die Zugänge zu lebenswichtigen Rohstoffquellen versperrt werden. Diese Furcht muss gründlich gebannt werden, ehe es zu einem wahren Frieden kommen kann. Das Mittel ist die Internationalisierung der Rohstoffquellen, der Weg dahin die Ausrufung von Freiland als allgemeines Menschenrecht."

aus: Silvio Gesell, Petrol-Trust (1921), in: Gesammelte Werke Band 13,
Lütjenburg 1992, S. 146 - 147.

Ernst Ulrich Köpf:

Nachhaltigkeit – ein Prinzip der Forstwirtschaft*

Die Devise "sustainable development", "nachhaltige Entwicklung", bestimmt seit der UNCED¹ 1992 in Rio de Janeiro die internationale Diskussion um die Zukunft der Menschheit. Das Adjektiv "sustainable", "nachhaltig", stammt aber keineswegs aus der Ökologie, sondern es ist dem Wortschatz der Forstwirtschaft entlehnt – eigentlich dem Wortschatz der Kameralisten des achtzehnten Jahrhunderts, den die Forstwirtschaft rezipierte und bis heute tradiert. Seit rund zweihundert Jahren liegt der Waldwirtschaft in Deutschland das Nachhaltsprinzip als bewusst verfolgte Politik zugrunde.

Schon 1713 hatte der Freiburger Berghauptmann Hans Carl von Carlowitz nachhaltige Bergwaldwirtschaft gefordert.² Der Bergbaubetrieb benötigte aus den umliegenden Erzgebirgswäldern Holzkohle, Grubenholz sowie Werkholz zum Bau von Wasserkünsten und vielfältigen Maschinenanlagen. Die Nachhaltigkeit galt eigentlich dem Bergbau, die Nachhaltforderung an die Forstwirtschaft war abgeleitet. Ulrich Grober fand heraus, dass v. Carlowitz wahrscheinlich bereits bei seinem Aufenthalt in London 1666/67 der Nachhaltigkeitsidee begegnet war.³ John Evelyn hatte 1664 ein Buch veröffentlicht: "Sylva or a Discourse of Forest Trees and the Propagation of Timber in His Majesty's Dominions". Es heißt dort: "...men should perpetually be planting, so that posterity might have trees fit for their service..."⁴

Zum Zeitpunkt dieser ersten schriftlichen Erwähnung in unserem Kulturkreis gab es das Bedürfnis nach gleichmäßiger Holzversorgung bereits seit Jahrtausenden. Die Bemühungen es zu befriedigen gleichen sich im wesentlichen. Darüber soll im ersten Abschnitt berichtet werden. Zur Bedeutung des Nachhaltsprinzips für die deutsche Forstwirtschaft während der vergangenen zweihundert Jahre sei im zweiten Teil etwas gesagt. Danach folgen Anmerkungen zum

Thema Nachhaltigkeit unter den aktuellen Gegebenheiten der liberalisierten und globalisierten Weltwirtschaft bei gleichzeitigen gewaltigen Bürokratisierungstendenzen. Den letztgenannten Entwicklungen unterliegt auch die Forstwirtschaft, und ihr Nachhaltsprinzip erscheint dadurch eher gefährdet als gefördert. Zu den Hoffnungen, die an nachhaltige Entwicklung geknüpft werden, ergibt sich so eine eher skeptische Haltung.

Einige Anmerkungen zur Rolle des Zinses in der Forstökonomie und zu den verschiedenen Formen des Waldeigentums runden den Blick auf die gegenwärtige Situation der Forstwirtschaft in Deutschland ab. Außerdem soll dieser Blick abschließend mit einigen Hinweisen auf die Problematik der Zerstörung tropischer Regenwälder erweitert werden.

1 Nachhaltige Holzerzeugung seit Jahrtausenden

Die Holzversorgung wurde zum Nachhaltproblem, als die Menschen sesshaft wurden. Sie begannen Landwirtschaft zu treiben und vermehrten sich folglich. Holz mag lange aus dem Urwald geholt worden sein. Doch die Pfahlbau-forschung am Bodensee und in Oberschwaben kam zu der überraschenden Einsicht, dass bereits in frühester Zeit die Holzversorgung nach Plan erfolgte.⁵ Eberhard Zangger interpretierte vor einigen Jahren die faszinierende Geschichte von Troia neu.⁶ Er stellte fest, "... dass die Gründung einer Ortschaft auf dem Hügel um 3000 v.u.Z. und ihr Untergang als blühende Handelsstadt um 1200 v.u.Z. nicht zufällig mit dem Beginn bzw. dem Ende der Bronzezeit zusammenfielen, denn Metalle spielten in Troia offensichtlich eine besondere Rolle." Und es folgt eine interessante Überlegung zum Holzverbrauch bei der Kupfergewinnung auf der an Kupferlagerstätten besonders reichen Insel Zypern: "Um ausreichend Holzkohle für die geschätzte Gesamtproduktion

* Überarbeitete Fassung eines Vortrags im Rahmen der 33. Mündener Gespräche der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft am 5. April 2003.

von 200.000 Tonnen Kupfer auf Zypern zu liefern, muss die gesamte Insel in den vergangenen 5000 Jahren mindestens sechzehn Mal vollständig entwaldet worden sein."⁷ Die vermeintliche Entwaldung wäre durchschnittlich alle dreihundert Jahre geschehen – die Regeneration des Waldes ist bei dieser Nutzungsintensität gut vorstellbar. Anzunehmen ist bei kontinuierlichem Holzbedarf eine Form nachhaltiger Waldbewirtschaftung.

Auf die Bronzezeit folgte die Eisenzeit – nach Zanggers Hypothese als Folge der Zerstörung von Troia. Zur Eisengewinnung durch die Etrusker seit dem 7. Jahrhundert v.u.Z. erfährt man bei Kellerer folgendes: "Für die Gewinnung der riesigen Holzkohlenmengen, die man bei den Schmelzprozessen benötigte, sorgten ... modern anmutende Maßnahmen etruskischer Forstwirtschaft. Untersuchungen verkohlter Holzstücke zeigten deutlich durchweg zwanzig Jahresringe an: Die Wälder wurden demnach planmäßig, Sektor für Sektor in einer genau bestimmten Zwanzigfelderwirtschaft abgeholzt."⁸

Im 19. Jahrhundert suchte man den Ursprung der Kultur in Griechenland. "Produktion und Ernte des Holzes waren an flächenmäßig festgelegte Schläge gebunden, die in einem bestimmten Turnus nach örtlich festliegender Reihenfolge gehauen wurden und ein jährlich gleichbleibendes Holzaufkommen über lange Zeit sicherten."^{9, 10}

Über das europäische Mittelalter gewann die Stadtarchäologie neue Erkenntnisse. Offenbar griff man beim Bau der mittelalterlichen Städte bereits auf nachhaltige Holzerzeugung zurück: Dendrochronologische Analysen ergaben für Konstanz, dass schon vor der ersten Jahrtausendwende immer wieder Holz ähnlichen Alters, in der Regel sechzig Jahre, aus vermutlich homogenen Beständen in Stadtnähe als Bauholz verwendet wurde.¹¹

Neben Resten der Niederwaldwirtschaft gibt es in verschiedenen Landschaften Europas bis heute historische Formen nachhaltiger Mittel- und Hochwaldwirtschaft, deren Ursprung wahrscheinlich weit zurückreicht. Neben den Tannen-Buchen-Plenterwäldern des Schwarzwaldes und der Schweiz sind hier die berühmten Buchenwälder des Thüringer Beckens zu nennen. Bei-

spiel Laubgenossenschaft Keula: Dort erhalten die Berechtigten der Waldgemeinschaft nach einem ausgeklügelten, offenbar empirisch entwickelten System ihre jährlich gleichen Holzgaben – immerhin ist das Waldrecht bereits 1303 urkundlich erwähnt.

Man kann zusammenfassend sagen: Nur bei nachhaltiger Holzerzeugung und mit entsprechender Waldnutzung war die Jahrtausendwährende zivilisatorische Entwicklung möglich. Wie so vieles in der Menschheitsgeschichte ist das von Carlowitz formulierte Nachhaltsprinzip eine Wiederentdeckung.

2 Das Nachhaltsprinzip und die deutsche Forstwirtschaft

Forstökonomien der USA stellten das Nachhaltigkeitsprinzip während des 20. Jahrhunderts lange Zeit in Frage. In der Forstwirtschaft Mitteleuropas stand es hingegen ungebrochen in hohem Ansehen. Seit einigen Jahren hat das Thema Nachhaltigkeit geradezu Konjunktur.¹² Durch den Brundtland-Report (1987) und durch die Rio-Konferenz (1992) wurde die Nachhaltigkeit weltweit zum Politikprogramm gemacht.

In zahlreichen Veröffentlichungen wird die nachhaltige Forstwirtschaft ethisch begründet und zum Credo von Waldbesitzern und Förstern stilisiert. Andere hinterfragen Nachhaltigkeit kritisch, "Mythos" und "Realität" werden verglichen (Schanz). Im "Helsinki follow-up" dachte man sich sechs Kriterien und 27 Indikatoren aus und erklärte sie zum Maßstab für nachhaltige Waldbewirtschaftung; im "Montreal follow-up" sind es sieben Kriterien und 47 Indikatoren. Willige Vollstrecker eröffnen dem bürokratischen Unwesen weltweit neue Entwicklungsmöglichkeiten, indem sie meinen, nachhaltige Holzerzeugung lasse sich zertifizieren – und niemand fragt, was das kostet und wer die Kosten trägt, während gleichzeitig der Wald jenseits der Nutzung weltweit zerstört wird.

Georg Ludwig Hartig formulierte das forstliche Nachhaltsprinzip vor zweihundert Jahren für die Holzproduktion so: "Es lässt sich keine dauerhafte Forstwirtschaft denken und erwarten, wenn die Holzabgabe aus den Wäldern nicht auf

Nachhaltigkeit berechnet ist. Jede weise Forstdirektion muss daher die Waldungen des Staates ohne Zeitverlust taxieren lassen und sie zwar so hoch als möglich, doch so zu benutzen suchen, dass die Nachkommenschaft wenigstens ebensoviel Vorteil daraus ziehen kann, als sich die jetzt lebende Generation zueignet."¹³ Damit forderte Hartig die Einrichtung des geregelten Nachhaltsbetriebs zur Sicherung der Holzlieferung in den damals aus Transportgründen meist räumlich eng begrenzten Absatzgebieten. Der Fachbegriff "Forsteinrichtung", der heute die meist in zehnjährigem Turnus durchgeführte Inventur und Maßnahmenplanung des Forstbetriebes kennzeichnet, leitet sich von diesem Vorgang her. Dem Staat kam bei den Kameralisten die "hausväterliche" Versorgungsaufgabe für Bevölkerung und Gewerbe zu. Hartig sprach deshalb von den Waldungen des Staates. Tatsächlich entstanden so in öffentlicher Hand privatwirtschaftlich handelnde Forstbetriebe bei marktwirtschaftlichem Holzabsatz.

Der Holzmarkt änderte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts grundlegend. Liberale Wirtschaftsgrundsätze setzten sich durch. Sie gingen von England aus, dessen damalige Verhältnisse von Adam Smith überzeugend dargestellt und theoretisch gefasst wurden.¹⁴ Über die Universitäten fanden sie bei uns Eingang und rasche Verbreitung (z.B. Stein-Hardenbergsche Reformen in Preußen). Die Entwicklung führte zu enormen Veränderungen im Transportwesen (Eisenbahn), in der Energiewirtschaft (Kohle), in der Technologie (z.B. Zellstoff und Papier) und in der Marktwirtschaft.¹⁵ Die heutige Globalisierung kann als unmittelbare Fortsetzung dieser Veränderungen gelten. In den Industrieländern verlor das Brennholz im Laufe der Zeit fast ganz seine Bedeutung. Auch im Bereich der Roh- und Werkstoffe wurde Holz weithin substituiert. In immer größeren geografischen Räumen werden Holz und Holzprodukte frei gehandelt.

Der Forstbetrieb wird in seiner Bedeutung für die Nachhaltigkeit der Waldbewirtschaftung bisher nicht ausreichend gewürdigt. Er wurde eingerichtet, um dem fachlich geschulten Förster eine überschaubare Aufgabe zuzuweisen, für die er volle technische und wirtschaftliche – das

heißt ökologisch-waldbauliche und ökonomisch-finanzielle – Verantwortung tragen kann und muss. Als Organisationsform hat sich der Nachhaltsforstbetrieb selbst unter den extremen Anforderungen nationalstaatlicher Autarkiewirtschaft bewährt, auch in Kriegen und Kriegsfolgesituationen. Die unmittelbare Verantwortlichkeit besteht in den meisten Privatforstbetrieben nach wie vor, Fehlentwicklungen müssen sie selbst verkraften. Hingegen ist bei zentralisierter Führung in Landesforstverwaltungen zu befürchten, dass die Langfristigkeit der Handlungsfolgen bei starkem wirtschaftlichem Druck zur Verschleierung der Verantwortung führt. Beklagte Mängel sind vielfach durch die Bindung an das öffentliche Haushaltsrecht des Staates erklärbar und insofern zu entschuldigen.

Die Kassenlage der öffentlichen Hand bietet derzeit kaum die Chance, die der Allgemeinheit erbrachten Leistungen des Forstbetriebes sachgemäß zu entgelten. In holzwirtschaftlich lukrativen Zeiten wurde versäumt, die wachsenden Leistungserwartungen der Menschen an den Wald mit betriebswirtschaftlich begründeten Forderungen zu beantworten. Das hat die Glaubwürdigkeit der Forstwirtschaft, trotz stets gezeigtem gutem Willen in Bezug auf Naturschutz und Erholung, geschmälert und erklärt vielleicht Angriffe von Umweltschützern, welchen sie sich heute ausgesetzt sieht.

Ziehen wir ein Fazit: Das Nachhaltsprinzip der deutschen Forstwirtschaft ist Leitidee für kontinuierliche, kontrollierte Tätigkeit am Waldökosystem. Der Wald kann rasch zerstört werden: durch Sturm, Brand, Kahlschlag oder auch durch den sauren Regen. Und er wird leicht Opfer modischen Zeitgeistes (vielleicht sogar beim "ökologischen Waldumbau", der seit ca. zehn Jahren betrieben wird). Althergebrachte Regeln der Nachhaltswirtschaft geben dem einzelnen Förster eine notwendige Resistenz und persönliche Autonomie gegen die Meinungsvielfalt der Gesellschaft, und das kommt dem Wald zugute.

Als ethische Forderung an Waldbesitzer und Förster ist das Nachhaltsprinzip der deutschen Forstwirtschaft positiv zu werten. In der von Konzernen monopolisierten Wettbewerbswirtschaft aber muss ein Wirtschaftszweig unter-

gehen, der sich einer solchen Maxime verpflichtet. Kalte Rationalität setzt sich in unserer sozio-ökonomischen Umwelt durch. Das Prinzip eines "zukunftsfähigen Deutschland"¹⁶ ist leider von allgemeiner Anerkennung bzw. praktischer Wirksamkeit weit entfernt. Deshalb muss man diejenigen, die Forderungen stellen, mit überzeugenden Belegen für leistungsbedingte Kosten konfrontieren und sie konsequent zur Kasse bitten. Das gilt insbesondere auch gegenüber dem Gesetzgeber.

3 Der Zins in der Forstwirtschaft

Nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes und seine Erhaltung als Waldökosystem erfordert – biologisch-technisch bedingt – Produktionszeiträume von 100, 200 oder noch mehr Jahren. Primäres Produktionsziel ist nach den Vorgaben der Landeswaldgesetze Wald in einem Zustand, der möglichst jederzeit die Befriedigung sehr verschiedener menschlicher Bedürfnisse erlaubt. So soll der Forstbetrieb den Bedarf an Erholungslandschaft, Erosionsschutz, Temperatenausgleich, gleichmäßiger Schüttung klaren Wassers, CO₂-Bindung, an Ökotope für vielerlei Pflanzen und Tiere, Sicht- oder Lärmschutz, Jagdmöglichkeiten etc. mehr oder weniger nebeneinander decken, dazu selbstverständlich den Bedarf an Rohholz für industrielle und energetische Zwecke. In Wirklichkeit müssen Prioritäten gesetzt werden, und die getroffenen Entscheidungen wirken beim Wald Jahrzehnte fort. So verkennen die Kritiker der "Fichten-Monokulturen" in Deutschland die

Schwierigkeiten in den Jahren 1946 bis 1950, die vom Krieg geschädigten, durch Reparationshiebe zerstörten, von Insektenkalamitäten schwer betroffenen Kahlflächen wieder aufzuforsten – eine enorme Leistung, bei der man die Pflanzen nahm, die es gab. Schon in den Fünfzigerjahren kamen als Reaktion "Buntmischungen" in Schwang, die sich aber wegen der unterschiedlichen Wuchsdynamik der Baumarten nicht bewährten und oft wieder zu reinen Fichtenbeständen gerieten.

Die Holzproduktion an sich könnte – sieht man von der Gesetzeslage ab – mit kürzeren "Umtriebszeiten" in Plantagen erreicht werden. Rentabilitätsgründe sprächen dafür. So steht der Waldbesitzer im Konflikt zwischen (gesetzlichen) Verpflichtungen bzw. Erfordernissen, möglicherweise auch betrieblichen Vorteilen einer langfristig nachhaltigen Waldwirtschaft, und dem ganz profanen finanziellen Interesse, sein im Wald festgelegtes Kapital so rasch wie möglich zu mehren und wieder verfügbar zu machen, also maximale Rentabilität und hohe Liquidität zu erzielen. Lange galt das eigentlich nicht für den Wald in öffentlichem Eigentum, doch heute setzt der Staat seine Förster genau diesem Dilemma verstärkt aus.

Die sehr langfristige (heute dauerhaft angestrebte) Bindung des Kapitals im Wald-Bestand führte früh zur Erfindung der Investitionsrechnung als herausragende forstwissenschaftliche Leistung. 1849 veröffentlichte Martin Faustmann (1822–1876) seine berühmte Formel zur Bestimmung des Waldwertes,¹⁷ die hier in Anlehnung an Gustav Heyer,¹⁸ aber in modernisierter Schreibweise, wiedergegeben ist:

$$B_u = \frac{A_u + D_a \cdot (1+i)^{u-a} + \dots + D_q \cdot (1+i)^{u-q} - c \cdot (1+i)^u}{(1+i)^u - 1} - \frac{v}{i}$$

Dabei steht:

- i für den Kalkulationszinsfuß (engl. "interest"): Wieviel Kapitalverzinsung erwartet der Investor?
- c für die Kulturkosten, die jeweils am Beginn einer Umtriebszeit anfallen
- v für die jährlich anfallenden Betriebs- und Verwaltungskosten
- B_u für den Kapitalwert des Bodens, berechnet als "ewige" Rente, die periodisch alle u Jahre anfällt
- A_u für den erntekostenfreien Verkaufswert des Holzes beim "Abtrieb" am Ende der Umtriebszeit u
- $D_a \dots D_q$ für alle erntekostenfreien Erlöse aus Durchforstungen innerhalb u in den Jahren $a \dots q$

Sinnvoll interpretiert ist die Formel Verständnis-hilfe für den Investitionscharakter einer Dauerwaldwirtschaft, denn der Nenner macht aus dem Reinertrag einer Umtriebszeit, der im Zähler steht, eine »ewige Rente«. Im 19. Jahrhundert aber entbrannte unter Forstprofessoren ein heftiger Streit, in dem sich "Bodenreinertragslehre" und "Walldreinertragslehre" kompromisslos gegenüber standen. Die Bodenreinertragslehre, begründet von Robert Pressler (1815–1886), will Umtriebszeit und Holzvorratshöhe unter dem Gesichtspunkt maximaler Kapitalverzinsung optimieren; die Walldreinertragslehre strebt den höchsten nachhaltigen Holz-ertrag an, und der wird erzielt, wenn für das Kapital keine Kosten veranschlagt werden, der Zinssatz in obiger Formel also null beträgt.

Kein geringerer als Paul A. Samuelson¹⁹ hat sich damit auseinander gesetzt. Er bestätigt: "Correct competitive solution is that of Martin Faustmann (1849), which maximizes present discounted value over infinity of cycles..."²⁰ Entscheidend ist, dass die ökonomische Theorie nicht kurzschlüssig als Handlungsmaxime verwendet werden darf. Ökonomische Modelle (wie die Zinsrechnung zur Abbildung der Zeitpräferenz, die unbestreitbar existiert, aber keineswegs in allen Zusammenhängen wünschenswert sein kann) können durch den unwissenschaftlichen Anspruch normativer Gesetzmäßigkeit zu unsinnigen Entwicklungen führen. Die gegenwärtige Form verbreiteter Arbeitslosigkeit beispielsweise kann als Folge der einseitigen Bevorzugung internationaler Kapitalinteressen zum Nachteil anderer Produktionsfaktoren verstanden werden. Die Holzmarktbedingungen des 19. Jahrhunderts und Autarkiebestrebungen im 20. Jahrhundert hatten in der deutschen Forstwirtschaft die Dominanz der Walldreinertragslehre zur Folge, also die Ansicht, dass Wälder nicht mit Kosten für das in sie gebundene Kapital belastet werden sollten. Theoretisch ist es konsequenter, die gesellschaftlichen Entwicklungen in unserem zunehmend dicht besiedelten Industrieland zur Erklärung dafür heranzuziehen, dass Plantagenwirtschaft praktisch ausschlossen und multifunktionale Wälder aufgebaut wurden. Schon 1886 erschien ein Buch, das den gemischten Wald forderte und zeigte, wie man ihn erzielt.²¹ Das höherwertige

Produkt – der multifunktionale Wald – steht dann für eine Kapitalverzinsung, die höher liegt als der erzielbare Netto-Markterlös für das Holz.²²

Man kann also empirische Befunde mit Hilfe von Theorie erklären. Ein Waldbesitzer mit Liquiditätsproblemen bevorzugt selbstverständlich schneller wachsende Baumarten und hält weniger Holzvorrat als ein reicher Eigentümer, der sein Einkommen aus anderen Quellen bezieht. Der berühmte Berliner Chirurg, Professor August Bier, erwarb 1912 den Sauener Wald von einem "Krautjunker", der aus seinem Land soviel Geld wie möglich heraus geholt hatte und es doch zuletzt verkaufen musste. Nun steckte der neue, wohlhabende Besitzer Geld hinein und pflegte den Wald gesund.²³ Weniger seine ärztliche Kunst als seine Finanzkraft führte zur Erholung des Waldes. Daraus ist zu lernen, dass der Wald ausreichend finanziert sein muss, um gesund zu bleiben. Das gilt jedenfalls, wo Leistungserwartungen vieler Menschen an den Wald zu dessen Übernutzung und Zerstörung führen können. Die Regeln der Massenfertigung aber passen nur in engem Rahmen zur biologischen Produktion der Forstwirtschaft. Der Versuch, die finanzielle Ertragsfähigkeit des Forstbetriebes privatwirtschaftlich zu maximieren, gefährdet die Nachhaltigkeit, wenn der Wald vielfältigen Funktionen gerecht werden soll.

4 Formen des Waldeigentums in Deutschland

In dem dicht besiedelten, seit Jahrtausenden erschlossenen, intensiv genutzten und auch belasteten Gebiet Deutschlands ist kein Fleckchen Erde unberührt. Auch im Wald befinden sich sämtliche Flächen im Eigentum von Privatpersonen, Körperschaften oder des Staates. Das Grundgesetz "gewährleistet" Eigentum und Erbrecht mit der Maßgabe, dass sein Gebrauch dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll.²⁴

Das war nicht immer so. Erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluss des Code Napoleon und des Liberalismus, später zunehmend von liberalkonservativen Denkweisen geprägt, erfolgte in Deutschland der Durchbruch zum römischen Recht und zum Privateigentum.

In der Folge wurde Gemeinschaftswald weithin privatisiert und aufgeteilt, oft in kleine Besitzeinheiten und ungünstige Formen von sehr schmalen Streifen.

Von der Gesamtfläche Deutschlands ist derzeit etwa ein Drittel mit Wäldern bedeckt (10,7 Mio ha von insgesamt 35,7 Mio ha). 34% dieser Waldflächen sind Staatswald, 20% Körperschaftswald und 46% Privatwald.²⁵ Zum Körperschaftswald gehört vor allem der Gemeindewald, in geringem Umfang auch Kirchenwald.

Eine wichtige Frage stellt sich angesichts der sehr langen Zeithorizonte in der Forstwirtschaft: Welche der verschiedenen Eigentumsformen entspricht am ehesten dem Prinzip der Nachhaltigkeit? Vor allem die Unabhängigkeit des Waldbesitzers von den Einkünften aus dem Wald gewährleistet, dass die vielfältigen Leistungen, die vom Wald erwartet werden, nachhaltig erbracht werden. Zwar muss im Grunde jeder Forstbetrieb möglichst rentable Holzproduktion anstreben, und die Nachhaltigkeit wird er aus wohlverstandenen Eigeninteresse und wegen der gesetzlichen Verpflichtung auch nicht vernachlässigen. Indem die Rechtslage bei uns aus Erholung und Naturschutz öffentliche Güter macht, aber auch die Wasserwirtschaft oder die Betreiber von Verkehrswegen und Energietrassen gegenüber den Waldbesitzern privilegiert sind, entsteht aber eine Unterfinanzierung der Forstwirtschaft, die ungerechtfertigter Weise als defizitär dargestellt wird. In Wirklichkeit handelt es sich um Kosten für die Produktion von Gütern, die der Gesetzgeber fordert, ohne den finanziellen Ausgleich generell zu regeln. Nun ist es selbstverständlich, dass der Staatsforstbetrieb die Gesetzesnormen in höherem Maße erfüllt als andere Waldbesitzer. Eine Kennziffer nach Freist,²⁶ welche angibt, wie viel Prozent der betrieblichen Ressourcen (Arbeit, Boden, Kapital) dem Gemeinwohl dienen, zeigte in ersten Praxisuntersuchungen die interessante Staffelung: Landesforsten Bramwald 56%; Stadtwald Hann.Münden 48%; Stadtwald Rostock 47%; Fürstlich-Fürstbergische Forstverwaltung 38%; Genossenschaftswald Barterode 30%.²⁷ Leider liegen weiterreichende Untersuchungen bislang nicht vor. Die Tendenz aber wird deutlich, dass der private Forst-

betrieb das Gemeinwohl etwas weniger im Auge hat als der kommunale, und dieser etwas weniger als der staatliche.

Schon Heinrich Cotta (1763–1844) wusste rund einhundert Jahre nach von Carlowitz, "dass der Staatsforst zuweilen das Gegenteil von dem tun muss, was der gemeine Forstwirt zu tun hat." Er verwies auf den vielfältigen Nutzen des Waldes und sah "beim Staatshaushalt das oberste Prinzip: Die Waldungen müssen so benutzt werden, wie es der menschlichen Gesellschaft am zuträglichsten ist. Aus diesen Untersuchungen und Betrachtungen erhellet, dass es am besten sein muss, wenn der Staat im Besitz so vieler Waldungen ist, als zur Entfernung des absoluten und dem Staate wirklich gefährlichen Holz mangels erforderlich ist, wodurch dann von selbst alle Beschränkungen der Privatwälder unnötig werden."²⁸

Cotta hatte den zukünftigen Holz mangel als zu seiner Zeit staatspolitisch wichtigste Forderung im Auge. Er sah die Zukunftsvorsorge als eine Aufgabe, die nur der Staat erfüllen könne. Es ging um die Nachhaltigkeit. Cotta wusste, dass die private Wirtschaft unter liberalen Bedingungen stark gegenwartsbezogen ist und Auswirkungen auf die Zukunft kaum mitbedenkt. Das Nachhaltigkeitsprinzip in seiner ganzen Breite – Erhaltung, Pflege und Gestaltung des Waldes, um allen denkbaren Leistungserwartungen des Menschen für die Zukunft entsprechen zu können – ist in erster Linie eine Verpflichtung des Staates. Er bleibt die wichtigste Instanz, um mit einem niedrigen Kalkulationszinsfuß eine langfristige, vorratsreiche Waldwirtschaft ökonomisch durchzustehen.

In der Gegenwart ist es schick geworden, den Verkauf von Staatsvermögen zu fordern; man hofft dem verschuldeten Staatshaushalt außerordentliche Finanzmittel zuzuführen. Auch geht man vielfach davon aus, dass Staatsbetriebe von vornherein weniger effizient seien als die private Wirtschaft. Da aber staatliches, körperschaftliches und privates Eigentümerverhalten verschieden sind, sollten die Eigentumsarten nebeneinander bestehen, um sich zu ergänzen und gegenseitig zu korrigieren. Eine Pluralität der Eigentumsformen ist in der Forstwirtschaft

höchst erwünscht und notwendig; sie allein schützt vor den Gefahren einer gleichgeschalteten Entwicklung. Beim Staatsforstbetrieb sollte allerdings das Subsidiaritätsprinzip gegenüber einer Bevormundung durch Zentralverwaltungen Vorrang haben, auch innerhalb der Verwaltungshierarchie. Eine etwaige Privatisierung von Staatswald widerspricht den Erfordernissen der Zukunftsvorsorge durch die Forstwirtschaft – dem Staat bleibt die unabweisbare Verantwortung als Verpflichtung.

Aber das Gesetz der Massenproduktion sollte nicht zu sehr verallgemeinert werden. Es führt zu Machtungleichgewichten in der Wirtschaft, die als wesentliche Störgröße für eine Entwicklung zur Nachhaltigkeit wirken.

5 Tropische Regenwälder

Der forstwirtschaftliche Grundsatz der Nachhaltigkeit wird mit dramatischen Folgen für das Klima der ganzen Erde in großen Teilen der tropischen Regenwälder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens missachtet. Tropenwälder sind die reichhaltigsten Ökosysteme der Erde. Es heißt, sie bedecken 12% der Landoberfläche und beherbergen mehr als die Hälfte aller schätzungsweise 30 bis 50 Millionen wildlebenden Tier- und Pflanzenarten. Von der weltweiten Fläche geschlossener tropischer Laubwälder entfallen 56% auf Lateinamerika, 10% auf Afrika und 34% auf Südostasien. Allein in den drei Staaten Brasilien, Indonesien und Zaire befinden sich ca. 55% dieser Wälder. Die Zerstörung tropischer Regenwälder ist oft endgültig und ihre Wiederherstellung unmöglich. Die FAO bezifferte die Tropenwaldfläche für 1981 auf 1.910 Mio. ha und für 1990 auf 1.756 Mio. ha, d.h. in den 1980er Jahren gingen rund 154 Mio. ha Tropenwälder verloren.²⁹ Dieser Zerstörungsprozess hat sich seitdem unvermindert fortgesetzt.

Ursachen für den Verlust von ökologisch wertvollem Tropenwald sowohl in den Regenwaldgebieten als auch in den Savannen sind Bevölkerungswachstum und Armut, oft verbunden mit dem Mangel an Nahrung, Bildung, Gesundheitsvorsorge und sozialer Absicherung. In den Tropen ist mehrheitlich eine Bevölkerung betroffen, die

sich in der Wohlstandspyramide der Menschheit ganz unten befindet. Hinzu kommt der Einfluss multinationaler Konzerne, die sich durch Brandrodung Anbauflächen und Weideflächen für die Viehhaltung verschaffen, um Futtermittel und Fleisch für den Export in die reichen Industrienationen zu produzieren. Verschuldete Länder vergeben Konzessionen zur Exploitation ihrer Urwälder, um ihren Zinszahlungsverpflichtungen bei westlichen Kapitalgebern oder Weltbank nachzukommen. Zur Zerstörung der tropischen Regenwälder trägt außerdem die Produktion von Möbeln aus tropischen Hölzern bei, wenngleich der Konsum von Tropenholz nicht das von umweltsensiblen Menschen angenommene Ausmaß hat und die Zertifizierung von Hölzern mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand verbunden ist.

Die Konsumgewohnheiten in den Ländern des Nordens und deren Wertvorstellungen sind an den Ursachen der Regenwaldzerstörung wesentlich beteiligt. Um diese Zerstörung aufzuhalten, sind Veränderungen dieser Konsumgewohnheiten und Wertvorstellungen dringlich. Vor allem muss die gewaltige Überschuldung der Länder Lateinamerikas, Afrikas und Südostasiens durch strukturelle Reformen der Weltwirtschaft abgebaut werden. Wenn die Regierungen und ebenso die armen Bevölkerungen von dem Druck zu zerstörerischem Handeln befreit sind, sollte durch gewaltige Bildungsanstrengungen dafür gesorgt werden, dass mehr Gerechtigkeit und verbesserte Chancen der Partizipation einen Anreiz zu sozialem Verhalten schaffen. Für eine Übergangszeit bedarf es eines internationalen Tropenwaldfonds, der Nutzungsverzichte und Walderhaltungsmaßnahmen in den betroffenen Ländern finanziell kompensiert.

6 Nachhaltige Entwicklung – Hoffnung der Menschheit?

Darf damit gerechnet werden, dass Zukunftsfähigkeit zur Maxime menschlichen Umgangs mit Ressourcen, Umwelt und Mitmenschen wird? Ist unser Land, ist die Welt auf dem Weg zu Nachhaltigkeit im idealistischen Sinn unserer deutschen forstlichen Tradition? Reicht unsere

Kraft, den geschichtlichen Prozess in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung zu zwingen? Angesichts des gegenwärtigen Umgangs unserer Gesellschaft mit dem Forstbetrieb muss man zweifeln!

Mit der neolithischen Revolution vor etwa zehntausend Jahren hat sich die menschliche Gesellschaft auf einen schwierigen Weg begeben: Begeistert – aber auch entmutigend, eindrucksvoll – aber auch grauerregend führt uns die Geschichte ein Kaleidoskop positiver und negativer Menschheitserfahrungen auf diesem Wege vor Augen. Ethische Grundsätze, Erziehung und Bildung, Gesetz und Recht, Kirche und Staat bilden mit ihren Orientierungsfunktionen die Randsteine dieses Weges der Menschheitsgeschichte, vielleicht seinen ganzen Ausbaustandard. Auf dem Weg beobachten wir glanzvolle Selbstdarstellung, viel Gedränge, rüden Umgang, Übervorteilung, oft schlimme Unfälle. So ist das Leben bisher.

Noch immer werden große Hoffnungen in den technischen Fortschritt gesetzt. Indessen ist die Frage zu stellen, ob die technische Entwicklung (auch Biotechnologie und Medizintechnik) den Unterschied zwischen wichtigen und weniger wichtigen Zielen ausreichend beachtet. Der technische Fortschritt, wie wir ihn erleben, fördert den Konsumismus und die Spaßgesellschaft. Dabei wird er von wahnwitzigen Angstszenerien der privilegierten Welt bestimmt. Nach Belieben bedient er diejenigen, die alles bezahlen können. Wer nicht zahlt, zählt nicht und wird vernachlässigt, vergessen. Und zwar schon im Vorfeld der technischen Entwicklung. Das ist wie ein Rückfall ins Mittelalter.

Gefahr droht nach aller geschichtlichen Erfahrung durch eine abgehobene Zivilisation; dadurch, dass wenige die Versorgungssysteme kontrollieren, von denen gewaltige Volksmassen abhängen; durch Differenzierung in Privilegierte und Ausgeschlossene; durch Verlust der Übersicht bei den Verantwortlichen und die Hybris der Mächtigen.

Die Zahl der Menschen wächst – zahlreicher werden dabei vor allem die, die in Armut leben. Ist es nicht anerkannter Grundsatz, die Menschenwürde jedem Menschen zuzubilligen? Die

Wirtschaftsordnung muss erzwingen, dass die Bedürfnisse aller Menschen befriedigt werden, nicht primär Bedürfnisse einer privilegierten Minderheit. Tatsächlich verhindert die herrschende Wirtschaftsordnung diese rationale Notwendigkeit. Wir müssen deshalb die Wirtschaftsordnung anpassen. Als Ökonom und Forstwirt betrachte ich die Wirtschaftsordnung als Ansatzpunkt für notwendige Veränderungen. Können aus der Waldwirtschaft Lehren gezogen werden, die eine Verallgemeinerung zulassen?

Im Sinne von Hanns Carl von Carlowitz müssen wir Nachhaltigkeit für die nächsten 300 und mehr Jahre möglich machen – aus dem wirtschaftsordnungspolitischen Handeln in unserer Gegenwart. Dies mit obrigkeitstaatlichen Mitteln erreichen zu wollen, erscheint unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Wald- und Landnutzung als falsch, geradezu gefährlich. Elementare Prinzipien einer nicht neoliberalen, sondern nach den Vorstellungen von Walter Eucken ordoliberalen Wirtschaft könnten zum Ziel führen, wenn sie in vollem Umfang beachtet würden: Artikel 14 Grundgesetz gewährleistet das Eigentum mit dem ausdrücklichen Zusatz, sein Gebrauch solle dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Eigentümerverantwortung in Form von Pflichtigkeit und nachhaltiger Effizienz des Gebrauchs von Eigentum sind gesellschaftlich notwendig und nicht ersetzbar. Doch schließt die Verfassung den sozialen Missbrauch des Eigentums an Produktions- und Konsumgütern als unrechtmäßig aus.

Voraussetzung für das Funktionieren des Systems ist, dass Eigentümer für erbrachte Leistungen gegenüber der Gesellschaft belohnt und nicht bestraft werden. Doch muss Gerechtigkeit in der Verteilung des Sozialproduktes gewährleistet, dass nicht eine wachsende Ungleichverteilung des Eigentums zu Machtstrukturen führt, die nicht mehr demokratisch genannt werden können und die sozialen Sprengstoff und entsprechende Unterdrückungsmechanismen bedingen. Die Forderung, Rahmenbedingungen zu schaffen, die freiheitliches Handeln von Individuen in Einklang bringen mit dem öffentlichen Wohl, ist unabdingbar – die Wirtschaftsordnung muss entsprechend gestaltet werden.

Anmerkungen:

- 1 Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen
- 2 Carlowitz, H. C. V.: *Sylvicultura oeconomica* oder Anweisung zur wilden Baumzucht. Leipzig 1713. (Reprint Freiburg 2000 mit einer Einleitung von Ulrich Grober, bearbeitet von K. Immer und A. Kiessling). Vgl. außerdem Ulrich Grober, *Der Erfinder der Nachhaltigkeit. "Sustainable development" – das weltweit diskutierte Umweltkonzept hat eine überraschende Geschichte. Sie führt zurück ins barocke Sachsen: zu Hanns Carl von Carlowitz in der Silberstadt Freiberg; in: Die Zeit Nr. 48/1999.*
- 3 Grober, U.: Tiefe Wurzeln: Eine kleine Begriffsgeschichte von 'sustainable development' – Nachhaltigkeit. *Natur und Kultur – Transdisziplinäre Zeitschrift für ökologische Nachhaltigkeit*, Jg. 3, Heft 1, Frühjahr 2002, S. 116–128
- 4 Ebd. S. 119
- 5 Schlichtherle, H., Wahlster, B.: *Archäologie in Seen und Mooren. Den Pfahlbauten auf der Spur*. Stuttgart 1986, S. 44
- 6 Zangger, E.: *Ein neuer Kampf um Troia – Archäologie in der Krise*. 1994. Taschenbuchausgabe, München 1995
- 7 Ebd. S. 102
- 8 Kellerer, W.: *Denn sie entzündeten das Licht. Geschichte der Etrusker – die Lösung eines Rätsels*. München, Zürich 1970, S. 74
- 9 Kremser, W.: *Niedersächsische Forstgeschichte – Eine integrierte Kulturgeschichte des nordwestdeutschen Forstwesens*. Rotenburger Schriften, Sonderband 32, Rotenburg/Wümme 1990, S. 25
- 10 Seidensticker, A.: *Waldgeschichte des Alterthums*. 2 Bände. Frankfurt/Oder 1886.
- 11 Becker, B. und Oexle, J.: *Stadt und Umland – dargestellt am Beispiel der Waldnutzung im Umland des mittelalterlichen Konstanz*. In: *Stadtluft, Hirsebrei und Bettelmönch – Die Stadt um 1300* (Ausstellungskatalog). Herausgegeben vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg und der Stadt Zürich. Zürich, Stuttgart 1992/93, S. 374–379
- 12 z. B. Peters, W. und Wiebecke, C.: *Die Nachhaltigkeit als Grundsatz der Forstwirtschaft*. *Forstarchiv* (Hannover) 54. Jg., Heft 5, 1983, S. 172–178 | Gundermann, E. (Hrsg.): *Sustained Yield – Historical, Economic and Political Aspects*. Centennial – 100 Jahre IUFRO, Eberswalde 1992 (Proceedings – Interdivisional and Divisional Sessions of Division 6 and 4) | Georg-Ludwig-Hartwig-Stiftung (Hrsg.): *Nachhaltiges Wirtschaften – Ein forstliches Prinzip als Leitbild für unsere moderne Gesellschaft? Vortragsveranstaltung am 25. Januar 1995 aus Anlaß der Internationalen Grünen Woche in Berlin mit Beiträgen von W. Dertz, H. Schanz, J. Pretzsch, H. Immler | Egestad, P. S.: Setting Standards for Sustainable Forest Management – an Institutional Perspective Analysis – Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Forstökonomie, Arbeitsbericht 20-95, Freiburg 1995 | Industriegewerkschaft Bau-Agrar-Umwelt: *Nachhaltige Waldbewirtschaftung, Waldarbeit und soziale Verträglichkeit*. Frankfurt/M. 1996 | Schanz, H.: *Forstliche Nachhaltigkeit – Sozialwissenschaftliche Analyse der Begriffsinhalte und -funktionen*. Schriften aus dem Institut für Forstökonomie der Universität Freiburg, Band 4, Freiburg i. Br. 1996 | Höltermann, A.: *Verantwortung für zukünftige Generationen in der Forstwirtschaft – Zur ethischen Rechtfertigung verschiedener Konzepte von forstlicher Nachhaltigkeit*. Schriften aus dem Institut für Forstökonomie der Universität Freiburg, Band 14, Freiburg i. Br. 2001*
- 13 Hartig, G. L.: *Anweisung zur Taxation der Forste oder Bestimmung des Holztrags der Wälder*, Giessen 1795. Zitiert nach dem Vorwort von W. Dertz zum Nachdruck 1996 der Erstveröffentlichung
- 14 Smith, Adam: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, 1776
- 15 Siehe Vorwort in Gayer, Karl: *Der gemischte Wald – seine Begründung und Pflege*, Leipzig 1886
- 16 BUND/Misereor (Hrsg.): *Zukunftsfähiges Deutschland – Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*. Studie des Wuppertal Instituts für Klima Umwelt, Energie. Basel, Boston, Berlin 1996
- 17 Faustmann, M.: *Berechnung des Wertes, welchen Waldboden sowie noch nicht haubare Holzbestände für die Waldwirtschaft besitzen*. *Allgemeine Forst- und Jagd-Zeitung*, Jg. 15, 1849, S.441–455
- 18 Heyer, G.: *Handbuch der forstlichen Statik*. Erste Abteilung: *Die Methoden der forstlichen Rentabilitätsrechnung*. Leipzig 1871
- 19 Samuelson, P. A.: *Economics of Forestry in an Evolving Society*. *Economic Inquiry*, Vol. XIV, 1976; Reprint *Journal of Forest Economics* (Umeå Forest University Press), Vol. I, No. I, 1995, S. 115–149
- 20 Ebd. (Reprint) S. 133
- 21 Gayer, K.: *Der gemischte Wald, seine Begründung und Pflege, insbesondere durch Horst- und Gruppenwirtschaft*. Berlin 1886
- 22 Köpf, E. U.: *Grundlagen rationaler Investitionspolitik in der Forstwirtschaft*. *Forstwissenschaftliche Forschungen – Beihefte zum Forstwissenschaftlichen Centralblatt*, Heft 18, Hamburg, Berlin 1964
- 23 Krauss, H.: *Der Sauener Wald – Das große ökologische Experiment des Chirurgen August Bier nach 70 Jahren*. Basel, Boston, Stuttgart 1986
- 24 Artikel 14 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland
- 25 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, *Agrarbericht der Bundesregierung 2000*, Bonn 2000, S. 43.
- 26 Freist, Helmuth: *Eine Gemeinwohlzahl für jeden Forstbetrieb*. *Forst und Holz*, 53. Jg., S. 676–678
- 27 Köpf, Ernst Ulrich: *Forstpolitik*. Stuttgart 2002 (S. 221)
- 28 Heinrich Cotta: *Vorlesungsmanuskript "Staatsforstwirtschaftslehre"*, zitiert nach: Köpf, ebd., S. 185–186.
- 29 Etzbach, Martina; Müller, Michael; Spangenberg, Joachim (Hrsg.): *Rettet den Tropenwald*, Bonn 1991, S. 18 und 28–29. Siehe auch Herkendell, Josef; Pretzsch, Jürgen (Hrsg.): *Die Wälder der Erde – Bestandsaufnahme und Perspektiven*. Beck'sche Reihe BsR 1127, München 1995

An den Grenzen des Wachstums

"In den letzten 200 Jahren ist die Wirtschaft der heutigen Industrieländer etwa um den Faktor 70 gewachsen. ... Dieses dramatische Wachstum fand in monetären Größen und als Zunahme von Energieflüssen und Stoffströmen statt. ... Sicher ist: Keine mit physischem Wachstum verbundene Transformation kann von längerer Dauer sein, sondern irgendwann werden begrenzende Faktoren wirksam. Heute befinden wir uns vermutlich an einer solchen Grenze."

Rolf Peter Sieferle, *Die Natur treibt uns in die Defensive – Johannesburg und die globale Umweltpolitik*, in: FAZ vom 26.8.2002, S. 33.

Hans G. Nutzinger:

Nachhaltigkeit und Standardökonomik: komplementär oder substitutiv? *

Günter Vornholz spricht in seinen Beiträgen von der "neuen Sicht der Nachhaltigkeit" und plädiert dabei zu Recht dafür, zwischen dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung einerseits und den Wegen bzw. dem Zeitpfad zu diesem langfristigen Ziel andererseits zu unterscheiden.¹ Im Leitbild des "Sustainable Development" sieht er ökonomische, soziale und ökologische Aspekte unter der normativen Vorgabe interpersoneller und intertemporaler Gerechtigkeit vereinigt. Seine Konkretisierung interpersoneller und intertemporaler Gerechtigkeit als "globale Gleichverteilung von Rechten ebenso wie gleiche Ansprüche für zukünftige Generationen" ist zwar intuitiv plausibel (und in der Nachhaltigkeitsdebatte vorherrschend), jedoch keineswegs zwingend: Wie bereits John Stuart Mill in seiner Schrift "Utilitarianism" (1861) aufzeigt, werden mit dem Begriff "Gerechtigkeit" sehr unterschiedliche, keineswegs stets miteinander kompatible Bedeutungsinhalte verbunden (Mill selbst unterscheidet allein sechs verschiedene Aspekte), von denen "Gleichheit" nur eine, wenn auch besonders wichtige Bedeutungsfacette darstellt.²

Wenn man das Problem der Gerechtigkeit auf der Ebene abstrakter Konzeptionen und Bedeutungsaspekte diskutiert, muss man zweifellos zugeben, dass die ökonomische Theorie seit Adam Smith für verschiedene Aspekte der Gerechtigkeitsproblematik 'blind' geworden ist. Ja, man kann sogar sagen, dass die Emanzipation der modernen Ökonomik von der sie vorher begrenzenden Moralphilosophie nicht ohne eine Restriktion des zulässigen Bedeutungsgehalts von Gerechtigkeit im Rahmen dieser Wissenschaft – im wesentlichen auch die Einhaltung geltenden

Rechts – möglich gewesen wäre (vgl. Nutzinger 1991). Von daher könnte man – wie dies Günter Vornholz andeutet – hier etwas grundsätzlich Neues erkennen, das der Standardökonomik widerspricht. Sinnvoller erscheint mir aber eine 'ökonomische Lösung' des Gerechtigkeitsproblems, und zwar vor allem dadurch, dass man versucht, im Rahmen eines umfassenden Verhandlungspakets die unterschiedlichen Interessen der Länder des Nordens und des Südens sowie heutiger und künftiger Generationen im Interesse wechselseitigen Vorteils zu verknüpfen.

Dies ist sicherlich keine leichte Aufgabe, insbesondere deswegen, weil die 'künftigen Generationen' nur 'vikarisch' vertreten werden können, z.B. durch Natur- und Umweltschutzorganisationen sowie Wissenschaftler/innen, welche die Interessen künftig lebender Menschen in den heutigen Diskurs einbringen. Da aber umgekehrt klar ist, dass globale Nachhaltigkeit nur im Zusammenwirken aller Beteiligten und Betroffenen erreicht werden kann und bei Beharren auf partikularistischen Standpunkten einzelner Akteursgruppen (etwa der Länder des Nordens oder des Südens) zwangsläufig verfehlt wird, bietet es sich an, konsensfähige 'Verhandlungspakete' zu schnüren, welche die ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessen aller Beteiligten in Rechnung stellen. Das alte ökonomische Prinzip der Verknüpfung wechselseitiger Vorteile lässt sich so für das gewiss nicht leichte Zustandekommen einer globalen Konvention über nachhaltige Entwicklung sinnvoll nutzen, um einen langfristig tragfähigen Kompromiss zu erreichen, da alle Beteiligten und Betroffenen den auch für sie wichtigen langfristigen Naturerhalt nur gemeinsam erreichen können. Diese Verknüpfung wechselseitiger Interessen unter dem Gesichtspunkt des langfristigen Überlebens der Menschheit unter menschenwürdigen Bedin-

* Der vorliegende Beitrag ist eine geringfügig überarbeitete Version eines gleichnamigen Aufsatzes, den der Verfasser unter gleichem Titel im Jahrbuch 14 "Ökonomie und Gesellschaft" über "Nachhaltigkeit in der ökonomischen Theorie" (1997, S. 46-50) veröffentlicht hat.

gungen 'löst' das Gerechtigkeitsproblem in dem Sinne, dass eine für alle Beteiligte akzeptable, weil vorteilhafte Verteilung von Rechten und Pflichten vereinbart wird.³

Positiver als Günter Vornholz würde ich auch den Beitrag der neoklassischen Umwelt- und Ressourcenökonomie sehen. Zwar ist es richtig, dass in den wohlfahrtsökonomischen Standardmodellen versucht wird, eine optimale Umweltqualität dadurch zu bestimmen, dass man das Minimum aus (durch Vermeidungsaktionen sinkenden) Umweltschäden und den ansteigenden Vermeidungskosten sucht. Aber selbst eine derartige 'Optimierung' ist nicht zwangsläufig frei von ethischen Überlegungen, da in die Präferenzen – und damit zwangsläufig auch in die Bewertung von Umweltschäden – durchaus moralische Vorstellungen der Individuen einfließen können. Selbst wenn die Standardökonomik diese Präferenzen aus methodischen Gründen als gegeben annimmt, bedeutet das noch nicht, dass jeder Versuch einer 'Beeinflussung' von Wertvorstellungen der heute lebenden Menschen – etwa durch Informationen über die langfristige Gefährdung unserer Naturgrundlagen – zum Scheitern verurteilt ist. Auch als gegeben angenommene Präferenzen sind nicht zwangsläufig resistent gegen bessere Einsichten der sie repräsentierenden Individuen.

Aber auch das zugrunde gelegte 'Standard-Optimierungsmodell' wird heute bei komplexen ökologischen Fragen immer weniger angewendet, vor allem deswegen, weil die zugrunde liegenden empirischen Daten – sowohl auf der Ebene physischer Größen wie auch monetärer Bewertungen – mit derart großen Unwägbarkeiten behaftet sind, dass sich zumindest beim heutigen Kenntnisstand jeder Versuch eines qualifizierenden Optimierungskalküls im Sinne einer konkreten Handlungsorientierung verbietet. Man hat sich daher bereits 1992 auf der Rio-Konferenz auf die Notwendigkeit quantitativer Reduktionen geeinigt, denen in erster Linie naturwissenschaftliche Überlegungen (z.B. über natürliche Klimaschwankungen und erdgeschichtlich beobachtete Anpassungsgeschwindigkeiten) zugrunde liegen, nicht etwa arbiträre Schätzungen von Kosten und Erträgen anthropogener Klima-

veränderungen. Gerade aber in derartigen heute vorherrschenden Szenarien zeigt sich wiederum der positive Beitrag neoklassischer Umwelt- und Ressourcenökonomik: Sie verhilft uns dazu, die Kosten – auch aus ethischen Überlegungen – vorgegebener Ziele durch den Einsatz ökonomischer Instrumente im Rahmen sinnvoller Reduktions- und Substitutionsstrategien (vgl. Michaelis, 1996) so gering zu halten, dass dann noch unvermeidliche Wohlstandsverzichte, vor allem in den Ländern des Nordens, politisch eher akzeptabel erscheinen. Auch können so unmittelbare Eingriffe in individuelle Wahlfreiheiten weitgehend vermieden werden.

Zwar besteht in Grundsatzfragen, wie etwa der, ob wir berechtigt sind, Natur und Umwelt einfach als Produktionsinput und Abfalllager für menschliches Wirtschaften zu betrachten, weiterhin ein fundamentaler Dissens zwischen einer Ökologischen Ökonomie, die zu Recht im Anschluss an Hermann E. Daly (1992) das Ausmaß (scale) des heutigen Wirtschaftens zum Problem macht, und einer neoklassischen Umweltökonomik, die Knappheiten weiterhin nur als steigende (Schatten-)Preise zu registrieren vermag. Hingegen zeigen sich auf der Ebene praktischen Handelns, nicht nur bei der Klimaproblematik, sondern auch bei anderen Vereinbarungen (Artenschutz, FCKW-Substitution u.a.) bemerkenswerte Über einstimmungen. In all diesen Fällen werden rechtliche und ethische Überlegungen zur Zielbestimmung vorgelagert, und erst danach setzen dann ökonomische Kalküle und Instrumente ein, welche die Kosten des notwendigen Übergangs zu einer weniger umweltbelastenden Wirtschaftsweise und die damit verbundenen Einschränkungen menschlicher Handlungsmöglichkeiten tendenziell so gering wie möglich halten.

Das selbe gilt schließlich auch für die Rolle der Technik. Zweifellos hat Günter Vornholz recht, wenn er darauf hinweist, dass vermutlich allein auf Effizienzsteigerung gerichtete Strategien angesichts des weiter wachsenden physischen Durchsatzes von Materie und Energie nicht ausreichen werden und dass, vor allem in den Ländern des Nordens, eine auf die Begrenzung naturschädlichen Endverbrauchs gerichtete Suf-

fizienzstrategie hinzukommen muss. Eine wesentliche entlastende Rolle werden hierbei aber vor allem ressourcenschonende und umweltfreundliche Prozess- und Produktinnovationen haben, die es unseren Kindern und Kindeskindern erlauben werden, ihre Bedürfnisse mit weitaus weniger Naturverbrauch als heute zu befriedigen. Das Prinzip der Kostenminimierung – angewandt auf Umweltschäden und Ressourcenabbau – wirkt ja nicht nur statisch durch die pretial beeinflusste Wahl weniger Ressourcen verbrauchender umweltschädigender Aktivitäten und Güter; noch wichtiger ist ihre dynamische Wirkung auf technischen Fortschritt und Innovationen. Damit werden langfristige Technik- und Entwicklungspfade möglich, die sich, vor allem als Folge ökologisch korrigierter Preisstrukturen, stärker als bisher am Prinzip des Naturerhalts orientieren.

Mit der ökologischen Ökonomie und den Vertretern einer substanzialen Nachhaltigkeitsforschung wie Günter Vornholz teile ich also die Auffassung, dass die neoklassische Umwelt- und Ressourcenökonomie nicht ausreicht, um langfristig die Naturgrundlagen zu sichern. Stärker aber als er möchte ich den unverzichtbaren positiven Beitrag hervorheben, den gerade eine richtig angewendete 'Mainstream Economics' beim Umsteuern auf einen Pfad global nachhaltiger Entwicklung leisten kann.

Literatur

- Daly, H. E. (1992), Allocation, distribution, and scale: towards an economics that is efficient just and sustainable, in: *Ecological Economics* No. 6, p. 185–193.
- Michaelis, P. (1996), *Effiziente Klimapolitik im Mehrschadstofffall* (Kieler Studien Band 280), Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Mill, J. St. (1861), *Utilitarianism*. Neudruck London und Glasgow: Collins 1962.
- Nutzinger, H. G. (1984), Gerechtigkeit bei Marx und Mill, in: *Ökonomie und Gesellschaft*, Jahrbuch 2, Frankfurt und New York: Campus, S. 118–140.
- Nutzinger, H. G. (1991), *Das System der natürlichen Freiheit bei Adam Smith und seine ethischen Grundlagen*, in: *Ökonomie und Gesellschaft*, Jahrbuch 9, Frankfurt und New York: Campus, S. 79 – 100.

Anmerkungen

- 1 Günter Vornholz, Die neue Sicht der Nachhaltigkeit und die neoklassische Ressourcen- und Umweltökonomie, in: *Ökonomie und Gesellschaft*. Jahrbuch 14: Nachhaltigkeit in der ökonomischen Theorie. Frankfurt/Main 1997, S. 19-45; ders.: *Neoklassische Umwelt und Ressourcenökonomie und die neue*

Sicht der Nachhaltigkeit, in: H.B. Böhn, J. Dietz, H. Gebauer (Hg.): *Nachhaltigkeit – Leitbild für die Wirtschaft?* 1999, S. 67-76.

- 2 Im einzelnen entwickelt Mill (1861, Kap. 5) den Gerechtigkeitsbegriff anhand bestimmter, in üblicher Weise zugeschriebener Aspekte: 1. Gerechtigkeit, da von 'Recht' herstammend, impliziert das Verbot, die gesetzlichen Rechte einer Person zu verletzen. 2. Da es aber auch 'ungerechte' Gesetze geben kann, darf geschriebenes Recht nicht letzter Grund von 'Gerechtigkeit' sein, und daher beruht Gerechtigkeit auf irgendeiner Form von 'moralischem Recht'. 3. Gerechtigkeit ist aber auch mit der Vorstellung verbunden, dass jeder empfängt, was er 'verdient', verbunden mit der Konsequenz, dass man nicht etwas Gutes durch Bösem vergelten darf (Reziprozitätsnorm). 4. Gerechtigkeit als Element interpersonalen Beziehungen verlangt, dass man keinen 'Vertrauensbruch' dadurch begeht, dass man etwa absichtlich geweckte Erwartungen enttäuscht.. 5. Da Gerechtigkeit sich an den Umständen des jeweils behandelten Falles, nicht an den Präferenzen von bestimmten Personen orientieren sollte, erfordert sie auch 'Unparteilichkeit'. 6. Schließlich betrachtet Mill die Vorstellung von 'Gleichheit' sowohl als Bestandteil des Begriffs von Gerechtigkeit als auch seiner praktischen Anwendung; allerdings können unterschiedliche Gleichheitsbegriffe zugrunde gelegt werden. (Vgl. dazu auch Nutzinger 1984, Abschnitt 3)
- 3 Kommt es nicht zu einer derartigen Einigung, so haben auch abstrakte moralphilosophische Diskussionen über den Inhalt von Gerechtigkeitszielen keinerlei Erfolgchancen. Im allgemeinen dürften die Erfolgsaussichten der oben skizzierten 'ökonomischen Strategie' sogar wesentlich günstiger sein, weil sie nicht nur An abstrakte Einsicht, sondern zugleich auch an den konkreten Vorteil aller Beteiligten appelliert. Dass bei einer derartig globalen Konvention auch strategische und taktische Überlegungen der Beteiligten, etwa Drohstrategien, zum Zuge kommen können, zeigt zwar die Schwierigkeit eines solchen Unterfangens, ist aber kein grundsätzlicher Einwand gegen die Idee, ein für alle Beteiligten vorteilhaftes Verhandlungspaket zu 'schnüren'.

UN-Gipfel in Johannesburg

"In Johannesburg reiste keiner an, der dem Gipfel eine Vision oder auch nur Glamour hätte geben können. ... Die Realität lag in Südafrikas Hauptstadt vor der Tür: Armut, Rassegegensätze, Kriminalität, Aids. Auch über das Thema Überbevölkerung hätte man verhandeln können. Die Agenda des Gipfels war so schon zu groß – sie war gleichzeitig aber auch zu klein. Die Interessen von sechs Milliarden Menschen zu koordinieren, ist mehr als ein Gipfeltreffen der Vereinten Nationen vermag. Dass das Treffen trotzdem ohne Zwischenfälle verlief, dass es am Rande sogar Freundlichkeit gab, dass Südafrika sich präsentieren konnte als ein Bindeglied zwischen den Mächtigen und den Ohnmächtigen, war schon mehr als man erwarten konnte."

Jörg Albrecht, Turmbau zu Johannesburg, in: *FAZ* vom 4. 9. 2002, S. 33.

Hans Diefenbacher:

Lokale Agenda 21 - Zielsetzung, Nachhaltigkeitsberichte, Projekte

1 Die lokale Agenda 21 - Zielsetzung und Verbreitung¹

Die bei der Weltumweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 verabschiedete Agenda 21 enthält ein Kapitel, in dem ein genauer Plan formuliert ist, nach dem Kommunen weltweit Initiativen zur Unterstützung der Agenda 21 ergreifen sollen, indem sie "Lokale Agenden" aufstellen. Als Zielsetzung waren 1992 folgende Schritte vorgesehen:²

"(a) Bis 1996 soll sich die Mehrzahl der Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder gemeinsam mit ihren Bürgern einem Konsultationsprozess unterzogen und einen Konsens hinsichtlich einer 'kommunalen Agenda 21' für die Gemeinschaft erzielt haben.

(b) Bis 1993 soll die internationale Staatengemeinschaft einen Konsultationsprozess eingeleitet haben, dessen Ziel eine zunehmend engere Zusammenarbeit zwischen den Kommunen ist.

(c) Bis 1994 sollen Vertreter von Verbänden der Städte und anderer Kommunen den Umfang der Zusammenarbeit und Koordinierung intensiviert haben.

(d) Alle Kommunen in jedem einzelnen Land sollen dazu angehalten werden, Programme durchzuführen und zu überwachen, deren Ziel die Beteiligung von Frauen und Jugendlichen an Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen ist."

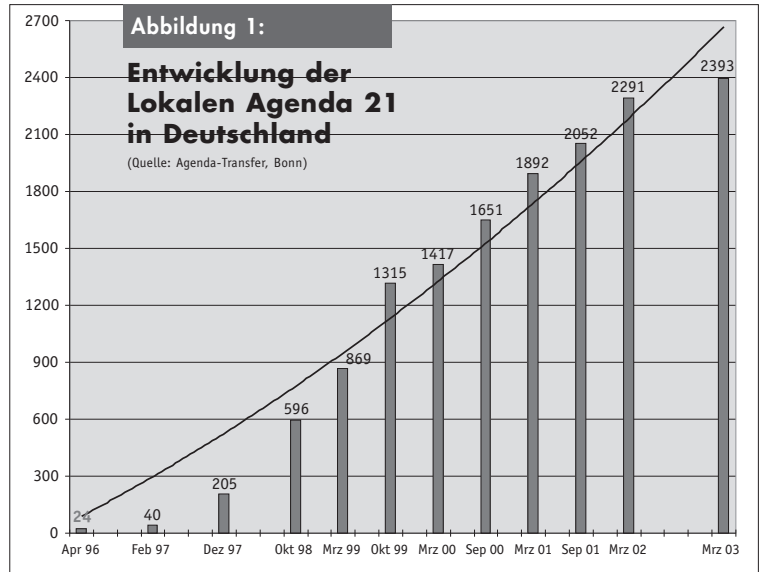
Die Lokale Agenda 21 war im Konzept der Agenda 21 also vor allem als partizipativer Prozess gedacht, als ein Versuch, Bürgerinnen und Bürger an ‚ihrer‘ Politik zu beteiligen, sie zu sensibilisieren, Stärken und Schwächen ihres Gemeinwesens wahrzunehmen, und sie zu motivieren, Gestaltungs- und Handlungsspielräume wiederzuentdecken und zu nutzen. Zum einen sollte ‚vor Ort‘ getan werden, was möglich ist, wodurch die jeweilige nationale Politik entlastet, jedoch nicht aus ihren Verpflichtungen

entlassen werden sollte. Gleichzeitig sollte auch ein Prozess der Bewusstseinsbildung für die von der Lokalen Agenda angesprochenen Problembe- reiche in Gang gesetzt werden. Diese Erwartung wird in der Agenda 21 dezidiert ausgedrückt:³ "Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbe- organisationen lernen ... Durch den Konsulta- tionsprozess würde das Bewusstsein der einzel- nen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft."

Über zehn Jahre nach der Konferenz von Rio muss jedoch zunächst konstatiert werden, dass der Umsetzungsprozess nicht nur bei den inter- nationalen und nationalen Vereinbarungen, son- dern auch bei der Lokalen Agenda 21 weit hinter dem Zeitplan von 1992 herläuft. In einer Er- hebung vom März 2000 ging der International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) davon aus, dass die Zahl der Agenda- Kommunen im Jahr 2000 weltweit circa 5000 betrug; der Anteil der europäischen Kommunen wurde auf 75 Prozent geschätzt.⁴ Stefan Wil- helmy kam damals hingegen zu der Einschät- zung, dass die Zahl von 5.000 Kommunen ver- mutlich zu hoch und der europäische Anteil durch die ICLEI-Studie zu niedrig eingeschätzt werde; bei den Agenda-21-Prozessen handle es sich, so Wilhelmy, "primär um ein (west-) euro- päisches Phänomen".⁵ In Entwicklungsländern war die Zahl der Agenda-Kommunen nach wie vor sehr gering. In Afrika gibt es aktuell etwa 35 Gemeinden mit Agenda-Beschlüssen. Von den etwa 200 asiatischen Kommunen, die sich auf diese Weise engagiert hatten, entfielen allein 112 auf Japan, in Südamerika gab es etwa 60 Beschlüsse von Kommunen zur Lokalen Agenda 21. Eine ganze Reihe dieser Aktivitäten war überdies als Ergebnis von Städtepartnerschaften mit Kommunen aus Industrieländern oder als

von außen, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit initiierte Modellprojekte zustande gekommen.⁶

Deutschland zählt – nach einem eher zögerlichen Beginn – mittlerweile auch zu den Staaten, in denen die Lokale Agenda 21 eine besonders hohe Verbreitung gefunden hat; mit einer aktuellen Zahl von knapp 2400 Agenda-Beschlüssen liegt Deutschland, in absoluten Zahlen, wahrscheinlich sogar an der Spitze. (Vgl. Abbildung 1⁷)



2 "Glocalization"⁸ als Zauberformel?

Dass der UNCED-Beschluss zur Agenda 21 auch ein "lokales Element" erhielt, hat alle Bemühungen, den Tendenzen zur Globalisierung eine regionale oder lokale Alternative gegenüberzustellen, außerordentlich unterstützt – und zwar sowohl was theoretische Anstrengungen als auch praktische Initiativen betrifft. Lässt man einige wenige Ansätze, die für eine radikale Wirtschaftsform plädieren, bei der die lokale Autarkie so weit wie nur irgend möglich entwickelt werden soll, außer Acht, so konzentrieren sich die vorliegenden Konzepte einer regionalen bzw. lokalen Ökonomie vor allem auf zwei Zielsetzungen:

Zum einen wird nach einer Optimierung der Zuordnung zwischen Problemen und dem besten Raumbezug zur Lösung dieser Probleme gefragt. Einfach gesagt: Manche Probleme lassen sich am besten auf der lokalen Ebene, andere vielleicht national und wieder andere auf der internationalen Ebene lösen. Im Rahmen der ökonomietheoretischen Behandlung des Föderalismus hat Gordon Tullock eine Regel zum Problem der optimalen Kollektivgröße bei Entscheidungen aufgestellt: Jedes Kollektiv sollte so groß sein,

dass möglichst wenig Konsequenzen der in ihm getroffenen Entscheidungen über seine Grenzen hinaus streuen.⁹ Ein optimaler Umfang der Entscheidungskollektive führt also zu einer weitgehenden Internalisierung der durch die Entscheidungen produzierten externen Effekte. Prozesse zur Lokalen Agenda 21 können in dieser Sichtweise eingesetzt werden, um die lokalen Handlungsspielräume zu erkunden und um von dieser Basis dann nach einer Verbesserung der institutionellen Regelungsmechanismen zu fragen, die die unterschiedlichen räumlichen Ebenen miteinander auf angemessene Weise verknüpfen.¹⁰ Die "Reduzierung intrakollektiver Konflikte" gelingt in problemadäquaten Entscheidungskollektiven vorhersehbar besser als in zentralistischen Strukturen, da mit steigender Heterogenität des Kollektivs, das für die Bedürfnisbefriedigung des Einzelnen zuständig ist, dessen Schwierigkeiten wachsen, seine eigenen Vorstellungen in die Entscheidungsprozesse mit einzubringen, deren Ergebnisse auch für ihn verbindlich sind.¹¹

Ein zweiter Ansatz geht davon aus, dass der Prozess der Globalisierung zu negativen externen Effekten geführt hat, denen am besten auf der lokalen Ebene begegnet werden kann; dabei wird die These vertreten, dass ein Netz aus

vielen möglichst gut funktionierenden lokalen Ökonomien ein Sicherungssystem gegen die Risiken der Globalisierung bilden kann.¹² In dieser Sichtweise werden Kriterien für die prioritäre Entwicklung derartiger lokal tragfähiger Alternativen formuliert, etwa:¹³

"(1) Jede ökonomische Aktivität, jeder Produktionszyklus sollte in einer bestimmten Region auch für künftige Generationen fortsetzbar sein, ohne ökologische Zerstörungen oder andere Probleme hervorzurufen.

(2) Die Bevölkerung einer Region sollte deren ökologische Tragfähigkeit nicht überschreiten, und die Wirtschaft der Region sollte – wenn überhaupt – nur langsam wachsen. Auf keinen Fall darf Wirtschaftswachstum die Voraussetzung für Wohlstand oder Vollbeschäftigung sein.

(3) In der Region sollten zumindest ausreichend Nahrungsmittel und Rohstoffe produziert werden, um ihren Bewohnern ein gutes Leben zu ermöglichen, ohne die ökologische Tragfähigkeit der Region zu überschreiten.

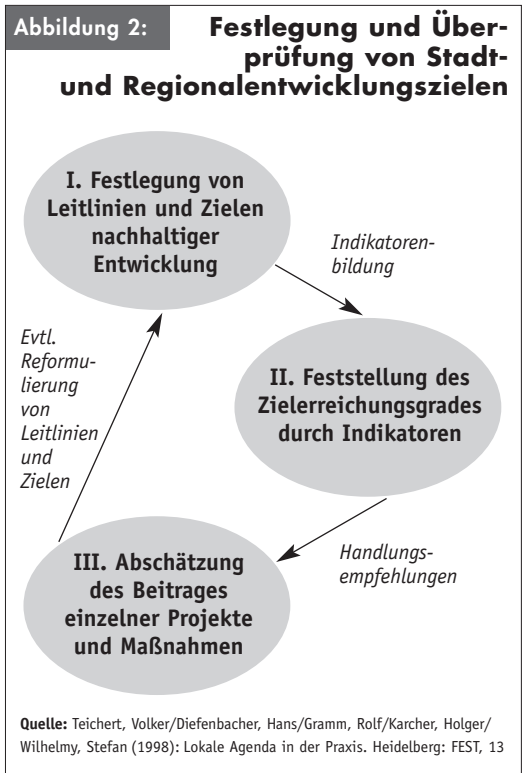
(4) Die Energie, die in der Region verbraucht wird, sollte so weit wie nur irgend möglich aus erneuerbaren Energieträgern dieser Region kommen.

(5) Um Ausbeutung oder Störungen des ökonomischen Gleichgewichts durch Einflüsse von außerhalb der Region zu verhindern, sollte jede Region zusätzlich eine eigene Währung oder Verrechnungseinheit – unter Umständen auch mehrere – und ein regional eigenständiges Banken- und Kreditsystem haben."

3 Ziele, Indikatoren, Nachhaltigkeitsberichte

Die Diskussion um die inhaltliche Füllung des Begriffs der Nachhaltigkeit wird im Rahmen der Festlegung eines Stadt- oder Regionalentwicklungsplanes oder einer "Lokalen Agenda 21" in keiner Gemeinde oder Region nach völlig gleichem Muster vonstatten gehen – zu verschiedenen sind die politischen Strukturen, die lokalen Gegebenheiten, die Erfahrungen und Kenntnisse der beteiligten Akteure. Dennoch erscheint es möglich, einen Ablauf dieses Prozesses im Sinne einer logischen Grundstruktur zu identifizieren,

dessen Elemente in der einen oder anderen Form fast immer thematisiert werden müssen (vgl. Abbildung 2):¹⁴



– In einer ersten Phase müssen Leitlinien und Ziele nachhaltiger Entwicklung für die jeweilige Gemeinde oder Region formuliert werden. Dies sollte möglichst in mittel- oder langfristiger Perspektive geschehen. Hilfreich ist es, wenn dieser Zielfindung eine Analyse der Stärken und Schwächen der zurückliegenden Jahre vorgeschaltet werden kann.

– In einem zweiten Schritt muss mit Hilfe geeigneter Mess- und Indikatorensysteme festgestellt werden, wie weit der Zustand in der betreffenden Region von den jeweils erwünschten Zielen entfernt ist. Dabei ist es unabdingbar, sich auf eine Art von "Mindestkatalog" von Teilzielen zu verständigen, die in einer kommunalen oder regionalen Planung beachtet werden müssen, wenn das übergeordnete Gesamtziel der Nachhaltigkeit auch wirklich ernst genommen

ÖKOLOGIE**Geringe Abfallmengen**

Siedlungsabfälle in kg pro Einwohner

Möglichst niedrige Luftverschmutzung

Veränderung des Bestandes an Flechten

Möglichst schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen

Bodenflächen nach Nutzungsarten in Prozent der Gesamtfläche

Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen

Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Einwohner und Tag

Möglichst niedriger Energie-Einsatz

Stromverbrauch der privaten Haushalte in kWh pro Einwohner

Umwelt- und sozialverträgliche Mobilität

Anzahl der Pkw pro 1.000 Einwohner

ÖKONOMIE**Gleichmäßige Verteilung von Arbeit**

Arbeitslosenquote (differenziert nach Frauen und Männern)

Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad

Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Nahrungsmittel auf dem Wochenmarkt

Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen

Hohe Preisniveaustabilität

Preisindex der Mieten

Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte

Kommunale Schulden je Einwohner in DM (1995 = 100)

Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes

Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit

GESELLSCHAFT/SOZIALES**Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen**

Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Einwohner

Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung

Anzahl der Ausbildungsverhältnisse je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo

Hohes kulturelles Angebot

Anzahl der Teilnehmer an Veranstaltungen der drei größten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen pro 1.000 Einwohner

Hohes Gesundheitsniveau

Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchungen

Hohes Sicherheitsniveau

Bekanntgewordene Straftaten je 1.000 Einwohner

PARTIZIPATION**Hohes ehrenamtliches Engagement**

Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner

Hohes demokratisches Engagement

Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Kommunalparlament

Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit

Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben

Anteil der Frauen im Kommunalparlament

Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess

Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 je 1.000 Einw.

werden soll. Ein solcher "Mindestkatalog" wird in der obenstehenden Übersicht vorgeschlagen.¹⁵

– Zieldiskussionen und Bestandsaufnahmen müssen für jedes einzelne Ziel erfolgen; die Differenzen zwischen "Soll" und "Ist" müssen im Vergleich bewertet werden, so dass es möglich wird, eine Prioritätenliste von Aufgaben und Maßnahmen festzulegen. Eine solche Gesamtsicht der Entwicklung kann die Form eines "Nachhal-

tigkeitsberichtes" annehmen, mit dem ein neues Kommunikationsinstrument zur "Perspektive der Nachhaltigkeit" geschaffen werden kann.¹⁶ Am Ende dieser Phase muss die Formulierung konkreter Handlungsempfehlungen für die Kommunalpolitik der nächsten Jahre stehen.

– Der dritte Schritt des Planungsprozesses setzt während der Umsetzung der im zweiten Schritt geplanten und verabschiedeten Maßnahmen ein.

Nach einer gewissen Zeit muss der intendierte Beitrag einzelner Projekte und Maßnahmen zur Verwirklichung der Leitlinien und Ziele überprüft werden, vor allem auch im Blick auf die Effizienz der Verwendung der eingesetzten Mittel. Nach einer solchen Überprüfungsphase müssen Leitlinien und Ziele eventuell neu formuliert oder adaptiert werden – der "Planungskreis" schließt sich.

Nota bene: Bei dieser Beschreibung handelt es sich um die Stufenfolge eines idealtypischen Ablaufes, der auch auf andere (wirtschafts-)politische Zielsetzungen angewendet werden kann, der aber in der Praxis vermutlich nie oder nur sehr selten in dieser Form durchführbar ist. Das liegt vor allem daran, dass die Zeitskalen von Zielfestsetzung, Überprüfung des Soll-Ist-Zustandes, Beschlussfassung und Implementierung einzelner Maßnahmen bei unterschiedlichen Problemen in der Regel auch sehr unterschiedlich aussehen. Da gibt es Probleme, bei denen die Ursache-Wirkungs-Beziehung relativ eindeutig und durch bestimmte Maßnahmen direkt und nachvollziehbar zu beeinflussen ist: Im Bereich Ökologie können beispielsweise die Ausweisung eines Naturschutzgebietes und die Bereitstellung eines gewissen Betrages für die Überwachung und Pflege den Bestand gefährdeter Tier- oder Pflanzenarten unmittelbar und nachhaltig verbessern. Bei anderen Problemen sind Verbesserungen nur sehr langsam oder nur durch ein Bündel der verschiedensten Maßnahmen zu erreichen – etwa bei der Zahl der Pendler, die täglich das Auto benutzen. Und nicht zuletzt sind das Problembewusstsein, der Stand der Planungen, die Umsetzung von Maßnahmen und damit auch die Erfolge in den verschiedenen Aufgabenbereichen sehr unterschiedlich weit gediehen: Während die Erfolge bei der Luftreinhaltung durch die Reduzierung von Emissionen einiger Schadstoffe wie etwa Schwefeldioxid schon sehr spürbar sind, steht man bei anderen Fragen – etwa bei vielen Aspekten des Bodenschutzes – noch eher am Anfang, während bei weiteren Problemen wiederum ernsthafte Versuche zur Lösung noch kaum begonnen haben; die Benzolbelastung der Luft an Innenstadt-Straßen ist dafür ein Beispiel.

Insgesamt kann jedoch festgehalten werden, dass auch die Arbeit an einem "traditionellen" Stadt- oder Regionalentwicklungsplan die Chance zu einer Gesamtsicht bietet. Die bewusste Verwendung des Leitbegriffs der "nachhaltigen Entwicklung" legt es nahe, Einzelplanungen zu einem integrativen Konzept zu verbinden. Diese Chance verbessert sich noch einmal, wenn es gelingt, die jeweiligen konzeptionellen Bemühungen als Umsetzung einer "Lokalen Agenda 21" zu verstehen, denn durch die Einbindung in die Beschlüsse der Konferenz von Rio ist ein Rahmen gegeben, innerhalb dessen die Vernetzung ökologischer mit ökonomischen und sozialen Problembereichen als selbstverständliche Notwendigkeit bereits vorausgesetzt ist.

4 Projekte für eine lokale Agenda 21

Aus Planungsprozessen dieser Art, deren Orientierung am Leitbild nachhaltiger Entwicklung nicht zur Festlegung von absoluten Maximen, sondern als Anzeige einer wünschenswerten Entwicklungsrichtung verstanden werden sollen, lassen sich dann Projekte ableiten, die im Rahmen einer lokalen Ökonomie durchführbar und sich dann auch in eine Lokale Agenda 21 integrieren lassen.¹⁷ Auf diese Weise sind zum Beispiel – neben vielem anderen – Initiativen zur lokalen Direktvermarktung von Lebensmitteln,¹⁸ lokale Energieversorgungskonzepte¹⁹ oder Tauschringe²⁰ entstanden. Mittlerweile sind zahlreiche systematisierende Zusammenstellungen von Projektbeschreibungen publiziert worden, die sich quasi als "Blaupause" zur Anleitung von Agenda-Aktivitäten anderer Kommunen verwenden lassen.²¹

Besonders wertvoll für Prozesse zur Erarbeitung von Lokalen Agenden sind auch Studien, die für größere Gebiete ein Konzept für eine Regionalwirtschaft unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Entwicklung erarbeiten.²² Zum einen regen derartige Gesamtkonzepte die Lokalen Agenden vor allem der kleineren Kommunen im jeweiligen Gebiet an, die sich einen derartigen Studienaufwand selbst nur schwer leisten können, zum anderen betonen sie die Notwendigkeit der regionalen Kooperation, die in den

Regel in Agenda-Prozessen nicht sehr intensiv entwickelt ist.

Anmerkungen

- 1 Der erste Abschnitt ist eine gekürzte und aktualisierte Fassung von Kap. 14 aus Diefenbacher, Hans (2001): *Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit – Zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie*. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.
- 2 Vgl. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro (Hrsg.) (1992): *Agenda 21*. Ausgabe Bonn: Bundesumweltministerium 1992, Kap. 28, 231f.
- 3 Ibid.
- 4 International Council for Local Environmental Initiatives Europasekretariat (Hrsg.) (2000): *Lokale Agenda 21*. Freiburg: ICLEI [unveröffentl. Manuskript].
- 5 Wilhelmy, Stefan (2000): "Im Nord-Süd-Vergleich: Lokale Agenda 21", in: Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno (Hsg.): *Friedensgutachten 2000*. Münster: Lit-Verlag, 209–219 (Zitat: 213).
- 6 Ibid., 214.
- 7 Wilhelmy, Stefan: *Vom Nachzügler zum Vorreiter. Lokale Agenda 21 in Deutschland*. In: *epd-Entwicklungspolitik* Nr. 7/2002, 35–37
- 8 Vgl. dazu Ormerod, Paul (1994): *The Death of Economics*. London: Faber and Faber.
- 9 Tullock, Gordon (1969): "Federalism – Problems of Scale", in: *Public Choice*, Vol. 6, Spring 1969, 19–29; deutsch (1977): "Föderalismus: Zum Problem der optimalen Kollektivgröße", in: Kirsch, Guy (Hrsg.): *Föderalismus*. Stuttgart/New York: Gustav Fischer, 27–35; vgl. dazu Zimmermann, Klaus W./Kahlenborn, Walter (1994): *Umweltföderalismus – Einheit und Einheitlichkeit in Deutschland und Europa*. Berlin: Edition Sigma.
- 10 Vgl. dazu z.B. Hamlin, Roger E./Lyons, Thomas S. (1996): *Economy without walls – managing local development in a restructuring world*. Westport, Conn./ London: Praeger.
- 11 Vgl. dazu Kirsch, Guy (1987): "Über zentrifugale und zentripetale Kräfte im Föderalismus", in: Schmidt, Kurt (Hrsg.): *Beiträge zu ökonomischen Problemen des Föderalismus*. Berlin: Duncker und Humblot, 13–34.
- 12 Vgl. dazu u.a. Birkhölzer, Karl (1996): "Soziale Ökonomie, Gemeinwesenwirtschaft und Dritter Sektor", in: *Stiftung Bauhaus Dessau/Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung* (Hrsg.): *Wirtschaft von unten*. Dessau: *Stiftung Bauhaus*, 35–38; Bingham, Richard D./Mier, Robert (Hrsg.) (1993): *Theories of Local Economic Development*. Newbury Park u.a.: Sage; vgl. dazu auch ausführlich: Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hans (1998): *Jenseits der Globalisierung – Handbuch für lokales Wirtschaften*. Mainz: Matthias-Grünwald-Verlag, Kapitel 2.
- 13 Ich zitiere den Katalog, den ich in einer gemeinsam mit Richard Douthwaite verantworteten Publikation aufgestellt habe: Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hans (1998), 82; mit anderen Schwerpunkten, aber im Grunde vergleichbar ist z.B. Haughton, Graham/Hunter, Colin (1994): *Sustainable Cities*. Melksham, Wiltsh.: Cromwell Press, Kapitel 6 – um Missverständnissen vorzubeugen: Bei dem Kriterium einer regional eigenständigen Zahlungseinheit ist nicht die Ersetzung der Zentralwährung DM oder Euro gemeint, sondern deren Ergänzung etwa durch Tauschsysteme und ähnliches.
- 14 Vgl. hierzu ausführlich Teichert, Volker/Diefenbacher, Hans u.a. (1998): *Lokale Agenda 21 in der Praxis* [Texte und Materialien, Reihe A, Bd. 44]. Heidelberg: FEST, 12ff.
- 15 Vgl. dazu Diefenbacher, Hans/Dümmig, Dorothee/Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2001): *Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung – Leitfaden*. Heidelberg: FEST
- 16 Vgl. dazu Diefenbacher, Hans/Dümmig, Dorothee/Teichert, Volker/Wilhelmy, Stefan (2002): *Nachhaltigkeitsbericht – Muster CD-ROM*. Heidelberg: FEST; erste Nachhaltigkeitsberichte nach dem Verfahren liegen bereits vor (etwa für Radolfzell, Hockenheim oder für die Gemeinde Boll in Württemberg).
- 17 Eine Gesamtperspektive von der Festlegung von Zielen über die Formulierung von Indikatoren bis zur Durchführung von Projekten bietet Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (Hrsg.) (2002): *Lokale Agenda 21 und Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen – Zehn Jahre nach Rio: Bilanz und Perspektiven*. Berlin: BMU.
- 18 Vgl. dazu Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMELF) (Hrsg.) (1997): *Zur Bedeutung der Direktvermarktung als Einkommensalternative für landwirtschaftliche Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland – eine Situationsanalyse*. Bonn: BMELF.
- 19 Vgl. u.a. BUND Nürtingen (Hrsg.) (1998): *Vision Solarstadt Nürtingen*. Nürtingen: Selbstverlag.
- 20 Siehe dazu Douthwaite, Richard/Diefenbacher, Hans (1998), Kap. 3.
- 21 Vgl. u.a. Teichert, Volker/Diefenbacher, Hans u.a. (1998): *Lokale Agenda 21 in der Praxis – Kommunale Handlungsspielräume für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik*. Heidelberg: FEST [Texte und Materialien Reihe A, Nr. 44].
- 22 Vgl. z.B. Jung, Wolfgang/Hinzen, Ajo u.a. (1997): *Zukunftsfähiges Wirtschaften im Raum Aachen*. Aachen: Aachener Stiftung Kathy Beys; Decken, Oliver (1998): *ÖkoRegion Vorderpfalz – Vorschläge für eine nachhaltige Regional- und Kommunalentwicklung*. Landau: Büro für Ökologie und Kommunikation.

Vom Jahrhundert der Ökonomie zum Jahrhundert der Umwelt

"Wenn die Tage des ökonomischen Jahrhunderts gezählt sind, was kommt danach? Wir treten, ob wir es wollen oder nicht, in ein Jahrhundert der Umwelt ein. ... Wir brauchen ein deutlich tiefgreifendes Umdenken und Umsteuern unserer Kultur und unserer Wirtschaftsweise. ... Das Bewusstsein, dass es 'so nicht weitergehen kann', ist das A und O für die erdpolitische Wende, die wir jetzt brauchen."

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Erdpolitik.
Darmstadt 3. Aufl. 1993, S. 8 – 11.

Christiane Thorn:

Perspektiven einer geschlechtergerechten Zukunftsfähigkeit

Zehn Jahre nach der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro bilanzierten rund 10.000 Delegierte der UN-Mitgliedsstaaten und etwa 8.000 NGO-VertreterInnen aus aller Welt die Umsetzungsergebnisse auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) im südafrikanischen Johannesburg. Ist es gelungen, die Geschlechterperspektive systematisch in das Nachhaltigkeitsdreieck von Ökologie, Ökonomie und Soziales einzuschleusen, insbesondere in die bislang abgespaltene aber zentrale vierte Dimension von Nachhaltigkeit: Die Politik?¹ Erst mit der Integration des Politischen in die Problemperspektive Nachhaltiger Entwicklung eröffnet sich den beteiligten AkteurInnen eine Arena zur wirksamen Verhandlung des 'magischen Dreiecks'. Wenn "gesellschaftliche Naturverhältnisse" Gegenstand politischer Entscheidungen werden – wie auf den UN-Weltkonferenzen –, gelangen auch die vielfältigen Interessen- und Zielperspektiven in den Blick. Zugleich wird die unterschiedliche Deutungs-, Handlungs- und Entscheidungsmacht der AkteurInnen in den Verhandlungs- und Politikprozessen sichtbar.

1 Nachhaltigkeit: Ein chancenreiches Feld genderpolitischen Mainstreamings?

Nachhaltige Entwicklung erscheint zunächst als ein besonders chancenreiches Feld genderpolitischen Mainstreamings, weil sie in ihrer Polyvalenz bzw. ihrer konstitutiven Offenheit als ein "historisch offenes gesellschaftliches Entwicklungs- und Transformationskonzept [...]" definiert werden kann, "das sich nicht auf evolutionäre Trends oder langfristige Kontinuitätsannahmen stützen kann, sondern allein auf die Handlungsmöglichkeiten und -ziele gesellschaftlicher Akteure und Akteursgruppen."² Zukunftsfähigkeit eröffnet damit ein kontrovers strukturiertes, hochkomplexes, transnationales Diskurs-

und Handlungsfeld.³ In Bezug auf die Ausstattung mit Deutungs-, Entscheidungs- und Handlungsmacht bildet sich darin ein äußerst heterogenes AkteurInnenfeld ab. Im Verständnis einer prozeduralen Leitbildvariante⁴ können AkteurInnen unterschiedlichster Provenienz, Nachhaltigkeit, orientiert an ihren jeweiligen Interessenlagen, Menschen-, Natur-, Gesellschafts-, Politik- und Weltverständnissen immer wieder neu ausbuchstabieren. Welche Problemperspektiven und Lösungsansätze sich letztendlich durchsetzen, entscheiden jedoch die mit entsprechender politischer Deutungsmacht ausgestatteten AkteurInnen- und Diskurskoalitionen. Für die Einschätzung, ob sich aus Rio und Johannesburg allmählich ein geschlechtersensibler Nachhaltigkeitsprozess entwickelt oder die kohärente Vernetzung von Zukunftsfähigkeit und Gender noch in weiter Ferne liegt, ist die Integration der Macht- und Herrschaftsperspektive in die Analyse daher unerlässlich und von besonderer Bedeutung.

2 Gender Mainstreaming von Rio bis Johannesburg

Seit den frühen 1970er Jahren versuchen internationale Frauennetzwerke mit wissenschaftlicher Expertise und zäher politischer Lobbyarbeit, Frauen- und Genderaspekte in die internationalen umwelt- und entwicklungspolitischen Diskurse einzubringen. Hegemoniale Nachhaltigkeitskonzepte blieben trotz dieser Bemühungen lange Zeit geschlechterpolitische Terra incognita.⁵ Das genderpolitische Mainstreaming wurde erstmals für eine breitere Öffentlichkeit auf der Weltkonferenzreihe der 1990er Jahre und ihren Nachfolgegipfeln sichtbar. Die UN-Konferenzen adressierten alle Dimensionen Nachhaltiger Entwicklung und hoben sämtlich die zentrale Bedeutung von Geschlechtergerechtigkeit hervor. Dies ist ganz wesentlich ein Erfolg des professionellen Lobbyings inter-

national vernetzter Frauenorganisationen. Die "UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung" 1992 in Rio de Janeiro war der Beginn eines sich entwickelnden inklusiven, kooperativen und konsensorientierten Politikstils von Global Governance. Erstmals wurden NGOs systematisch in internationale Verhandlungen eingebunden und der Grundstein für einen zivilgesellschaftlichen Multilateralismus gelegt. Dieser neue Politikstil trug der Relevanz globaler Interdependenzen Rechnung. Die Orientierung an der Nachhaltigkeitsidee sollte die ganzheitliche Bearbeitung immer komplexerer Schadensmuster und globaler ökologischer Probleme – allen voran Klimaveränderungen (anthropogener Treibhauseffekt), der Verlust der biologischen Vielfalt, Süßwasserknappheit, Überfischung und Verschmutzung der Weltmeere, fortschreitende Entwaldung und Desertifikation⁶ – ermöglichen. Umweltkrisen sind in komplexe gesellschaftliche Problemlagen eingebettet und erfordern multilaterale Lösungsansätze, die alle Dimensionen von Nachhaltigkeit integrieren und sämtliche betroffenen Akteursgruppen einbinden. Die zunehmende Interdependenz ökologischer, ökonomischer und sozialer Problemlagen machte in der Analyse eine neue integrative Perspektive und in der politischen Bearbeitung eine Lang- und Querschnittsorientierung an Programmen notwendig. Einseitige und an nationalen Grenzen verharrende Lösungsversuche entsprechen nicht den entgrenzten Problemlagen. Frauenorganisationen nutzten die neu entstandenen Partizipationskorridore dieses ganzheitlichen und partizipativen Politikverständnisses zum Mainstreaming ihrer Forderungen mit Erfolg: Die Agenda 21 bindet Frauen erstmals als major group in die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung ein. In Kapitel 24 wird ein eigener "Globaler Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer Nachhaltigen Entwicklung" formuliert. Ihre volle und gleichberechtigte Teilhabe an Nachhaltigkeitsprozessen soll durch die Beseitigung von Ungleichheitsstrukturen, soziales und ökonomisches Empowerment und die Umsetzung von Gender Balance in allen politischen Entscheidungsgremien erreicht werden. Auf diese Weise wird Geschlechtergerechtigkeit als eine unabdingbare

Voraussetzung von Zukunftsfähigkeit festgeschrieben. Trotz dieses genderpolitischen Lobbyerfolges war das Ergebnis des Erdgipfels in Rio äußerst ambivalent, denn System- und wachstumskritische Ansätze fanden keinen Eingang in die Agenda 21. Die machtkritische Reformulierung von Nachhaltigkeit lief dem Wachstumsoptimismus und frauenpolitischen Integrationsansatz des offiziellen Abschlussdokuments grundlegend zuwider. Die kohärente Vernetzung von Gender und Nachhaltiger Entwicklung im Folgeprozess von Rio gelang weder konzeptionell noch in der Umsetzung. Zwar gelten Umwelt- und Genderfragen mittlerweile als politische Leitorientierungen und Querschnittsthemen, werden jedoch durch das sektorale Prinzip politisch administrativer Problembearbeitung nach wie vor zerschnitten und unverbunden evaluiert.

Die "Weltkonferenz über die Menschenrechte" 1993 in Wien vollzieht dann einen grundlegenden Paradigmenwechsel von einem entwicklungspolitischen Grundbedürfnis zu einem umfassenden Menschenrechtsansatz, der Frauen als Rechtssubjekte versteht. Ihre Menschenrechte wurden als unveräußerlicher, integraler und untrennbarer Teil der allgemeinen Menschenrechte festgeschrieben. Die "Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung" 1994 in Kairo knüpfte an diesen Menschenrechtsansatz (rights-based approach) an und bettete Bevölkerungspolitik erstmalig in einen integralen gender- und gesundheitsgerechten Nachhaltigkeitsansatz ein. Der "Weltsozialgipfel" 1995 in Kopenhagen forderte Gender Equality, Equity und Empowerment of Women. Von der "Vierten Weltfrauenkonferenz" 1995 in Peking ging dann der wesentliche Impuls aus, Gleichberechtigungsziele mit Hilfe von Gender Mainstreaming-Strategien umzusetzen und seit 1997 ist Gender Mainstreaming (GM) offizielle Strategie der Vereinten Nationen. Sie bezieht die geschlechtsbezogene Perspektive systematisch in alle Politiken (von ihrer Planung bis zur Evaluierung), Bereiche und Ebenen ein, damit Frauen und Männer gleichberechtigt von ihnen profitieren und Ungleichheiten nicht weiter fortgesetzt werden. Das Empowerment von Frauen und die Berücksichtigung von Diversity bleiben integraler Bestandteil von Mainstreaming

ming-Prozessen.⁷ Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) integriert in seinem aktuellen Policy Statement zu Gender Mainstreaming die Gender Perspektive und Gender Equality als Zielsetzung in sämtliche Politiken, Programme und Projekte sowie in seine Personal- und Organisationsentwicklung. Die Etablierung von Gender Equality, Equity und Empowerment of Women als politische Leitorientierungen in internationalen Vereinbarungen geht auf einen jahrzehntelangen Prozess der 'Feminisierung' entwicklungs- und umweltpolitischer Diskurse zurück.⁸

Das Gender Mainstreaming auf dem Rio+10-Gipfel kann nur vor dem Hintergrund dieser internationalen Vereinbarungen zu Geschlechtergerechtigkeit und ihrer nur unzureichenden Implementierung analysiert und bewertet werden. Die Umsetzungsbilanz ist ernüchternd. Trotz des Menschenrechtsanspruches auf Geschlechtergleichheit und dessen internationaler Anerkennung als Entwicklungsziel, haben Frauen bis heute in keinem Land der Erde dieselben Entwicklungschancen wie Männer. Dies belegen die geschlechtsbezogenen Entwicklungsindizes (GDI u. GEM) im aktuellen Weltentwicklungsbericht des UNDP. Im Vergleich zu Männern haben Frauen in den meisten Ländern der Erde weniger soziale, wirtschaftliche und politische Rechte und Partizipationschancen; einen schlechteren Zugang zu Land, Erbrechten, Krediten, Gesundheitsversorgung und Bildung. Sie verrichten zwar zwei Drittel der Weltarbeitsstunden, erhalten aber nur ein Zehntel des Welteinkommens und besitzen weniger als ein Hundertstel des Welteigentums. Frauen sind sozial verwundbarer, werden eher Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt, befinden sich in stärkerem Maße in prekären Arbeitsverhältnissen und haben schlechtere Einkommensmöglichkeiten als Männer. An diesen geschlechtsspezifischen Disparitäten konnten auch die UN-Weltgipfelreihe, zahlreiche Konventionen und internationale Vereinbarungen zu Geschlechtergerechtigkeit bislang wenig ändern. Johannesburg sollte darum neue Impulse für eine wirksame Umsetzung einer geschlechtergerechten Nachhaltigkeit geben. Frauen wollten kein neues Festival der Worte erleben, sondern endlich Taten sehen.

3 Der Johannesburg-Prozess

3.1 Mainstreaming Gender im Vorfeld des WSSD

Wie in Rio koordinierte WEDO (Women's Environment and Development Organisation) das genderpolitische Mainstreaming auch im Johannesburg-Prozess und setzte in einer ersten Etappe auf Reformen und Mitmacht. Diese Strategie beinhaltete vor allem die Übernahme einer aktiven Rolle innerhalb der 1993 gegründeten Frauen AG (Women's Caucus) der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD)⁹. Der Women's Caucus tritt für das systematische Gender Mainstreaming aller Vereinbarungen im Bereich Nachhaltiger Entwicklung ein. Er ist mit eigenen Positionspapieren, Side-Events und steter Lobby-Arbeit auf den jährlichen CSD-Tagungen präsent und versucht seine Expertise systematisch in den Prozess und in die Entschließungstexte einzubringen. Als Pipeline dieser Mainstreaming-Prozesse dienen wesentlich die sogenannten "Multi-Stakeholder Dialogs". NGOs ermöglicht dieses innovative Partizipationsinstrument den Dialog mit Regierungsdelegationen und Mitgliedern der Hauptgruppen (major groups) und gezielten Einfluss auf Entschließungstexte. Für diejenigen Frauenorganisationen, die auf Mitmacht setzen, kommt diesen Dialogen eine Schlüsselfunktion zu. Als Hauptaufgabe im Vorfeld des Joburg Gipfels identifizierte der Women's Caucus die koordinierte Neuauflage der Frauenaktions-Agenda innerhalb eines konsultativen Prozesses¹⁰ unter erneuter Koordination von WEDO.

3.2 Geschlechterpolitische Forderungen an eine Nachhaltigkeits-Agenda

Analysen und zentrale Forderungen des Women's Caucus¹¹, der gemeinsam formulierten Women's Action Agenda for a Healthy Planet 2002 (WAA)¹² sowie von DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era)¹³ für das Gender Mainstreaming in Johannesburg waren:

- Good Governance und Geschlechterdemokratisierung sollen Entscheidungs- und Gestaltungsmacht, Partizipation und Rechtssicherheit für alle

Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, gewähren. Dies setze Gender Balance innerhalb aller Entscheidungsgremien im Bereich Nachhaltiger Entwicklung voraus.

- Abbau der Spannungen zwischen freier Marktideologie und Nachhaltigen Produktions- und Konsumzielen, durch die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kosten ökonomischen Wachstums in volkswirtschaftlichen Analysen (ehrliche Preise), Armutsbekämpfung und eine ökologische Wende in den Produktions- und Konsummustern westlicher Industrieländer.

- Neoliberale Globalisierung: Der Verlust der Kontrollmacht von Staaten und sozialen Gruppen über die Produktion und Verteilung von Ressourcen soll aufgehoben werden. Öffentliche Güter wie Wasser dürfen nicht privatisiert werden. Gender-sensible Global Governance Prozesse gelte es zu unterstützen.

- DAWN kritisiert die "hyperliberalen" und "hypermaskulinen" Strukturen ökonomischer Globalisierung. Die sozialen und ökologischen Kosten globalen Wirtschaftswachstums stünden in Johannesburg nicht mehr auf der Agenda. Das Agieren transnationaler Unternehmen würde ausschließlich als Teil der Lösung von Entwicklungsproblemen betrachtet und Regulierungsvorschläge seien nicht vorgesehen. Sustainable livelihood bildet mit seiner Orientierung an sicheren Lebensgrundlagen i.S. des Vorsorgeprinzips ein Gegenkonzept zu globaluniversellen Entwicklungs- und Wirtschaftskonzepten.

- Frieden, Gewaltfreiheit und Gerechtigkeit sind fundamentale Voraussetzungen von Nachhaltigkeit.

- Geschlechtergerechter Zugang zu und Kontrolle über natürliche und gesellschaftliche Ressourcen durch Empowermentprozesse und die normative Verankerung von Rechten in nationalen Verfassungen.

- Gewährung Reproduktiver und Sexueller Rechte und Gesundheit im Rahmen einer intakten Umwelt.

- Gender bezogene Analysen (gender impact analysis) sollen zum integralen Bestandteil aller Entscheidungen und Gesetze werden.

- Der Schutz der Biodiversität soll auf allen Politikebenen vorangetrieben werden.

- Nahrungssicherheit beinhaltet Souveränität über die Entscheidung, welche Nahrung produziert, konsumiert und importiert werden soll. Die genetische Modifikation von Nahrungsmitteln und Patente auf Leben werden abgelehnt.

- Ein geschlechtergerechter Zugang zu Bildung, Kommunikation und Informationstechnologien soll gewährleistet werden.

Insbesondere ökonomische Globalisierung, Debatten um Global Governance und die Regulierungskonzepte sozialökologischer Problemlagen sind bislang männlich dominiert. Diesen hegemonialen Diskurssträngen stellt die Frauenaktionsagenda genderorientierte Positionen gegenüber. Zugleich verbleibt sie grundsätzlich in verhandlungsfähigen Ansätzen, um in Johannesburg einen globalen Konsens mit einer möglichst durchgehenden Genderorientierung zu erreichen. War diese Strategie erfolgreich?

3.3 Zukunftsfähigkeit aus Frauen-Süd-Perspektive

Bereits im Vorbereitungsprozess ging den internationalen Frauennetzwerken sichtlich die Kraft aus. Insbesondere WEDO erlitt in Johannesburg einen herben Machtverlust und spielte nicht mehr die entscheidende mobilisierende oder inhaltlichstrategisch führende Rolle. Das Mainstreaming auf den Prep-Com's zum Johannesburg-Gipfel im zähflüssigen linebyline-Verfahren erschöpfte sich in einem dokumentimmanenten Einlassen von Wendungen wie "gendersensitive", "einschließlich Frauen", "Frauen wie Männer", wobei sich die Aktivistinnen auf das stromlinienförmig in den neoliberalen Mainstream eingepasste, entwicklungs- und umweltpolitisch schwache Abschlussdokument im Grundsatz einlassen mussten. Visionäre, transformative Positionen entwickelte einzig das frauen- und entwicklungspolitische Südnetzwerk DAWN. Es forderte auf der letzten PrepCom in Bali in der Politischen Deklaration "Sustainable Development from a Feminist Perspective", einen starken sozialen Rahmen für Nachhaltige Entwicklung, der Umweltschäden reduziert, ökologische Kosten internalisiert und präventive Umweltpolitiken und Management-Praktiken entwickelt.

Zentrale Forderungen der Deklaration sind: Demilitarisierung, das Wiederherstellen von Frieden und die Reallokation militärischer Budgets zur Verwirklichung Nachhaltiger Entwicklung; einen Stop für die Privatisierung von Basisdiensten und -systemen; Geschlechtergerechtigkeit und Gender-Balance in Wirtschaft, politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen; die Priorisierung finanzieller Ressourcen zur Umsetzung von TypI-Ergebnissen gegenüber TypII-Vereinbarungen; das Vorsorge-Prinzip für menschliche und ökologische Gesundheit und soziale Sicherheit; Regierungen sollen Verantwortung für die Entwicklung eines verbindlichen Rahmens für nachhaltige Produktions- und Konsumbedingungen übernehmen, damit Unternehmen die sozialen und ökologischen Kosten ihrer Produktion nicht mehr externalisieren können; die Entwicklung neuer ökonomischer Modelle, die Produktion, Konsumtion, soziale und ökologische Reproduktion anerkennen und die Trennung zwischen Geld- und Reproduktionswirtschaft überwinden.¹⁴

Der Tenor der offiziellen Draft-Version des Implementierungsplans in Bali war aber eher "Freeing the Market, not freeing the people" und lief dem DAWN-Ansatz diametral entgegen.¹⁵

4 Frauen auf dem (Joburg-)Gipfel der Krise

Im Vergleich zum prall gefüllten Frauenzelt des Planeta Femea in Rio bot die internationale Frauenbewegung auf dem Johannesburg-Gipfel ein vergleichbar desaströses Bild. Im überdimensionierten Frauenzelt fand sich gerade einmal ein Häuflein von 30 bis 70 aufrechten Aktivistinnen unter dem Motto "Listen to the voice of women" zusammen. Der lauwarmer Aufguss der "Women's Action Agenda" vermochte kein zweites Mal mobilisierende und inspirierende Kraft für ein erfolgreiches Gender Mainstreaming nachhaltiger Politik zu entfalten. Den Podien im Frauenzelt zu: Frieden und Menschenrechten; Globalisierung und Armut; Gesundheit und Umweltsicherheit; Ressourcenzugang und Regieren, fehlte es an klaren Statements, mitreißenden Aktionen und visionärer Kraft. Zumeist

verblieben sie bei der Darstellung frauenspezifischer Problemlagen und einzelner Projekte. Obgleich internationale Frauenorganisationen als einzige das Thema Frieden und die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Krieg ansprachen, traten sie damit nicht öffentlichkeitswirksam auf. Ein kontinuierlicher Austausch mit dem Regierungsgipfel gelang nicht, ebenso wenig die systematische Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Rahmen von Globalisierung und seine Auswirkungen auf soziale und ökologische Systeme, etwa die Privatisierung öffentlicher Güter und staatlicher Grundversorgung. Der erhoffte stringente und alternative geschlechtergerechte Entwicklungsentwurf wurde im Frauenzelt nicht vorgestellt.¹⁶

5 Nachhaltigkeit und Geschlecht (k)ein Widerspruch?

Der Johannesburg-Gipfel kündigte an, Entwicklung in neue sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltige Bahnen lenken zu wollen. Insbesondere im Bereich des genderpolitischen Agenda-Settings glich er jedoch eher einer Abwehrschlacht um bereits erreichte Beschlüsse, denn als Ort innovativer Impulse. Adressierte die Agenda 21 mit 120 Verweisen noch auf nahezu jeder ihrer Seiten die Rolle von Frauen für eine Nachhaltige Entwicklung, so finden sich im Johannesburg-Dokument deutlich weniger (30) Referenzen zu Gender Equality. Die Forderungen nach Gender Balance in allen gesellschaftlichen Entscheidungsgremien und des gleichberechtigten Zugangs zu Gesundheit, ökonomischem Wohlstand und Bildung finden sich erst im Kapitel zwei zur Armutsbekämpfung. Implementierungsinstrumente, wie etwa die Einführung von Quoten, Gender Budgets oder neue verbindliche Zeitziele sind mit diesen Forderungen nicht gekoppelt, ebenso wenig die Bereitstellung finanzieller Ressourcen für ihre Umsetzung. Damit hat Johannesburg den Lackmустest für die Glaubwürdigkeit wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Geschlechtergerechtigkeit nicht bestanden. Die Regierungen übernahmen lediglich die Finanzierungs-Beschlüsse der Monterrey-Konferenz in das Schlussdokument. Diese wurden

jedoch bereits zur Finanzierung der engeren entwicklungspolitischen Aufgaben, insbesondere die Verwirklichung der Millenniumsziele, als völlig unzureichend angesehen. Nur die kurz vor dem Gipfel vereinbarte Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität (GEF) bringt zusätzliche Finanzmittel ein. Mit einem Umfang von insgesamt 2,92 Mrd. US-\$ für die Jahre 2002-2006 bleiben diese jedoch weit hinter den Erfordernissen zurück. Das GEF-Sekretariat selbst hielt einen Betrag von 3,5 Mrd. US-\$ für erforderlich.

Erstaunlicherweise waren die meisten Formulierungen, die Women und Gender Aspekte aufgriffen, in Johannesburg nicht geklammert – ganz einfach deshalb, weil sich die Regierungen in den Prep-Coms bereits auf den (aller)kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt hatten. Der Kampf um die Integration der bereits in Wien, Kairo und Peking festgeschriebenen Formulierungen zu Menschenrechten für Frauen, inklusive der Reproduktiven und Sexuellen Rechte schlug fehl. Nur die Reproduktive und Sexuelle Gesundheit wurde bestätigt. Die Festschreibung des Schutzes traditionellen Wissens lokaler Gemeinschaften lesen Gender Expertinnen als ein Einfallstor für traditionelle Praktiken wie die weibliche Beschneidung oder die schlechtere Ernährung von Mädchen und deren unzureichende Gesundheitsfürsorge; und für Vorurteile, die Frauen den Zugang zu moderner Gesundheitsfürsorge versperren, selbst wenn sie erreichbar und finanzierbar wäre. Dieses Konzept des Community ownership wurde als ein Ansatz formuliert, der Gender, class, Ethnizität and altersbasierte Macht in Gesellschaften schlicht ignoriert. Das von Frauenorganisationen geforderte Vorsorgeprinzip konnte nur in abgeschwächter Form als Vorsorgeansatz bestätigt werden. Nicht selten werden Frauen und Kinder oder indigene Menschen im Implementierungsplan als eine kollektive Kategorie von Opfern aufgeführt, eine entmachtete, verwundbare Gruppe, die der Rettung ausgerechnet traditioneller oder ökomodernisierter patriarchaler Männer bedürfe, die die Begriffe und Inhalte Nachhaltiger Entwicklungsdiskurse nach wie vor selbst definieren und ihre eigene privilegierte Position in vergeschlechtlichten Gesellschaftshierarchien aufrechterhalten wollen,

bilanziert Ewa Charkiewicz von DAWN bitter. Eine gendersensible Nachhaltigkeit flackert im Johannesburg-Konsens allenfalls als Spurenelement auf.

5.1 Knapp an der Blamage vorbei: Die Kontroverse um den § 47

Bei der Verhandlung des für Frauen zentralen § 47, der das Problemfeld Gesundheitsversorgung regelt, wurde der Menschenrechtsbezug schlicht 'vergessen' und dies obgleich die UNO dieses Recht der Frauen in vorangegangenen Beschlüssen mehrfach bestätigte. Mit der ursprünglichen Formulierung des § 47, dass die Gesundheitsversorgung, "in Übereinstimmung mit nationalen Gesetzen, ethischen und religiösen Werten" erfolgen soll, wurden Einschränkungen des Rechts auf reproduktive Gesundheit Tür und Tor geöffnet. Eine konservative Fallanx Frauenrechte torpedierender Länder im UN-System, allen voran die USA gemeinsam mit Ländern islamischer und katholischer Provenienz brachten diese Formulierung ins Spiel. Sie leistet einer fortgesetzten Diskriminierung von Frauen im Gesundheitsbereich und gesundheitsschädlichen Praktiken Vor-schub. Erst kurz vor Toresschluss konnte ein roll-back mühsam verhindert und ein fragiler Status quo erhalten werden. Den kulturrelativistischen Forderungen wurde schließlich der Halbsatz "in Übereinstimmung mit den Menschenrechten und fundamentalen Freiheiten" vorangestellt. Der alleinige Bezug auf Basic Health-Services könnte allerdings von konservativen Regierungen bewusst missgedeutet werden, um sexuelle und reproduktive Gesundheitsdienste für Frauen dennoch auszuschließen. Für die internationalen Frauennetzwerke erwies sich die Auseinandersetzung um den § 47 in ihrer krisenhaften Verfassung als Rettungsanker zur Profilbildung. Auf ihren Demonstrationen gegen die Urfassung der Gesundheitsregelung erlangten sie eine gewisse mediale Aufmerksamkeit, die ihnen bis dahin zur Sichtbarmachung ihrer Ziele fehlte.

5.2 Johannesburg: Keine genderpolitische Sternstunde

Insgesamt kann der kleine Sichtbarkeits-‘Erfolg’ in der Gesundheitsdebatte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die kohärente Vernetzung von Gender und Nachhaltiger Entwicklung fehlgeschlug. In Johannesburg materialisierte sich die gescheiterte Wiederbelebung des Frauenzettes und der Frauenaktionsagenda. Die von DAWN und dem NGO-Forum vertretene Position, dass es neben den ökologischen auch soziale Leitplanken und Grenzen des Wachstums gibt, findet sich im Abschlussdokument nicht wieder. Damit verfehlte Johannesburg das zentrale Thema des kommenden Jahrzehnts. Vor dem Hintergrund ihrer Gipfelerfahrungen müssen transnational agierende Frauenorganisationen überdenken, ob und inwieweit der gigantische Aufwand der UN-Konferenzen den mageren Ertrag lohnt, inklusive des erheblichen personellen und finanziellen Engagements von NGOs. "No more shameful summits" demonstrierte darum eine große Gruppe von NGOs, unter ihnen die alternative Nobelpreisträgerin Vandana Shiva, gegen den mangelnden politischen Willen zu spürbaren Resultaten, der diesen Gipfel kennzeichnete. Eva Charkiewicz resümiert: "It may be better to have a failed conference than a conference that ends with documents that fail the global community and default on sustainability and human rights"¹⁷

6 Perspektiven einer geschlechtergerechten Zukunftsfähigkeit

Der Johannesburg-Prozess setzt das in Rio entwickelte major group-Konzept fort. Dieser Ansatz löst Akteursgruppen aus gesellschaftlichen Machtstrukturen heraus und stellt sie scheinbar gleichberechtigt nebeneinander. Sowohl im Rio- als auch im Johannesburg-Prozess wurden jedoch die bestehenden Machtasymmetrien und die daraus resultierende unterschiedliche Deutungsmacht der AkteurInnen in internationalen Verhandlungssystemen sichtbar, aber nicht thematisiert. Angesichts dieser Machtbalancen ist eine Gleichheit des Sprechens, Gehörtwerdens und Entscheidens im Diskurs- und

Handlungsfeld Nachhaltiger Entwicklung nicht zu erwarten. Die durch das major group Konzept verschleierte – aber im Agenda-Setting umso wirksameren – Machtdifferenzen, erklären weitgehend die mageren Ergebnisse des Gender Mainstreamings im rauen neoliberalen Verhandlungsklima Johannesburgs. Obgleich Frauen als erste Hauptgruppe im Agenda-Kanon rangieren, führte dies nicht zu einer Priorisierung genderpolitischer Zielsetzungen in der Umsetzung der Rio-Beschlüsse bzw. im Implementierungsplan des WSSD. Transnationale Frauennetzwerke mussten in Johannesburg zwar nicht mehr um ihre Sichtbarkeit in internationalen Verhandlungssystemen kämpfen. Sie waren als anerkannte Hauptgruppe im gesamten Gipfel-Prozess politisch präsent: In Multi-Stakeholder-Dialogen; auf Podien fachspezifischer Veranstaltungen; an runden Tischen von Regierungen, der Privatwirtschaft und zivilgesellschaftlicher Kräfte. Dennoch bescherte ihnen diese verbesserte und durchgehende Präsenz keinen größeren Impact auf die Verhandlungen. Deutlicher als auf den vorangegangenen Weltgipfeln zeigte sich in Johannesburg die Disponibilität genderpolitischer Verhandlungspositionen, die als Elemente der international low politics gerne einmal gegen Zugeständnisse in anderen Bereichen der sogenannten high politics (z.B. der Wirtschaftspolitik) getauscht und preisgegeben werden. Der "Gender-Krempel ist doch Verhandlungsmasse"¹⁸, bringt der Vertreter einer politischen Stiftung und Mitglied der deutschen Delegation diese Haltung repräsentativ zum Ausdruck.

Das major group-Prinzip unterminiert die notwendige Verhandlung der Verhandlung und die Thematisierung der in ihr eingelassenen Machtverhältnisse. Ohne deren Analyse fehlen die Voraussetzungen für gezielte Empowerment- und Capacity-Building-Prozesse, die benachteiligte Akteursgruppen innerhalb der Verhandlungssysteme stärken. Erst unter diesen Voraussetzungen könnte sich eine Vielfalt von AkteurInnen und Positionen entwickeln, die konstitutiv für die Orientierung an einer prozeduralen Leitbildvariante ist; ebenso wie ein Höchstmaß an Transparenz der Verfahren. Um diese Bedingungen zu erzielen, reicht ein Gender Mainstreaming zur

Transformation krisenhafter sozialökologischer Problemlagen nicht aus.

DAWN legte vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking einen feministischen Ansatz von Global Governance¹⁹ vor. Ihr Transformationsprojekt zielt auf die sukzessive 'Restrukturierung des Marktes', 'Reform des Staates' und 'Machtbildung in der Zivilgesellschaft'.²⁰ Diese Vision einer grundlegenden Transformation i. S. eines Abbaus (geschlechts)hierarchischer Verhältnisse in Politik, Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft auf allen Politikebenen ist Voraussetzung für die Herausbildung einer geschlechtergerechten Nachhaltigkeit. Der weite Weg dorthin führt über eine Doppelstrategie:

→ Ein engendering geschlechtsblinder Diskurse, Politiken und Strukturen über einen systemkonformen Integrationsansatz mit dem Ziel ihrer geschlechtergerechten und -demokratischen Reformierung ist und bleibt weiterhin notwendig

→ Nicht weniger kommt es aber darauf an, die Formulierung weitreichender Konzepte und Visionen zu einer anti(geschlechts)hierarchischen Rekonzeptionalisierung Zukunftsfähiger Entwicklung voranzutreiben.

Anmerkungen

- 1 Claudia von Braunmühl, Nachhaltigkeit, in: Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt M. 2001, S.186-194, S.186
- 2 Peter Wehling, Sustainable Development – eine Provokation für die Soziologie? In: Karl-Werner Brand (Hg.), Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, Leverkusen 1997, S. 35
- 3 Karl-Werner Brand et. al., Bedingungen einer Politik für Nachhaltige Entwicklung, in: Sozialökologische Forschung. Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt, München 2002, S. 91-110
- 4 Karl-Werner Brand, Vision ohne Herzblut. Über die begrenzte Resonanzfähigkeit des Leitbilds Nachhaltigkeit, in: Politische Ökologie, 17. Jg, Nr. 63/64, S. 19-22, S. 20
- 5 Rosi Braidotti et. al., Women the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis, S. 77ff.; Christa Wichterich, Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio. Berichte, Analysen, Dokumente, Köln 1992; Ester Boserup, Women's role in Economic Development, New York 1970
- 6 aktuelle Trends in: Worldwatch Institute (Hg.), Zur Lage der Welt 2002. Zukunftsfähige Gestaltung der Globalisierung. Strategien für eine nachhaltige Klimapolitik, Frankfurt M. 2002 u. Ingomar Hauchler / Dirk Messner / Franz Nuscheler, Globale Trends 2002. Fakten, Analysen, Prognosen, Stiftung für Entwicklung und Frieden, Bonn 2001
- 7 Christiane Thorn, Bevölkerungspolitik und Gender, in: Handbuch

Weltbevölkerung, Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung (Hg.), Berlin 2003

- 8 siehe: Christiane Thorn, Nachhaltigkeit hat (k)ein Geschlecht. Perspektiven einer gendersensiblen zukunftsfähigen Entwicklung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, B 33-34 / 2002, S. 38-46
- 9 die CSD begleitet die Umsetzung der Agenda 21. Formal ist sie eine Fachkommission des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC), dieser untersteht der Generalversammlung. Die CSD ist institutionell schwach, kann keine Konventionen oder völkerrechtlich verbindliche Entscheidungen verabschieden und ist beim Monitoring auf die jährlichen nationalen Regierungsberichte angewiesen, die nur teilweise durch alternative NGO-Reports flankiert werden
- 10 Thais Corral, Women's Agenda for a Healthy Planet. Zehn Jahre tatkräftiges Engagement, in: Politische Ökologie, 19. Jg., Heft 70, Juni 2001, S.XVIII - XIX, S.XIX.
- 11 Women's Caucus (Ed.), Women as Major Group, Dokument of the WC for the UNECE Ministerial Meeting for the World Summit on Sustainable Development, Geneva 24.Sep. 2001
- 12 Women's Action Agenda for a Healthy Planet 2002, Preliminary Draft, Oct. 23, 2001
- 13 Ewa Charkiewicz (DAWN): Towards the World Summit on Sustainable Development, Agenda 21: A viable Alternative to Hyper-Liberalisation, in: DAWN Informs, May 2002, S. 1-5
- 14 DAWN says... Political Declaration delivered by DAWN at WSSD PrepCom in Bali, Indonesia, June 2002. Sustainable development from a feminist perspective, in: DAWN Informs / Supplement for the WSSD, Aug. 2002, S. 6-8
- 15 Ewa Charkiewicz, "Women's Major Group Statement at the Multi-stakeholder Dialog" zur 4. PrepCom in Bali.
- 16 Christa Wichterich, Viel Markt wenig Frauenpower und wenig Frauenrechte, in: Joburg Wegweiser, HBS (Hg.), www.worldsummit2002.de/web/joburg/581.html
- 17 DAWN (Ed.): A DAWN Supplement for the WSSD, Aug. 2002
- 18 zitiert nach: Christa Wichterich, Anm. 16
- 19 in: Christa Wichterich, Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit, Reinbeck b. Hamburg 1998, S. 239f. u. www.dawn.org.fj
- 20 dies., S. 240

Gender Mainstreaming

"Gender Mainstreaming bedeutet: Die Strukturen selbst, welche die Ungleichheit der Geschlechter immer wieder produzieren, sollen umgestaltet werden. Kein Bereich kann dabei ausgeschlossen werden: weder die immer noch auf dem Ernährermodell basierenden Sozialversicherungssysteme noch das Finanz- und Steuerrecht. ... Auch scheinbar geschlechtsneutrale Ressorts wie Wirtschafts-, Finanz- oder Strukturpolitik müssen auf geschlechterspezifische 'Schieflagen' hin überprüft werden."

Claudia Pinl, Gender Mainstreaming – ein unterschätztes Konzept, in: Beilage zum Parlament Nr. 33-34/2002, S. 4.

Fritz Andres:

Der Beitrag der Bodenreform zur Nachhaltigkeitsdiskussion

1 Einführung

1.1 Begrenzen und Verteilen

Über Nachhaltigkeit macht man sich heute vielfach Gedanken, weil der Mensch die Natur übernutzt. Was immer man im einzelnen unter Nachhaltigkeit verstehen mag, in vorderster Linie geht es daher immer um eine Begrenzung der menschlichen Tätigkeit zur Natur hin.

Auch die Bodenreform, in einem weiteren Sinne aufgefasst, hat es mit der Natur zu tun. Aber ihr geht es – jedenfalls von ihrer ursprünglichen Intention her – nicht um Begrenzung der menschlichen Nutzung, sondern um deren gerechte Verteilung: wem gehört die Erde und wie soll sie verteilt werden? Wem steht insbesondere der ökonomische Gegenwert der Bodennutzung, die Bodenrente, zu? Das sind ihre zentralen Fragen.

Nachhaltigkeitsbewegung und Bodenreform haben es also zwar mit demselben Gegenstand – der Natur bzw. ihrer zulässigen Nutzung durch den Menschen – zu tun, aber sie befassen sich mit ihm unter verschiedenen Zielsetzungen: die eine will die zulässige Nutzung den ökologischen Erfordernissen entsprechend begrenzen, die andere will sie gerecht verteilen. Damit ergibt sich die Frage: laufen die beiden Bestrebungen nebeneinander her oder haben sie sich etwas zu sagen? Stützen oder stören sie sich? Sind sie vielleicht sogar aufeinander angewiesen in der Weise, dass sie ihre Ziele nur miteinander oder gar nicht erreichen?

Schon wenige allgemeine Überlegungen zeigen, dass Begrenzen und Verteilen, bezogen auf denselben Gegenstand, im engsten Zusammenhang miteinander stehen: Wird der bisher offene Zugang zu einer natürlichen Ressource begrenzt, so schafft oder verschärft man zugleich ein Verteilungsproblem. Und je enger die Begrenzung, desto schärfer i.d.R. der Konflikt. Allein schon aus diesem Grunde ist zu vermuten, dass alle

Bestrebungen, die auf eine Begrenzung der Ressourcennutzung abzielen, keinen dauerhaften Erfolg haben werden, wenn sie nicht zugleich für eine gerechte Verteilung des Ressourcenzugangs sorgen. Denn bekanntlich weicht man dem Verteilungskonflikt am leichtesten aus, wenn man die Verteilungsmasse vergrößert bzw. die Grenzen zulässiger Ressourcennutzung eben nicht begrenzt, sondern ausweitet. Man kann daher zumindest für demokratische Gesellschaften davon ausgehen, dass eine ungerechte Verteilung des Zugangs zu den natürlichen Ressourcen das Zustandekommen der Mehrheiten, die für die Begrenzungsbeschlüsse notwendig sind, erschweren oder verhindern wird. Denn wer bei der Verteilung zu kurz kommt, wird jeder weiteren Begrenzung die Zustimmung verweigern und sich eher sogar für eine Erweiterung der bestehenden Grenzen einsetzen, weil er nur darin eine Chance für eine eigene Teilhabe sieht. Die ökologisch notwendige Begrenzung der Ressourcennutzung hat daher nur bei gerechter Verteilung eine demokratische Chance.

1.2 Beispiele

Zwei Beispiele sollen diesen Zusammenhang verdeutlichen:

a) Warum ist die Ausuferung unserer Städte, die Los-Angelesisierung unserer Siedlungsgebiete, warum ist die Zersiedelung der Landschaft nicht zu stoppen? Die jeweils bestehende Siedlungsfläche ist verteilt. Nachkommen, sofern sie keine Erben sind, ferner Zuwanderer von außerhalb und schließlich auch Insider, die aufgrund neuer Ideen oder Bedürfnisse ein anderes oder größeres Grundstück suchen, haben im Bestand oft keine faire Zugangschance oder haben, wenn sie sich den Zugang teuer erkaufen müssen, einen empfindlichen Wettbewerbsnachteil gegenüber den Etablierten. Die Verteilung des Bodens im Siedlungsgebiet sorgt so, je knapper der Boden wird,

desto mehr für Privilegien und Wettbewerbsverzerrungen. Kein Wunder, dass von der Seite der Nutzungsinteressenten, die zu kurz kommen, ein ständiger Druck auf die Stadtplanung zur Erweiterung der Siedlungsgrenzen ausgeht. Das Versprechen der Unternehmer, Arbeitsplätze in die Gemeinde zu bringen, und der Drang der Bürger zum Einfamilienhaus tun das ihre, um die Grenzen der Besiedlung immer weiter hinauszuschieben und die freie Landschaft zur Strecke zu bringen. Bei Fortsetzung des Trends, der in Deutschland zur Zeit über 150 Fußballplätze täglich, d.h. mehr als die Gesamtfläche des Bundeslandes Bremen in einem Jahr, der Siedlungs- und Verkehrsfläche einverleibt, ist leicht auszurechnen, wann bei der nicht größer werdenden Gesamtfläche der Republik der letzte Quadratmeter freier Natur dem Siedlungsdrang geopfert sein wird.

Andererseits braucht man sich nur vorzustellen, wie die Verhältnisse in den Städten und Gemeinden sich entwickeln würden, wenn ein bundesweiter Stopp für die Ausweisung weiteren Baulands erlassen würde. Der ständig wachsende Druck ungelöster Verteilungsprobleme, dem das Ausweichventil der Erweiterung genommen ist, würde zu unerträglichen sozialen Spannungen führen, die Privilegien der Etablierten und die Abhängigkeit der Nicht-Besitzenden ins Unerträgliche steigern und – nun ja, entweder zu einer unkontrollierten Entladung dieser Spannungen oder eben doch wieder zu einer Ausweitung der Siedlungsgrenzen nach bewährtem Muster führen.

Zu dem von innen, von den ungelösten Verteilungsproblemen ausgehenden Druck auf die Grenzen kommt noch gewissermaßen als Sog von außen das Interesse derjenigen hinzu, die sich von einer Ausweitung der bestehenden Grenzen eine Steigerung ihrer Grundstückswerte versprechen. Von innen sind es die Nutzer, die zu kurz gekommen sind, und von außen die Besitzer, die sich Vorteile versprechen – und in beiden Fällen ist es eine ungerechte Verteilung, hier der Nutzungsrechte, dort der Vermögenswerte und ihrer Zuwächse, die als Druck und Sog in kombinierter Wirkung die Stadtplanung "in die Mangel" nehmen und unaufhaltsam eine Erweiterung der Siedlungsgrenzen erzwingen.

b) Nehmen wir als weiteres Beispiel die Bodenfrage in Südamerika. Dort haben bekanntlich viele Menschen keinen Zugang zu Boden, den sie bewirtschaften könnten. Auf der anderen Seite gibt es nicht nur gewaltigen Großgrundbesitz, sondern auch nicht unerhebliche Brache darin, die nicht genutzt wird. Da den Landlosen der Zugang zum Boden der Großgrundbesitzer selbst da, wo diese ihn nicht nutzen, versperrt ist, bleibt ihnen offenbar nichts anderes übrig, als sich durch Rodung des Regenwaldes die Möglichkeit zur Bodennutzung zu verschaffen. Dabei wäre bei gerechter Verteilung auch ohne solche Rodung für jeden genug Boden vorhanden. Es ist also ganz offensichtlich, dass hier eine ungerechte Verteilung zur Sprengung ökologisch sinnvoller und notwendiger Grenzen führt. Über 50% der Rodung des Regenwaldes soll auf das Konto der Landlosen gehen. Da die Regierung den Verteilungskonflikt nicht angehen will, hat sie sogar selbst die Rodung durch die Landlosen erlaubt und gefördert – sie hätte sie aber ohne gerechte Lösung des Verteilungsproblems wohl auch nicht verhindern können.

2 Wie die Bodenreform das Verteilungsproblem löst

Die Begrenzung der Ressourcennutzung ist entweder von der Natur her bereits vorgegeben oder sie muss im Interesse nachhaltiger Nutzbarkeit der Natur durch die Gemeinschaft festgelegt werden. Gehen wir also davon aus, dass auf die ein oder andere Weise der Ressourcennutzung Grenzen gezogen sind oder werden sollen, so stellt sich die Frage, wie die der Nutzung verbleibenden Ressourcen gerecht verteilt werden können. Mit dieser Frage vor allem hat sich bisher die Bodenreform befasst. Sehen wir uns an, was sie dazu zu sagen hat.

2.1 Was ist am Boden zu verteilen?

Die Frage erscheint simpel – natürlich der Boden! Aber so einfach ist die Antwort doch nicht. Denn am Boden gibt es einerseits Nutzungsrechte, mit denen Entfaltungsmöglichkeiten verteilt werden, und andererseits Knapp-

heitswerte (Bodenrenten), deren Verteilung ebenfalls geregelt werden muss.¹ Nutzungsrecht und Knappheitswert beziehen sich zwar auf dasselbe Grundstück, müssen aber nicht miteinander verbunden sein. Deutlich zeigt dies das Pachtgrundstück: der Pächter ist der Inhaber des Nutzungsrechts, aber der Knappheitswert fließt als Pachtzins dem Eigentümer zu. Erfasst der Pachtzins die volle Bodenrente des Pachtgrundstücks, so würde sich bei einer Übertragung von einem auf einen anderen Pächter, auch wenn sie vertraglich zugelassen wäre, kein Preis für das Nutzungsrecht (Pachtrecht) ergeben. Ein Nachfolgeinteressent würde unter Hinweis auf die Belastung durch den Pachtzins jede Forderung nach einem "Kaufpreis" oder dergleichen ablehnen. Auch Erbbaurechte erzielen daher, wenn der Erbbauzins die volle Bodenrente des Erbbaugrundstücks erfasst, für das Nutzungsrecht am Boden keinen Preis. Nutzungsrecht und Bodenrente eines Grundstücks können also, wie diese Beispiele zeigen, durchaus voneinander getrennt werden und sind dann natürlich auch einer Verteilung nach unterschiedlichen Maßstäben zugänglich.

2.2 Die Verteilungsmaßstäbe der Bodenreform

Die fehlende Unterscheidung zwischen Nutzungsrecht und ökonomischem Wert hat in der Vergangenheit meist schon die gedankliche Lösung des Verteilungsproblems unmöglich gemacht. Freiheits- und Gleichheitsbefürworter verwickelten sich in einen fruchtlosen Streit. Freiheit und Effizienz als Maßstab mussten zwar für die Nutzungsrechte zu einer Verteilung führen, die – bestenfalls – der Unterschiedlichkeit der menschlichen Fähigkeiten und Bedürfnisse entsprach. Wenn aber mit den Nutzungsrechten auch der ökonomische Wert des Bodens nach dem gleichen Maßstab mitverteilt wurde, musste es zu elementaren Verletzungen menschenrechtlicher Teilhabeansprüche kommen. Andererseits ließ sich Gleichheit als Verteilungsmaßstab zwar irgendwie menschenrechtlich rechtfertigen, führte aber, auch auf die Nutzungsrechte angewendet, zu Gleichmacherei und Ineffizienz.

Nur eine Bodenordnung, die die Nutzungsrechte von ihren ökonomischen Werten trennt, schafft daher die Möglichkeit, beide nach unterschiedlichen Kriterien zu verteilen, und zwar die Nutzungsrechte nach den Fähigkeiten und Bedürfnissen der Menschen, letztlich also nach dem Kriterium der Freiheitsentfaltung, und die ökonomischen Werte nach dem Maßstab der Gleichheit.

3 Das Verteilungsverfahren der Bodenreform: die Trennung der Nutzungsrechte von ihren ökonomischen Werten (Knappheitsrenten)

Die Bodenreform muss also die beiden Komponenten des Bodens, das Nutzungsrecht und seinen ökonomischen Wert, voneinander trennen, um beide nach den unterschiedlichen Verteilungskriterien der Freiheit bzw. Effizienz einerseits und der Gleichheit andererseits verteilungsfähig zu machen. Sie erreicht diese Trennung auf zwei Wegen²: Entweder wird der Boden, der zuvor in die Hand der Gemeinschaft überführt werden muss, im Wege des Erbbaurechts oder der Pacht gegen laufendes Entgelt an den Meistbietenden vergeben. Dann hat, wie erwähnt, der Nutzer ein Nutzungsrecht, eben das Erbbaurecht oder das Pachtrecht, dessen ökonomischen Wert er als Erbbaurecht oder Pachtzins an die Gemeinschaft abführen muss, während die Gemeinschaft, der der ökonomische Wert zufließt, dafür während der Laufzeit des Vertrags auf das Nutzungsrecht verzichtet, so dass beide – Nutzungsrecht und ökonomischer Wert – voneinander getrennt sind. Oder es bleibt beim privaten Bodeneigentum, dessen Bodenrente aber durch steuerliche Belastung zugunsten der Gemeinschaft abgeschöpft wird. Erfasst die Bodensteuer die volle Bodenrente, dann ist auch das Eigentum nur noch ein Nutzungsrecht ohne Knappheitswert, da dieser der Gemeinschaft zufließt. Die laufende Last der Abgabe drückt die Bodenwerte auf Null wie der Pachtzins den Wert des Pachtrechts.³ Auch hier kommt es also zu einer Trennung beider Elemente und damit zur Möglichkeit einer Verteilung nach unterschiedlichen Maßstäben.

Die Last des Erbbauzinseszinses bzw. der Bodensteuer führt dazu, dass die Nutzungsrechte – Erbbau- oder Pachtrecht bzw. Eigentum – zum "besten Wirt" wandern. Bezüglich der Nutzungsrechte kommt es also zu einer Verteilung nach den Fähigkeiten und Bedürfnissen der Nutzer. Was aber geschieht mit den ökonomischen Werten, den Knappheitswerten der Nutzungsrechte? Hierauf gibt es von den Bodenreformern verschiedene Antworten⁴, denen aber stets der Gedanke einer gleichen Teilhabe zugrunde liegt. Dieser Gedanke wird am besten verwirklicht, wenn man die Bodenrente gleichmäßig an alle Menschen zurückverteilt. Eine solche Gleichverteilung der Bodenrente an alle Menschen macht nicht nur mit dem Menschenrecht auf gleiche Teilhabe ernst, sondern ist auch notwendig, um jedem Menschen die gleiche reale Zugangschance zum Boden zu eröffnen – denn er kann sich dann den Zugang zum Boden mit seiner Teilhabe an der Bodenrente finanzieren.

4 Die drei Ebenen der Boden- und Ressourcenordnung

4.1 Die drei Ebenen

Nach den bisherigen Ausführungen ergeben sich für den Boden – und ebenso für die anderen Naturreiche – drei Ebenen der Betrachtung:

1. Die Planungs- und Begrenzungsebene (für den Boden: Ebene der Stadt- und Landesplanung und dgl., für die anderen Naturreiche: Ebene der eigentlichen ökologischen Zielsetzung): Hier werden der Boden und die übrige Umwelt als Güter der Gemeinschaft angesehen, die Art und Umfang der zulässigen Nutzung festlegt. Dazu gehören auch die aus Gründen der Nachhaltigkeit festzulegenden Begrenzungen der Ressourcennutzung.

2. Die Allokationsebene (Vergabe der auf der 1. Ebene festgelegten Menge der Nutzungsrechte bzw. der faktischen Nutzungsmöglichkeiten): Beim Boden werden hier die Nutzungsrechte, z.B. das Erbbaurecht, gegen laufendes Entgelt an die privaten Nutzer vergeben oder, soweit die Nutzungsrechte schon private Inhaber haben, wie z.B. beim Bodeneigentum, mit Abgaben belastet. Für die übrigen Naturreiche ist dies die Ebene

der sog. ökonomischen Instrumente der Umweltpolitik, durch die ebenfalls entweder Nutzungsrechte (Zertifikate) gegen Entgelt vergeben oder faktische Umweltnutzungen mit Abgaben (Ökosteuern) belastet werden. Vieles hängt hier allerdings von der richtigen Ausgestaltung ab, die z.B. bei Zertifikaten den Handel durch laufende Belastung faktisch ebenso ausschließen muss wie es beim Pachtgrundstück durch die Belastung mit dem Pachtzins geschieht. Denn nur so kommt es zu der notwendigen Trennung der Nutzungsrechte/Zertifikate von ihren ökonomischen Werten! Die Betonung des Handels mit Umweltzertifikaten bzw. mit Emissionsrechten zeigt daher schon eine Pervertierung des an sich richtigen Grundgedankens an.⁵

Da es auf dieser Ebene um die Verteilung der Nutzungsrechte bzw. Nutzungsmöglichkeiten geht, ist auch sie eine Verteilungsebene, auch wenn wegen der Vollentgeltlichkeit keine ökonomischen Werte verteilt werden.

3. Die Verteilungsebene (Verteilung der auf der zweiten Ebene anfallenden und abgeschöpften ökonomischen Gegenwerte der Nutzungsrechte): Dies ist die Ebene, auf der der menschenrechtliche Anspruch auf gleiche Teilhabe zu realisieren ist.

Mit diesen drei Ebenen haben wir unser Thema gegliedert vor uns: das Begrenzen – im ökologischen oder sonstigen Interesse – findet auf der ersten Ebene statt, während das Verteilen infolge der Trennung der Nutzungsrechte von den ökonomischen Werten auf zwei Ebenen erfolgt: die Verteilung der Nutzungsrechte auf der zweiten und der ökonomischen Werte auf der dritten Ebene. Aus dem Zusammenspiel der drei Ebenen lässt sich entnehmen, wie sich das Begrenzen (1. Ebene) zum Verteilen (2. und 3. Ebene) verhält.

4.2 Das Zusammenspiel der drei Ebenen im Hinblick auf die gesellschaftlichen Funktionen des Begrenzens und des Verteilens

Eine Analyse der wesentlichen Zusammenhänge zeigt, dass sich die drei Ebenen wechselseitig stützen und oft erst im Zusammenspiel

zur vollen Entfaltung ihrer Funktionen kommen.

1. Die Beziehungen zwischen 2. und 1. Ebene: Die 2. Ebene macht die Bodenordnung planungsneutral und befreit so die 1. Ebene vom Interessendruck der Bodeneigentümer. Das hatten schon die Bodenreformer früherer Zeiten erkannt. Ihnen war klar, dass jede Planung Einfluss auf die Bodenrenten im Planungsgebiet und darüber hinaus hat und dass deswegen die Eigentümer versuchen, die Planung in eine Richtung zu beeinflussen, die ihre Bodenrenten steigert, wie es z.B. bei der Umwandlung von Acker- in Bauland (sog. 4. Fruchtfolge) geschieht. Wenn nun auf der 2. Ebene alle Bodenrenten und also auch die planungsbedingten Steigerungen abgeschöpft werden, fällt das ökonomische Interesse an einer Beeinflussung der Planung weg.

Planung kann sich nun voll und ganz an den zu lösenden Sachproblemen orientieren. Da die Bodenreform auf der 2. Ebene durch die Abschöpfung von Bodenrentensteigerungen auch jeder Spekulation die Grundlage entzieht, kann Planung endlich als offener, demokratischer Prozess veranstaltet werden. Dies ist heute unmöglich, da schon jede öffentliche Erwägung und Diskussion über die Ausweisung neuer Baugebiete usw. die Spekulation anheizt und oft genug durch vorweggenommene Preissteigerungen das eigentliche Planungsziel vereitelt. Planung (1. Ebene) ist ein Erkenntnis-, Abwägungs- und Entscheidungsprozess. Die 2. Ebene sorgt dafür, dass er sich sachorientiert und in geordneten Bahnen vollziehen kann.

Eine vergleichbare Wirkung haben die ökonomischen Instrumente der Umweltpolitik (2. Ebene) auf die Verfahren zur Ermittlung und Festsetzung ökologisch notwendiger Nutzungsgrenzen (1. Ebene): bei sachgerechter Ausgestaltung des Vergabeverfahrens führt die Nachfrage der Nutzer zu markträumenden Entgelten. Bei diesem Entgeltniveau endet die Nachfrage also gerade bei dem Volumen, auf das die Planung die Nutzung aus ökologischen Gründen durch die Ausgabe der Nutzungsrechte begrenzt hatte. Einem ökonomisch motivierten Druck auf Erweiterung dieser Grenze und damit auf die Planungsebene ist daher insofern die Grundlage entzogen.

Als Zwischenergebnis lässt sich demnach festhalten, dass das Verteilungsverfahren der 2. Ebene, indem es die Planungsinstanzen vom Interessentendruck der Nutzungsrechtinhaber befreit, erheblich zur Sachorientierung und damit zur Funktionsfähigkeit der 1. Ebene (Begrenzungsebene) beiträgt.

2. Die Beziehungen zwischen 2. und 3. Ebene: Zwar nicht für den Boden, wohl aber für die übrigen Umweltbereiche ist die heutige ökonomische Wissenschaft mit ihren sog. ökonomischen Instrumenten der Umweltpolitik durchaus bereits bei der zweiten Ebene angekommen. Die jedenfalls im Prinzip richtigen Ansätze der Ökosteuer- und der Zertifikatlösungen belegen dies. Noch nicht gesehen wird dagegen, dass diese zweite Ebene ohne die dritte in eine Sackgasse führt, und zwar deshalb, weil sie – isoliert gesehen – die Teilhabe an den natürlichen Ressourcen allein von der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Einzelnen abhängig macht. Eine solche Boden- und Umweltordnung, die also bei der zweiten Ebene Schluss macht, führt dadurch bei knapper werdenden Ressourcen immer mehr zu Entgelten, die die Gesellschaft spalten in solche, die sich den Zugang zu den Ressourcen weiterhin leisten können, und diejenigen, deren ökonomische Leistungsfähigkeit dazu nicht mehr ausreicht. Die Verfahren der 2. Ebene und damit insbesondere auch die ökonomischen Instrumente der Umweltpolitik verlieren dadurch die Akzeptanz, die sie brauchen, wenn sie ihre ökologischen Begrenzungsziele erreichen sollen.

Bezieht man dagegen die 3. Ebene in die Betrachtung ein, so löst sich der Konflikt. Denn die gleichmäßige Rückverteilung der ökonomischen Werte führt dazu, dass derjenige, der die Umwelt nicht mehr und nicht weniger in Anspruch nimmt als der Durchschnitt seiner Zeitgenossen, diese Nutzung im Ergebnis kostenlos hat, weil er für sie soviel bezahlen muss, wie er durch die Rückverteilung erhält. So hoch daher auf der 2. Ebene infolge der Ressourcenverknappung die Nutzungsentgelte auch steigen mögen, so kann das doch nie zu einer Spaltung der Gesellschaft führen. Jeder, auch der vollständig Leistungsunfähige, kann dank der Rückverteilung

immer mithalten, solange er sich mit einer Durchschnittsnutzung begnügt.

Damit sorgt die 3. Ebene dafür, dass die 2. Ebene nicht in eine Sackgasse führt und trotz der ökonomischen Rigidität ihrer Vergabeverfahren demokratisch akzeptabel bleibt. Und indem sie der 2. Ebene zu voller Funktionsfähigkeit verhilft, garantiert sie auch erst deren vollen Beitrag zur Funktionsfähigkeit der 1. Ebene, wie er unter 1. beschrieben wurde.

Andererseits ist es die 2. Ebene, die durch ihre Trennung von Nutzungsrecht und ökonomischem Wert erst die 3. Ebene ermöglicht, und zwar qualitativ und quantitativ:

- qualitativ, weil nur durch die monetäre Herausfilterung des ökonomischen Werts aus den Nutzungsrechten die Substanz – der Geldwert der Natur⁶ – zur Verfügung gestellt wird, der eine gleiche Teilhabe aller Menschen zulässt, ohne die Freiheitlichkeit und Effizienz der Bodenordnung zu beeinträchtigen;

- quantitativ, weil erst die Vollentgeltlichkeit der Nutzungsrechte, die für deren optimale Allokation erforderlich ist ("Wandern des Bodens zum besten Wirt"), zugleich die uneingeschränkte Realisierung menschenrechtlicher Teilhabeansprüche ermöglicht. Denn alles, was auf der 2. Ebene nicht abgeschöpft wird, wird der dritten vorenthalten!

Das zeigt, dass die Abschöpfung der Bodenrente bzw. – für die übrigen Naturreiche – der Einsatz der in gleicher Richtung wirksamen ökonomischen Instrumente der Umweltpolitik unabdingbare Voraussetzung für die menschenrechtliche Teilhabe ist.

Diese Wechselbezüglichkeit beider Ebenen muss betont werden, weil bisher weder die ökologische Bewegung erkannt hat, dass sie durch die ökonomischen Instrumente der Umweltpolitik sozusagen nebenbei die Voraussetzungen menschenrechtlicher Teilhabe an den Umweltgütern in die Hand bekommt⁷, noch die verschiedenen, einen Zugang zu den natürlichen Ressourcen für alle Menschen anstrebenden Bewegungen⁸ zu sehen gelernt haben, dass sie nur mit diesem Instrumentarium der ökologischen Bewegung ihre Ziele auf freiheitlichem Wege erreichen können. Der Zusammenhang der 2. und 3. Ebene bedeutet daher politisch, dass ökolo-

gische und menschenrechtliche Bestrebungen nicht weiter nebeneinander herlaufen dürfen, sondern erkennen müssen, dass sie zur Erreichung ihrer Ziele aufeinander angewiesen sind.

3. Die Beziehungen zwischen der 3. und der 1. Ebene: Mehr noch als für die 2. Ebene gilt für die erste, dass sie ohne die dritte in demokratischen Gesellschaften nicht funktionieren wird. Denn wer wird Begrenzungen zustimmen, durch deren Einführung er, weil sie seine ökonomische Leistungsfähigkeit übersteigen, vom Zugang zu den natürlichen Daseinsgrundlagen abgeschnitten wird? Das zeigt deutlich: ohne gleiche Teilhabe aller Menschen an den natürlichen Ressourcen (3. Ebene) kommen alle Bemühungen um Begrenzung der Nutzung (1. Ebene) mehr oder weniger schnell an ihre demokratische Grenze.

Die 3. Ebene trägt also mittelbar über die 2. Ebene und auch direkt entscheidend zur Funktionsfähigkeit der 1. Ebene bei. Aber sie tut dies nicht nur, indem sie Hindernisse aus dem Weg räumt, sondern auch in einem positiven Sinne. Denn durch die Rückverteilung wird jeder Mensch zum ökonomisch gleichen Teilhaber an der ganzen Erde, letztlich an jedem Quadratmeter ihrer Oberfläche. Und daraus – so kann man jedenfalls annehmen – wird sich ein Interesse der Menschen an der Gestaltung der Erdoberfläche auch außerhalb des von ihnen selbst genutzten Terrains ergeben – sicher eine gute Grundlage für demokratisches Engagement auf der 1. Ebene. Denn letztlich wirkt im demokratischen Prozess der Planung und Begrenzung dann jeder an der Gestaltung der Verhältnisse auf einer Erde mit, die auch die seine ist.

Ein Gärtner, der Eigentümer seines Gartens ist, wird bei der Bewirtschaftung desselben alle Begrenzungen freiwillig eingehen, die im Interesse einer nachhaltigen Nutzung erforderlich sind. Er wird nicht um kurzfristiger Erfolge willen die Ressourcen übernutzen, wenn er weiß, dass er damit langfristig vor allem sich selbst Schaden zufügt. Er wird z.B. auch abwägen, welchen Teil des Gartens er gärtnerisch nutzen und welchen er unbebaut lassen will. Was hindert die Menschheit, in ähnlicher Weise über die Erde und ihre Nutzung zu entscheiden? Warum ist sie kein im ökologischen Sinne handlungsfähiges Subjekt,

das in sachgemäßer Abwägung aller relevanten Belange die notwendigen Festlegungen trifft?

Die bisherigen Ausführungen dürften deutlich gemacht haben, dass es an den widerstreitenden Interessen liegt, die aus der ungelösten Verteilungsproblematik resultieren. Erst eine gerechte Verteilung, wie sie oben beschrieben wurde, macht aus der Erde wirklich ein Gemeinschaftsgut der ganzen Menschheit und im Reflex dazu die Menschheit zu einer Gutsgemeinschaft, die dann auch ökologisch handlungsfähig ist.

4 Andere Umweltbereiche

Verteilungsverfahren und Verteilungsergebnisse, wie sie die Bodenreform für den Boden anstrebt, sind – wie bereits angedeutet – im wesentlichen auch auf die anderen Umweltbereiche übertragbar. So kann z.B. die Atmosphäre in ihrer Eigenschaft als Aufnahmespeicher für CO₂-Emissionen als knappes Umweltgut aufgefasst werden, das der Menschheit insgesamt zusteht, aber vom Einzelnen durch die Emission von CO₂ genutzt wird. Mit einem geeigneten Verfahren lässt sich auch hier erreichen, dass den Nutzungsrechten ihre ökonomischen Werte entzogen werden und die Nutzungsrechte beim "besten Wirt", die ökonomischen Gegenwerte aber bei der Gemeinschaft landen, die sie pro Kopf der Weltbevölkerung zurückverteilen kann. Auch hier die Folge: die überdurchschnittlichen Nutzer zahlen mehr an Entgelt, als sie über die Rückverteilung zurückbekommen, die unterdurchschnittlichen Nutzer zahlen weniger. Daraus ergibt sich ein monetärer Transfer von den überdurchschnittlichen zu den unterdurchschnittlichen Nutzern, d.h. insbesondere aus den Industriestaaten, die mit 20% der Weltbevölkerung 80% der CO₂-Emissionen ausstoßen, an den Rest der Welt, insbesondere an die bevölkerungsreichen Länder China und Indien.

Ohne diese Transfers werden diese Länder zweifellos den gleichen emissionsreichen Weg der Industrialisierung und Motorisierung gehen, den ihnen die Industrieländer vorleben und der dann nach allen Prognosen das Weltklima endgültig und drastisch ändern wird. Die "Luftreform" würde jedoch, indem sie solche Transfers aus-

löst, für die Empfängerländer nicht nur ein starkes Motiv, sondern auch die finanzielle Möglichkeit dazu abgeben, ihre weitere Entwicklung möglichst emissionsarm zu gestalten, z.B. durch den Ausbau des Verkehrswesens über die Schiene statt über das Auto. Andererseits ist die Belastung als ökonomischer Druck für die Industriestaaten notwendig, um sie zur Reduzierung ihrer eigenen Emissionen zu veranlassen.

Auch hier würde sich zeigen, wie sehr eine solche Verteilung die Staatenwelt bzw. die ganze Menschheit in eine Verfassung bringt, in der sie in der Lage ist, die zur Rettung des Weltklimas notwendige Begrenzung der CO₂-Emissionen zu beschließen und durchzusetzen. Im Kyoto-Protokoll ist allerdings von einem Bemühen um gerechte Verteilung so gut wie nichts zu erkennen.

Auch die Ökosteuer repräsentiert ansatzweise den Knappheitswert des atmosphärischen Aufnahmespeichers für CO₂-Emissionen oder wird dies jedenfalls tun, sobald sie die besteuerten Energieträger nach ihrem CO₂-Gehalt gewichtet. Man kann sie dann als den ökonomischen Gegenwert der Nutzung dieses Aufnahmespeichers ansehen, der bei den Nutzern abgeschöpft und der Gemeinschaft zugeführt wird. Im Sinne der Grundgedanken der Bodenreform wäre es, auch diese Staatseinnahme gleichmäßig pro Kopf der Bevölkerung zurückzuverteilen. Die Folge wäre – ganz im Sinne der obigen Ausführungen über die Wirkungen einer entsprechenden Reform beim Boden – eine sehr weitgehende demokratische Akzeptanz jeder weiteren, ökologisch notwendigen Erhöhung der Ökosteuer bis hin zum Belastungsgrad, der notwendig ist, um die ökologisch notwendigen Mengenreduzierungen bei den CO₂-Emissionen herbeizuführen. Denn jeder Bürger würde sehen, dass mit der Erhöhung der Steuer auch das Rückverteilungsvolumen wächst, so dass die Nutzung für ihn so lange kostenlos sein wird, wie er nicht mehr und nicht weniger als der Durchschnitt seiner Zeitgenossen an fossiler Energie verbrennt bzw. an CO₂ ausstößt. Denn als Durchschnittsnutzer zahlt er für seine Nutzung immer, d.h. bei jeder Höhe der Steuer, nur so viel, wie er über die Rückverteilung erhält. Trotzdem bleibt das Motiv für ihn bestehen und steigt sogar mit der Steuer, seinen

Energieverbrauch bzw. CO₂-Ausstoß zu reduzieren, da er dadurch – aus einzelwirtschaftlicher Sicht – seine Belastung senkt, ohne dass sich der ihm über die Rückverteilung zufließende Betrag dadurch nennenswert ändert. In dieser Situation kann man davon ausgehen, dass den notwendigen Begrenzungsentscheidungen die demokratischen Mehrheiten nicht versagt werden, und es ist offensichtlich, dass es die gerechte Verteilung ist, die das Gemeinwesen in die Verfassung bringt, in der ihm eine solche, den ökologischen Notwendigkeiten entsprechende Entscheidung möglich wird.

Eine analoge Anwendung der gewonnenen Grundsätze auf weitere Umweltbereiche wie etwa die Bodenschätze, das Wasser usw. muss sich natürlich den jeweiligen Eigenarten des Elements, dessen Verteilung zu regeln ist, anpassen. Das soll hier nicht im einzelnen ausgeführt werden. Aber man kann davon ausgehen, dass bei der Gleichheit der Gegenstände – es sind alles ohne Arbeit vorhandene, knappe, natürliche Ressourcen – eine analoge Anwendung der Verteilungsgrundsätze möglich und praktikabel ist, und dass, wenn man die Besonderheiten jedes Elements ausreichend berücksichtigt, auch hier die ökologische Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft durch gerechte Verteilung hergestellt werden kann.

5 Folgerungen für eine Politik der Nachhaltigkeit

Die Betrachtung hat ergeben, dass die ökologischen Ziele einer Begrenzung der Umweltnutzung ohne das menschenrechtliche Ziel gleicher Teilhabe aller an den Umweltgütern nicht zu haben sind. Andererseits zeigt sich, dass das menschenrechtliche Ziel gleicher Teilhabe aller an den Umweltgütern nicht durch reale Gleichverteilung, sondern nur durch die Trennung der Nutzungsrechte von den ökonomischen Werten und die Gleichverteilung der letzteren zu erreichen ist, wenn ein unfreieitliches Zuteilungssystem vermieden werden soll. Denn nur so, d.h. durch Rückverteilung der Knappheitswerte, kann jeder Einzelne mit den ökonomischen Mitteln ausgestattet werden, mit

denen er sich in freier Entscheidung eine ausreichende und jedenfalls eine gleiche Teilhabe wie alle anderen leisten kann.

Umweltbewegung und Menschenrechtsbewegung werden, wenn sie erkennen, dass die Ziele der anderen notwendige Mittel auf dem eigenen Wege sind, nicht mehr nur miteinander sympathisierende Bewegungen bleiben, sondern zu einer Gesamtbewegung zusammenwachsen, deren politische Wirksamkeit mit Sicherheit bedeutend höher zu veranschlagen ist als die Summe ihrer derzeitigen Einzelwirkungen.

Wie nie zuvor leidet die Menschheit unter der Diskrepanz, dass sie durchaus weiß, was ökologisch notwendig ist, dass sie aber zugleich offenbar nicht in der Lage ist, nach diesen Erkenntnissen zu handeln. Ohnmächtig sehen wir alle, wie sich die Wolken zusammenballen und die Katastrophen auf uns zukommen. Aber wir stehen wie gelähmt da, sehen entsetzt zu und tun nichts, jedenfalls viel zu wenig. Warum? Weil wir die Ressourcennutzung begrenzen wollen, ohne uns um die Verteilungsfrage zu kümmern. Und weil wir die Erde verteilen, jedem den Zugang und ein Teilhaberecht zugestehen wollen, ohne die Ressourcen der Natur in einen verteilungsfähigen Zustand (Trennung von Nutzungsrecht und ökonomischem Wert) zu bringen. Die offene Flanke der Umweltbewegung ist die Verteilungsfrage und damit der menschenrechtliche Aspekt. Die offene Flanke der Menschenrechtsbewegung, soweit sie auf Nutzung und Teilhabe an den natürlichen Ressourcen gerichtet ist, besteht in der Verknennung der Notwendigkeit, die ökonomischen Instrumente der Umweltpolitik einzusetzen. Beide Bewegungen müssen endlich erkennen, dass die zwei Seiten derselben Medaille sind. Beide Bewegungen verhalten sich wie zwei einander gegenüberstehende Torbogenansätze, die ihre eigenen Tendenzen nur vollenden können, wenn sie sich verbinden und wechselseitig aufeinander stützen. Getrennt werden sie nur Halbheiten erreichen. Ihre integrale Einheit ist ein unverzichtbares Element für eine zukunftsfähige Verfassung der Menschengemeinschaft.

Anmerkungen

- 1 Für das weitere Verständnis ist wichtig, zu beachten, daß der ökonomische Wert des Bodens als eines ewig nutzbaren Guts sachgemäß nur als Nutzenstrom, d.h. als seine Bodenrente erfaßt werden kann, während Bodenpreise davon abgeleitete Größen, nämlich kapitalisierte Bodenrenten darstellen und damit den ökonomischen Wert des Bodens nicht unmittelbar wiedergeben. Wenn in den folgenden Ausführungen daher vom ökonomischen Wert oder Knappheitswert des Bodens die Rede ist, so ist damit stets die Bodenrente, also eine Stromgröße gemeint.
- 2 Siehe dazu Fritz Andres "Erbbaurecht und Bodensteuer – zwei Wege zum selben Ziel", in: Zeitschrift für Sozialökonomie 120. Folge, S. 24-26.
- 3 Siehe dazu die detaillierte Darstellung in: Fritz Andres "Wege zu einer neuen Bodenordnung", in: Zeitschrift für Sozialökonomie 95. Folge, S. 14 ff, insbesondere S. 16.
- 4 Insbesondere von Henry George (Finanzierung des Staatshaushalts) und Silvio Gesell (Mütterrente nach der Anzahl der Kinder – ein Vorschlag, der aber nach Entdeckung des gesamtgesellschaftlichen Drei-Generationen-Vertrags seine Relevanz verloren hat).
- 5 Siehe dazu im einzelnen Fritz Andres "Bemerkungen über Boden, Bodenschätze und Arbeit, Eigentum, Wohlstand und Verteilung", in: "Fragen der Freiheit" Heft 247, S. 20-37 und 248, S. 51-56.
- 6 Siehe dazu Fußnote 1.
- 7 Vgl. dazu die Diskussion um die Verwendung der Ökosteuern.
- 8 Dies gilt für die Landlosenbewegung in Südamerika ebenso wie für alle Initiativen, die sich für einen Zugang aller Menschen zu Trinkwasser und anderen Ressourcen einsetzen!

Die Natur als Sklavin der Menschen

"Wir haben Energieträger verfügbar gemacht für das, was früher durch körperliche Arbeit geleistet wurde. Der heute weltweit betriebene Energieaufwand kommt auf ein Äquivalent von 130 Milliarden Sklaven. Also knapp sechs Mrd. Menschen beschäftigen 130 Mrd. Sklaven. ... Aber diese Sklavenhaltung ist nicht gleichmäßig verteilt. Jeder Amerikaner beschäftigt im Durchschnitt 110 Sklaven, ein Europäer 60, ein Chinese acht und ein Bangladeshi nur einen einzigen Sklaven."

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Ein Baum der fällt, macht mehr Krach als ein Wald, der wächst; in: Ulrich Grober, Ausstieg in die Zukunft. Berlin 1998, S. 103.

34. MÜNDENER GESPRÄCHE

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Die Reform der Bodenordnung Ziele und Wege

Samstag / Sonntag, 25./26. Oktober 2003,
Ländl. Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen

SAMSTAG, 25. OKTOBER 2003

- 9.00 Uhr **Eröffnung der Tagung**
Ekkehard Lindner, Tagungsleiter
- 9.15 Uhr **Einführung in das Tagungsthema**
Fritz Andres, Seminar für freiheitl. Ordnung
- 9.45 Uhr **Die Grundsteuer – Perspektiven zu ihrer Reform**
Prof. Dr. iur. H. Dieterich, Langenballig
- 11.15 Uhr **Grundsteuer und Realoptionsansatz**
Prof. Dr. D. Löhr, Sozialw. Gesellschaft
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 14.00 Uhr **Diskussion mit den Teilnehmern**
- 14.30 Uhr **Das Erbbaurecht als dezentrales Instrument einer Reform der Bodenordnung**
J. v. Heynitz, Seminar für freiheitl. Ordnung
- 16.00 Uhr Kaffeepause
- 16.30 Uhr **Handelbare Flächennutzungsrechte**
M. Schmalholz, Future-Camp GmbH, München
- 18.00 Uhr Abendpause
- 20.00 - **Diskussionsforen:**
- 22.00 Uhr **Forum I:** F. Andres
Forum II: Grundsteuer - Flächennutzungssteuer - Versiegelungsabgabe / Prof. Dr. Dieterich
Forum III: Defizite des geltenden Bodenrechts / M. Schmalholz

SONNTAG, 26. OKTOBER 2003

- 9.00 Uhr **Von der Ökosteuern zur Ökoulage: Moderne Anwendungsbereiche bodenreformerischer Gedanken**
Fritz Andres, Seminar für freiheitl. Ordnung
- 10.15 Uhr Pause
- 10.30 Uhr **Rundgespräch mit den Referenten und Teilnehmern**
Leitung: Jörg Gude, Sozialw. Gesellschaft
- 12.30 Uhr Ende der Tagung – *Änderungen vorbehalten!* –

Anmeldung erforderlich. Einladung und Anmeldeformular anfordern bei der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft, Postfach 1550, D-37145 Northeim, Fon 05503-805 389 oder 3205; Fax: 805 394 | eMail: SG.Lindner@t-online.de
Internet: www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Ralf Becker:

Nachhaltige Entwicklung braucht Geldmarktreform

Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg ist verbunden mit der Einführung der DM und der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard 1948. Ein marktwirtschaftliches Anreizsystem verbunden mit sozialem Ausgleich über den Staat führte zum weltweit beachteten Wirtschaftswunder.

Die Politik in Deutschland erscheint derzeit konzeptlos

Am Beginn des neuen Jahrtausends nun stehen sowohl unsere Sozialversicherungssysteme als auch unsere staatlichen Haushalte auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene vor dem Kollaps. Seit etwa 30 Jahren steigt die Zahl der Arbeitslosen beständig an und gilt als entscheidende Ursache für die Krise. Notwendige umweltpolitische Maßnahmen unterbleiben wegen ihrer mangelnden Rentabilität bei einer Amortisationszeit von bis zu 50 Jahren im Klimabereich.

Sowohl die SPD-geführte Bundesregierung als auch die Opposition stehen diesen Entwicklungen hilflos gegenüber. Die Konzepte der Parteien zur Bewältigung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Probleme erscheinen wie aus dem letzten Jahrhundert – es wird immer klarer, dass sie zur Lösung der seit 30 Jahren wachsenden Krise nicht mehr ausreichen.

Diese Konzepte beruhen weiterhin auf dem Paradigma des unbegrenzten Wachstums. Seit dem Bericht des Club of Rome 1972 unter dem Titel "Die Grenzen des Wachstums"¹ werden sie immer fragwürdiger. Der 1992 in Rio begonnene und 2002 in Johannesburg fortgeführte weltweite Dialogprozess über nachhaltige Entwicklung macht deutlich, dass wir vor wachsenden Herausforderungen stehen.

Wachsende internationale Herausforderungen

Neben der notwendigen Reduzierung der Ökobelastung – im Klimabereich langfristig um ca. 80% – hat sich Deutschland in Johannesburg zu erhöhter staatlicher Entwicklungshilfe verpflichtet. Wie schon 1992 versprach die Bundesregierung, den Anteil der Entwicklungshilfe von derzeit ca. 0,27% des BSP langfristig auf 0,7% und in den nächsten vier Jahren auf 0,32% des BSP zu erhöhen.

Schon jetzt ist aber klar, dass Deutschland wie auch andere Industriestaaten diese Verpflichtung gegenüber den sog. Entwicklungsländern aufgrund der Haushaltslage nicht einhalten können. So ist im Bundeshaushalt 2003 für die Entwicklungshilfe nur eine Steigerung um 2,6% vorgesehen – und der Finanzminister hat bereits wieder die Kürzung aller Etats angekündigt.

Wohin man derzeit auch blickt, es sind keine Lösungen für all die enormen Herausforderungen in Sicht. Wir scheinen in einem Teufelskreis zu stecken: Erhöhen die Finanzminister die öffentliche Verschuldung, so droht eine absolute Überschuldung der öffentlichen Hände, da Zins und Zinseszins schon jetzt den Schuldendienst zum zweitgrößten Ausgabenposten im Bundeshaushalt machen.

Immer mehr EU-Länder können die Maastricht-Kriterien nicht einhalten

Wie Deutschland können auch immer mehr andere EU-Länder die Maastricht-Kriterien, die die Obergrenze für eine vertretbare Staatsverschuldung festlegen, nicht mehr einhalten. Die vom Bundesfinanzminister Eichel zwangsweise vorgenommene Erhöhung der Neuverschuldung für 2002 um 64% und für 2003 um 100%² geht

zu Lasten zukünftiger Generationen, für die der Spielraum für jegliche Politikgestaltung bis zum Verschwinden gering wird. Ein drohender Staatsbankrott mit einer großen Inflation als Folge taucht als Schreckgespenst auf.

Die zeitgleich und alternativ versuchte Sparpolitik führt zu noch höheren Arbeitslosenzahlen und damit zum sozialen Kollaps der Republik. Es ist symptomatisch, dass die Bundesregierung zur Rechtfertigung ihrer unverantwortlichen Schuldenaufnahme inzwischen auf einen Vergleich mit der Nazizeit zurückgreift: Hitler kam damals in Folge einer rigorosen Sparpolitik des Reichskanzlers Brüning an die Macht, der 1930 nach dem Börsencrash den Staatshaushalt zu retten versuchte. Parallel zum Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf über 6 Millionen stiegen damals die Stimmengewinne der NSDAP bis zur Machtübernahme Hitlers.

Verschuldungskrisen in Nord und Süd

Mit der derzeitigen Krise macht Deutschland eine Erfahrung, die viele Entwicklungsländer schon seit Jahren und Jahrzehnten bedrückt. Die nunmehr von der EU für Deutschland geforderte Haushaltssanierung bedeutet in der Konsequenz scharfe Einschnitte im sozialen Bereich noch weit über das bisherige Maß hinaus.

Entsprechende Einschnitte verlangen die Industrieländer über den Internationalen Währungsfond IWF seit über 20 Jahren von verschuldeten Entwicklungsländern, die im weltweiten System der kapitalistischen Marktwirtschaft schon früher als Deutschland in eine ausweglose Lage geraten sind. Die den Entwicklungsländern aufgezwungenen Strukturanpassungsprogramme treffen dort regelmäßig die Ärmsten der Armen und führen immer wieder zu heftigsten Zerreißproben für viele Staaten. Argentinien ist nur ein Fall unter vielen.

1,2 Mrd. Menschen müssen weltweit mit weniger als einem Euro pro Tag auskommen, 50% der Weltbevölkerung mit einem Einkommen von weniger als 2 Euro pro Tag.³ Die Einkommensschere zwischen armen und reichen Ländern unserer Erde hat sich von 1 : 30 im Jahre 1960 auf heute

1 : 74 weiter geöffnet. Die drei reichsten Männer der Welt verfügen über ein Vermögen, das dem Volkseinkommen der 48 ärmsten Staaten der Erde entspricht.

Zinszahlungen an den Norden übertreffen Entwicklungshilfe

Seit Anfang der 1990er Jahre zahlen die Entwicklungsländer unter dem Strich mehr Zinsen an die Industrieländer als sie neue Entwicklungshilfe erhalten.⁴ Wir haben also de facto einen Kapitaltransfer vom Süden in den Norden – nicht umgekehrt! Die gleichzeitig gestiegenen privaten Direktinvestitionen aus dem Norden in den Süden kommen nur einer relativ kleinen Bevölkerungsschicht zugute. Dagegen müssen die zunehmenden öffentlichen Zinslasten insbesondere von der armen Bevölkerung getragen werden.

Viele Entwicklungsländer sind mittlerweile völlig abhängig vom instabilen Weltmarkt. So hat sich während der Finanzkrise in Asien Ende der 1990er Jahre in vielen Ländern wie z.B. Indonesien die Armut verdoppelt – ein guter Nährboden für Terrorismus. Immer mehr Entwicklungs- und Schwellenländer müssen de facto ihre Zahlungsunfähigkeit erklären, da sie total überschuldet sind und ihre Zinsen nicht mehr erwirtschaften können.

Dank der weltweiten Aktion "Jubilee 2000" (in Deutschland "Erlassjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung") wurde 1999 vom G8-Gipfel in Köln eine weitreichende Entschuldung der höchst verschuldeten und ärmsten Entwicklungsländer beschlossen. Wie in der Vergangenheit ist die Wirkung solcher Entschuldungsaktionen aber nicht von Dauer und außerdem für größere Schuldnerländer wie Brasilien oder Argentinien schlechthin nicht finanzierbar.

Bereits seit 100 Jahren gibt es ein Konzept zur Überwindung der Krise

Was viele nicht wissen: es gibt bereits seit über 100 Jahren ein Konzept zur Vorbeugung und Überwindung derartiger Krisen. Während der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre wurde es breit in der deutschen Öffentlichkeit

diskutiert und auf lokaler Ebene in Schwanenkirchen (Bayerischer Wald), in Wörgl (Tirol) so wie in amerikanischen Gemeinden erprobt.

Der deutsch-argentinische Kaufmann Silvio Gesell beobachtete bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts die damals wie heute extremen Schwankungen der weltweiten Wechselkurse, die seine geschäftliche Tätigkeit erschwerten und in Argentinien zu starken Konjunktur- und Zinsschwankungen sowie zu einer rasant wachsenden Arbeitslosigkeit führten. Gesell deckte den Systemfehler der Globalisierung bisherigen Typs auf und schlug eine Änderung des Geld- und Zinssystems vor – sowohl innerhalb einzelner Länder als auch für die Weltwirtschaft, für die Gesell die Einrichtung einer "Internationalen Valuta-Assoziation" vorschlug.

Damit wären gewiss nicht alle Probleme auf einmal gelöst. Gesell konzipierte eine zwar notwendige, aber noch nicht hinreichende Bedingung für die wirtschaftliche Gesundung, der andere Maßnahmen folgen oder beiseite gestellt werden müssten. Die Traditionen der Zinskritik im Judentum, im Christentum und im Islam sprechen ebenso für dieses Konzept Gesells wie der große britische Ökonom John Maynard Keynes, der in seinem Hauptwerk über Gesell urteilte: "Ich glaube, dass die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird."⁵

Zu beobachten ist, dass die Arbeitslosigkeit besonders ansteigt, seitdem die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts (BSP) unter die Wachstumsrate der Zinsen gefallen ist.⁶ Seit 1990 haben sich z.B. die Geldvermögen in Deutschland verdoppelt und sie wachsen exponentiell weiter. Exponentielles Wachstum der Geldvermögen führt sich jedoch selbst ad absurdum, wie das Beispiel des Josefspfennigs zeigt: Ein im Jahr 0 zu 5% Zinsen angelegter Pfennig wäre heute zu einem Vermögen im Wert von 250 Mrd. Erdkugeln aus Gold angewachsen.

Da mit der stetigen Vermehrung der Geldvermögen die Ansprüche der Kapitalbesitzer an das BSP zunehmen, kann der Faktor Arbeit nicht mehr gleichwertig am Wachstum der Wirtschaft teilhaben.⁷ Die zur Überwindung der Arbeitslosigkeit in der kapitalistischen Marktwirtschaft

notwendige Lohnkürzung wird bislang noch von den Gewerkschaften zu verhindern versucht. Doch ist bereits die steuerliche Belastung der Arbeitnehmer im Vergleich zu den Vermögensbesitzern seit 1960 auf das Sechsfache angewachsen.

Einkommensverschiebungen über das Zinssystem nehmen exponentiell zu

Über das Geld sowie den Zins und Zinseszins vollzieht sich in unserem Wirtschaftssystem eine stetige Einkommensverschiebung zugunsten eines reichen Zehntels der Bevölkerung.⁸ Diese Verschiebung erfolgt unauffällig über die in allen Endverbraucherpreisen enthaltenen Zinsen, die im Durchschnitt ca. 33% der Güterpreise ausmachen (so sind in den Mietpreisen z.B. bis zu 80% Zinsanteile enthalten). Eine ähnliche Einkommensverschiebung vollzieht sich heute auch weltweit, da die Entwicklungsländer seit den 1990er Jahren mehr Zinsen an die Industrieländer zahlen als sie an rückzahlungsfreier Entwicklungshilfe erhalten.

Die Folgen dieser Einkommensverschiebung wurden in Deutschland in der jüngeren Vergangenheit entweder durch hohe Wachstumsraten des BSP oder durch kreditfinanzierte staatliche Umverteilungen kompensiert. Doch mit dem exponentiellen Wachstum der Geldvermögen übertrifft die jährliche Umverteilung über Zinsen inzwischen bei weitem unser gesamtes Staatsbudget. Geschichtlich gesehen wurden die dadurch ausgelösten sozialen Spannungen immer wieder durch Kriege oder durch große Inflationsschübe gelöst. Beide Schreckgespenster tauchen nicht zufällig heute wieder auf.

Der Jokervorteil führt zu Geldhortung und Spekulation

Silvio Gesell machte wie später auch John Maynard Keynes letztlich den sogenannten Jokervorteil des Geldes für Konjunkturlauten, Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit verantwortlich.⁹ Während man für Waren mit der Zeit einen Wertverlust befürchten und ausgleichen

muss, ist die Hortung von Geld kaum mit Kosten verbunden, zumindest nicht bei den gegenwärtig niedrigen Inflationsraten.

Bei einem realen Zinssatz von unter 3% legen die Menschen ihr Geld daher erfahrungsgemäß nicht mehr langfristig an, sondern halten immer höhere Bargeld- und Girokontobestände. Gleichzeitig wird mit dem Geld immer mehr spekuliert. Wie vor der großen Weltwirtschaftskrise vor 70 Jahren wird immer mehr Geld dem realwirtschaftlichen Kreislauf entzogen. Heute haben 80% der weltweiten Kapitalflüsse von ca. 2.000 Mrd. Euro pro Tag eine Anlagedauer von unter 7 Tagen.¹⁰ So wird die Geldhortung in ihrer traditionellen Form und in ihrer neueren Form als spekulative Manövriermasse zur Ursache von Krisen, wie es u.a. der amerikanische Präsident Hoover schon 1930 formulierte: "Geldhamsterei ist der Feind unserer nationalen Sicherheit".¹¹ Das katholische Kirchenrecht verhängte im Mittelalter sogar die Exkommunikation auf Geldhortung.¹²

Die Einführung einer umlauf-sichernden Liquiditätsabgabe verstetigt den Geldumlauf ...

Anstelle eines nicht praktikablen Zinsverbots oder einer Abschaffung des Zinses schlug Silvio Gesell die Einführung einer den Umlauf des Geldes sichernden Liquiditätsabgabe vor, die den Jokervorteil des Geldes neutralisiert. Mittels einer bis zu 6-prozentigen jährlichen Gebühr auf Bargeld- und Girokontenbestände ließe sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und damit die Konjunktur nachhaltig verstetigen. Eine künstliche Beeinflussung der Zinssätze und damit verbundene Schwankungen der Konjunktur durch Zentralbankbeschlüsse würde damit hinfällig.¹³

Eine je nach Laufzeit verringerte Liquiditätsabgabe auf kurz- und mittelfristige Geldanlagen¹⁴ würde zudem das Angebot langfristiger Kredite erhöhen, was zu einer stetigen und nachhaltigen Belebung der Konjunktur führen würde.

Solche den Geldumlauf sichernden Liquiditätsabgaben hat es in der Geschichte bereits ge-

geben, teilweise schon Jahrhunderte lang. So u.a. in der wirtschaftlichen Hochblütezeit des Mittelalters von 1150-1450 in weiten Teilen Westeuropas in Form der Geldverrufung.¹⁵ Auch während der Weltwirtschaftskrise vor 70 Jahren führten zahlreiche Kommunen Komplementärwährungen mit Liquiditätsabgaben zur Überwindung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise ein. Sie wurden schließlich durch Verbote der Notenbanken gestoppt, die um ihre Währungshoheit fürchteten.¹⁶

Die Einführung einer Liquiditätsabgabe wäre pro Person in Deutschland gegenwärtig mit direkten Kosten in Höhe von ca. 150,00 Euro pro Jahr verbunden, denen heute z.B. Zinskosten für Konsumentenkredite in Höhe von 600,00 Euro pro Haushalt und für staatliche Schulden in Höhe von 2.500,00 Euro pro Erwerbstätigen gegenüberstehen. Diese würden sich beträchtlich verringern. Die Hauptkosten beständen insofern im Abschiednehmen von der bisherigen Maxime, "von den Zinsen leben" zu können. Jeder Mann und jede Frau würden zukünftig hauptsächlich von ihrer Arbeit und von der Substanz ihres Ersparten leben können.

... und stand bereits 1944 in Bretton Woods zur Diskussion

Bei den Verhandlungen über eine Nachkriegsordnung der internationalen Währungsbeziehungen in Bretton Woods (1944) setzte sich die britische Delegation unter der Federführung von John Maynard Keynes für die Schaffung einer "Internationalen Clearing Union" (ICU) ein. Ähnlich wie Gesells "Internationale Valuta-Assoziation", aber in moderner Form sollte die ICU den Welthandel zwischen ihren Mitgliedsländern mit Hilfe einer neutralen Kunstwährung "Bancor" verrechnen. Keynes hielt einen Ausgleich der Handelsbilanzen für erreichbar, wenn die ICU nicht nur die Defizitkonten, sondern auch die Konten mit Überschüssen mit einer Liquiditätsabgabe belastet. Sein "Bancor"-Plan scheiterte aber am Widerstand der USA, deren Delegationsleiter Harry D. White ein internationales Währungssystem mit dem US-Dollar als Leitwährung durchsetzte.¹⁷

Der UNDP-Bericht von 1999 erinnert an den Bancor-Plan: "Keynes stellte sich den IWF als eine Weltzentralbank vor, die eine eigene Reservewährung (Bancor) herausgeben sollte. ... Keynes wollte, dass die Last der Strukturanpassung sowohl von Ländern, die Überschüsse, als auch von solchen, die Defizite erwirtschafteten, gemeinsam getragen werden. ... In der Praxis haben die Länder, die Defizite erwirtschaften (meistens Entwicklungsländer), die Hauptlast der Anpassung tragen müssen – mit Ausnahme der USA, die eine Strukturanpassung umgehen können, weil durch ihr Defizit Dollars für die Liquidität des globalen Systems bereit gestellt werden."¹⁸

Die Einführung einer Liquiditätsabgabe würde sowohl innerhalb einzelner Länder als auch weltweit zu einem verstärkten Kreditangebot und damit mittelfristig zu einer Senkung der Zinsen führen. Das würde die Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht nur in der Industrie und bei den Dienstleistungen ermöglichen, sondern auch in solchen Bereichen, in denen sich Investitionen bislang 'nicht rechnen': in der Kultur, im sozialen Bereich, im Umweltbereich und in der Landwirtschaft. Der sinkende Zinsanteil in den Güterpreisen würde zudem eine deutliche Kaufkraftsteigerung der Bevölkerung und damit über die steigende Nachfrage eine nachhaltige Belebung der Wirtschaft herbeiführen.

Durch das neue Geldsystem wäre nicht nur die unausweichliche Gefahr einer Hyperinflation gebannt (siehe Josefspfennig), sondern es ließe sich auch die aktuelle Inflationsrate von der Notenbank ohne die Gefahr eines Abgleitens in eine Deflation sehr genau bei Null Prozent halten – erstmals wäre also eine absolute Wertbeständigkeit langfristig angelegten Geldes garantiert, was neben einer Entlastung des staatlichen Rentensystems auch neue Möglichkeiten der persönlichen Vorsorge für Krankheit und Alter eröffnet. Gleichzeitig ließe sich dank der sinkenden Zins- und Schuldenlast der öffentlichen Haushalte die drohende Überschuldung von Entwicklungs- wie Industrieländern abwenden.

Umweltpolitisch ist eine den Geldumlauf sichernde Liquiditätsabgabe insofern relevant, als erst durch sie die notwendigen Spielräume

zur Einführung konsequenter ökologischer Steuerungsmechanismen eröffnet werden. Zudem würde sich die Wirtschaftlichkeit von Ökoproyekten deutlich erhöhen. Damit wäre ein wirklich nachhaltiges Wirtschaften möglich, das sowohl sozialen, als auch umweltpolitischen und über die Beibehaltung des Marktmechanismus auch wirtschaftlichen Effizienzansprüchen genügt.

Die Entwicklungsländer würden dank der Zinssenkungen wesentlich von ihrem Druck befreit, zur Bedienung ihrer Zins- und Schuldenlasten Raubbau an ihrer Umwelt, z.B. an den für das Weltklima so wichtigen Regenwäldern zu betreiben.

Bodenspekulation und Kapitalflucht als Herausforderung

Vor der Einführung einer Liquiditätsabgabe sind freilich noch eine Reihe offener Fragen zu klären, die von der praktischen technischen Ausgestaltung der Gebühr und die Überwindung politischer Widerstände bis hin zur notwendigen Vorbeugung einer nachfolgenden Bodenspekulation reichen¹⁹. Um letztere zu verhindern, gibt es entsprechende Vorschläge zur Reform des Bodenrechts. Als weitere große Herausforderung muss die mit einer Einführung der Liquiditätsabgabe zu erwartende Kapitalflucht ins Ausland betrachtet werden, die eine weltweite Einführung der Abgabe wünschenswert erscheinen lässt.

Erfahrungen aus der weltweiten Erlassjahr-Bewegung zur Entschuldung der Entwicklungsländer zeigen, dass richtige, anfangs noch so unrealistisch erscheinende Lösungsvorschläge bei entsprechendem Engagement innerhalb weniger Jahre Eingang in die Beschlüsse des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und von G8-Gipfeln finden können.²⁰ Freilich scheitert bis jetzt eine wirklich nachhaltige Lösung der nationalen Finanz- und Wirtschaftskrisen an den unterschiedlichen Interessenlagen der Menschen in Nord und Süd im Rahmen der bisherigen Lösungsmechanismen.

Die Einführung von Liquiditätsabgaben führt jedoch zu einer Interessenpartnerschaft von mindestens 80% der Menschen weltweit – und

selbst die restlichen vermögendere 20% können bei realistischer Betrachtung ihre Interessen ebenfalls in diesem Ansatz berücksichtigt sehen. Damit wird ein noch größerer Erfolg als derjenige der weltweiten Erlassjahr-Bewegung möglich.

Auf dem Weg dahin bietet sich eine ganze Palette von Aktionsmöglichkeiten von der Informationsverbreitung und Organisation von Vorträgen über die Mitgliedschaft in einem Tauschring und die Initiierung komplementärer Währungen in Form von Regiogeldern²¹ bis hin zur Gründung einer politischen Kampagne.

"The difficulty lies not in the new ideas but in escaping from the old ones." (J. M. Keynes)²²

"Die Menschen glauben immer: So ist das eben mit dem Geld. Das kann man nicht ändern. Das ist nicht wahr. Wir können es ändern. Wir haben das Geld geschaffen und wir können es auch anders machen." (Momo-Autor Michael Ende)²³

Anmerkungen

- 1 Meadows, D. L.: Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972
- 2 im Vergleich zur Haushaltsplanung
- 3 UNDP: Human Development Report 1999, New York 1999
- 4 Worldbank: Global Development Finance, Washington 2002, S. 188
- 5 Keynes, J. M.: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 7. Auflage, Berlin 1994, Seite 298 ff
- 6 Vgl. Creutz, H.: Das Geldsyndrom, 3. Aufl., München 1996, S. 98 f.
- 7 Vgl. Löhr, D.: Geld, Wachstumszwang und Umweltschutz, in: Gerechtes Geld – gerechte Welt, Beiträge zur Tagung in Konstanz 1991, Hrsg. Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung, Lütjenburg 1992, S. 71
- 8 vgl. Creutz, H.: Wachstum bis zur Selbstzerstörung, Zeitschrift für Sozialökonomie 61/1984
- 9 vgl. Keynes, J. M.: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 6. Auflage, Berlin 1983, S. 181; Gesell, S.: Die natürliche Wirtschaftsordnung, 3. Auflage, Arnstadt 1919,

- S. 180; Suhr, D.; Godschalk, H.: Optimale Liquidität, Frankfurt a.M. 1986
- 10 vgl. FAZ v. 22.01.2002, S. 26 unter Berufung auf den Monatsbericht der Deutschen Bundesbank v. Januar 2002; Wahl, P.: Die internationalen Finanzmärkte, in: Kapital braucht Kontrolle, Bonn 2000, S. 8
- 11 Schwarz, F.: Das Experiment von Wörgl, Bern 1951
- 12 Ebenda
- 13 vgl. Gesell, S.: Die natürliche Wirtschaftsordnung, in: Gesammelte Werke Band 11, Lütjenburg 1991
- 14 nur langfristige Geldanlagen wären demnach von der Liquiditätsabgabe befreit
- 15 vgl. Walker K.: Das Geld in der Geschichte, Lauf 1959, zitiert in Weitkamp, H.: Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens, Hiltterfingen 1985
- 16 vgl. Onken, W.: Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte: Schwanenkirchen, Wörgl und andere Freigeldexperimente, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 58/59, 1983, S. 3-20
- 17 vgl. Keynes, J. M.: Vorschläge für die Gründung einer internationalen Clearing-Union. Lettre international 2/1988, S. 40 f.
- 18 aus: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hg.): Bericht über die menschliche Entwicklung 1999 (UNDP), Bonn 1999, S. 122
- 19 vgl. Kennedy, M.: Geld ohne Zinsen und Inflation, München 1994, S. 52 ff.
- 20 vgl. Krueger, A.O.: A new approach to Sovereign debt Restructuring, IMF April 2002; Krueger, A.O.: Sovereign debt restructuring and Dispute Resolution; Address to the Bretton Woods Committee Annual Meeting, Washington 2002; erlassjahr.de: SDRM or FTAP: Comment on Ms. Krueger's first comprehensive proposal for a new debt restructuring mechanism, Siegburg, April 2002; erlassjahr.de: No way, IMF. Short commentary on Anne Krueger's proposal for a Dispute Resolution Mechanism, Siegburg, Juni 2002
- 21 vgl. www.regiogeld.de
- 22 Die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung neuer Ideen sind Keynes zufolge nicht so sehr in den neuen Ideen selbst begründet, sondern in der mangelnden Fähigkeit und Bereitschaft, sich von den alten Ideen zu lösen: Olah, N.: Die soziale Frage: Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Büchergilde, Frankfurt a.M. 2001
- 23 Hirota, Y.: NHK-TV Fernsehsendung: Michael Ende on the Money-Go-Around, Tokio 1999; Ende, M.: "Money and Growth", in: Michael Endes Zettelkasten: Skizzen & Notizen, 1994, Weitbrecht Verlag in K. Thienemanns Verlag

Denkschrift zum Boden-Bewusstsein

Täglich werden in Deutschland Freiflächen in der Größe von 170 Fußballfeldern überbaut, insgesamt etwa 130 Hektar. Das entspricht in sechs Jahren der Fläche des Saarlandes. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, wird Deutschland in weniger als 100 Jahren vollständig überbaut sein. Die Bundesregierung will deshalb erreichen, dass die Überbauung mit Siedlungen, Straßen und Gewerbegebieten bis zum Jahr 2010 auf 30 Hektar täglich reduziert wird.

Besorgniserregend ist aber nicht nur der Flächenfraß. Die Böden sind bedroht durch Schadstoffe, Arzneimittel, Gentechnik, Klimaänderungen und Bodenerosion.

Unter dem Titel "Ohne Boden – bodenlos" hat der Wissenschaftliche Beirat Bodenschutz kürzlich eine Broschüre herausgegeben, in der anhand zahlreicher Illustrationen dargelegt wird, wie wertvoll Böden sind und wie sie in Zukunft besser geschützt werden können. Die Broschüre gibt es kostenlos bei der WBB-Geschäftsstelle, c/o Umweltbundesamt FG II 5.1, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin (Fax: 030 – 8903-2103) oder im Internet (www.Wissenschaftlicher-Beirat-Bodenschutz.de).

Roland Geitmann:

Lokale Agenda 21 und Systemwandel *

Mit einiger Verspätung sind mittlerweile in über zweitausend Städten und Gemeinden der BRD Beteiligungsprozesse angelaufen, die gemäß der Agenda 21 von Rio de Janeiro (1992) eigentlich schon bis zum 1996 hätten abgeschlossen werden sollen. "Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine 'kommunale Agenda 21' beschließen", heißt es im 28. Kapitel der Agenda 21. "Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen. Durch den Konsultationsprozess würde das Bewusstsein der einzelnen Haushalte für Fragen der nachhaltigen Entwicklung geschärft." Der folgende Beitrag möchte den Erfahrungsaustausch darüber anregen, wie aussichtsreich sich Menschen mit systemkritischen Ansätzen in diese örtlichen Beteiligungsprozesse einbringen können – und vielleicht auch sollten.

1 Potenzial

1.1 Gemeinsame Zielsetzung?

Die Begriffe "Nachhaltigkeit" bzw. "Zukunftsfähigkeit" bezeichnen Leitbilder, denen auch die in dieser Zeitschrift gepflegten sozialreformerischen Ideen dienen. Gemeinsam ist beiden Bewegungen auch die gesamtheitliche Betrachtung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte. Allerdings drängt sich in Agenda 21-Prozessen und -Publikationen häufig der Eindruck auf, dass sich hinter "ökonomischen Belangen" das Renditeprinzip verbirgt und wirkungskräftig durchsetzt. Da Wirtschaft den Menschen zu dienen hat, kann man fragen, ob

neben sozialen Belangen ökonomische eine eigenständige Berechtigung haben. Dass sich etwas rechnen müsse, heißt bei Lichte besehen, dass sich das eingesetzte Kapital verzinst, und bedeutet, das kapitalistische Prinzip zur Grundbedingung und -begrenzung des Nachhaltigkeitsstrebens zu machen und es faktisch (und mathematisch zwingend) ins Gegenteil zu verkehren.

Eine derartige Fehlprogrammierung wird vermieden, wenn man eine andere Trias der Nachhaltigkeitsdimensionen wählt: Mitwelt (Ausgleich zwischen Reich und Arm, insbesondere Nord und Süd), Umwelt und Nachwelt. Während durch "Mitwelt" der soziale Aspekt und mit "Umwelt" der ökologische aufgegriffen werden, rücken an die Stelle der ökonomischen Belange die Interessen künftiger Generationen, wird also das kurzfristige Renditedenken durch langfristiges Bedarfsdenken ersetzt. Dies entspräche der klassisch gewordenen Definition von Nachhaltigkeit aus dem Bericht der Brundtland-Kommission: "Dauerhafte Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen."

1.2 Unterschiedliche Methoden

Methodisch unterscheiden sich Lokale Agenda 21-Prozesse und die sozialreformerische Bewegung erheblich, insbesondere in zwei Hinsichten:

1.2.1 Symptomlinderung oder Systemwandel

Das Dokument Agenda 21 der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) verzichtet auf eine systemkritische Analyse und beschreibt stattdessen Problemfelder und Aufgaben und somit Symptome und Maßnahmen zur Linderung derselben.

Zwar rühren vorgeschlagene Maßnahmen gelegentlich an Grundfragen der Sozialgestaltung. So wird z.B. im 2. Kapitel über internationale

* Vortrag im Rahmen der 33. Mündener Gespräche der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft am 5. April 2003.

Zusammenarbeit die Lösung des Schuldenproblems der Entwicklungsländer angemahnt. Und im 3. Kapitel über die Armutsbekämpfung wird unter Ziffer 3.8 gefordert, "die Erweiterung/Schaffung eines Rechtsrahmens für die Bodenpolitik, den Zugang zu Bodenressourcen und Grundeigentum – insbesondere für Frauen – sowie für den Schutz von Landpächtern zu erwägen"; auch wird empfohlen, "die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dem informellen Sektor Kreditlinien und andere Möglichkeiten zugänglich zu machen und den landlosen Armen einen besseren Zugang zu Grund und Boden zu verschaffen".

Aber solche Andeutungen sind nicht Teil eines in sich schlüssigen Sozialreformkonzepts, wie es die Freiwirtschaftsbewegung entworfen hat. So ergänzungsbedürftig dieses ist, solange es wichtige Fragen wie die des Wettbewerbsrechts und fairer Preisbildung, der Subvention der Landwirtschaft und des Umweltrechts, des Verbraucherschutzes bis hin zu Fragen der Finanzierung eines freien Kultur- und Bildungswesens und der Demokratieentwicklung offen lässt, so überzeugend müsste andererseits die Kernforderung sein, allen Menschen gleichen Zugang zu dem zu gewähren, was allen gemeinsam gehört, also zur Erde mit allen ihren Schätzen und zum Geld als wirtschaftlichem Kommunikationsmittel.

Symptom- und Systemansätze könnten sich indes wirkungsvoll ergänzen. Denn es ist ja unentbehrlich, über die in der Agenda 21 dargestellten Bereiche wie Konsumgewohnheiten und Bevölkerungsdynamik, Gesundheit und Siedlungsentwicklung sowie über den Schutz der Erdatmosphäre, der Bodenressourcen, gefährdete Tier- und Pflanzenarten und die Wirkungen toxischer Chemikalien und Abfälle Bescheid zu wissen und verbessernde Maßnahmen zu ergreifen. Umgekehrt kann es für alle an diesen Fronten arbeitenden Menschen hilfreich sein zu erfahren, wie Sozialreformer bei systemkritischer Betrachtung westlicher Industriegesellschaften die Doppelkrankheit "Krebs und Thrombose" diagnostizieren und warum sie eine bestimmte Geldreform und eine weltweite Ökoumlage als Therapie vorschlagen.

1.2.2 Lokales Handeln oder Veränderung der Rechtsordnung

Während sich die freiwirtschaftliche Bewegung vorwiegend an den Gesetzgeber richtet, finden Lokale Agenda 21-Prozesse vor Ort statt. Die lokale Sensibilisierung für Entwicklungsprobleme kann jedoch Auswirkungen haben auf Politik und Gesetzgebung, so dass diese zunächst unterschiedlichen Handlungsebenen nicht unverbunden nebeneinander bestehen.

Aus diesen Unterschieden in der Herangehensweise ergeben sich für diejenigen, die sich mit systemkritischem Ansatz in Lokale Agenda 21-Prozesse einbringen wollen, neben begrenzten Chancen auch Probleme.

1.3 Gefahren und Chancen

1.3.1 Gefahren

Systemkritiker werden Lokale Agenda 21-Prozesse mit einiger Skepsis verfolgen. Sie können in der Tat beobachten, dass die globale Perspektive, insbesondere das Nord-Süd-Ungleichgewicht, rasch verloren geht und dass die Beteiligten sich über die Dramatik der sozialen und ökologischen Schäden und Gefahren gern hinwegtäuschen. Die vielen kleinen Projekte in Lokale Agenda 21-Prozessen können selbstberuhigend wirken und dienen eventuell dazu, dass sich die auf Kosten der armen Mehrheit lebenden Wohlstandsbürger dieser Erde in ihren Privilegien noch wohliger einrichten und dieses Ausbeutungssystem stabilisieren, statt es grundlegend zu verändern.

Mit derartigen Einwänden finden Systemkritiker allerdings selten Verständnis und werden von den eher praktisch orientierten Teilnehmern/innen solcher Prozesse als weltfremde Ideologen und Miesmacher empfunden. Solche Frontstellung kann Lokale Agenda 21-Prozesse zum Scheitern bringen. Doch statt grundlegendes Hinterfragen auszuschließen, sollten die Beteiligten versuchen, sich als wechselseitige Ergänzung wertzuschätzen und die relative Berechtigung beider Herangehensweisen anzuerkennen.

1.3.2 Chancen

Systemkritiker/innen können zur unverzicht-

bar notwendigen Bildungsarbeit im Rahmen Lokaler Agenda 21-Prozesse wertvolle Beiträge leisten; denn die eigentlichen und wesentlichen Veränderungen in der Welt geschehen allemal in den Köpfen (oder zwischen Kopf und Herz) der Menschen.

Für zukunftsweisende politische Forderungen können sich durch die Arbeit in Lokale Agenda 21-Prozessen Allianzen bilden und verbreitern, die morgen oder übermorgen einen Kurswechsel ermöglichen.

In modellhaften Projekten kann sichtbar und erlebbar werden, in welche Richtung der notwendige Systemwandel gehen muss: Leihgemeinschaften und Entschuldungsaktionen, Tauschringe, Verrechnungssysteme, Seniorengenossenschaften und regionale Komplementärwährungen; sinnvolle kommunale Erbbaurechtspraxis und andere Formen der Neutralisierung des Bodens, soziale Unternehmen, Fair-Trade-Projekte, Widerstand gegen Kommerzialisierung der Natur und öffentlicher Dienste und gegen den Ausverkauf unserer Städte.

Für freiwirtschaftlich orientierte Sozialreformer ist solche Mitarbeit ein heilsamer Zwang, konkret zu werden, statt nur in Theorien zu verweilen und Veränderungen der eigenen Lebensweise bis zum erhofften großen Systemwechsel aufzuschieben. Richtiger- und friedlicherweise geschieht der notwendige Systemwandel in unzähligen kleinen Schritten, die durch Denken in langfristigen Systemalternativen nicht entbehrlich werden. Folglich hängt sehr viel davon ab, ob Systemdenker und potenzielle -veränderer in der Lage sind, für das tägliche Leben praktische Schlussfolgerungen zu ziehen, und sich als vernetzungs- und kooperationsfähig erweisen.

Wer sich den "Mühen der Ebene" stellt, weiß, dass gesellschaftliche Veränderung nicht wie ein technischer Vorgang durch einen gesetzgeberischen Trick funktioniert, sondern auf Bewusstseinswandel genügend vieler Menschen fußt und vielfältiger Vorarbeit bedarf. Soweit das Recht Machtverhältnisse sichert und Besitzstreben und Geldvermehrungssüchte widerspiegelt, wird sich auf demokratischem Wege nur etwas ändern, wenn Gruppen von Menschen vorschreiten und das Künftige vorwegnehmen.

Was hindert uns daran, im Wirtschaftsleben uns so zu verhalten, als ob die angestrebte Reform der Geld- und Naturressourcennutzung schon gelte? Solange eigne Haben-Mentalität im Spiele ist, sind wir selbst ein Hemmnis.

2 Erfahrungen

2.1 Verfahren

Bis zum 1.9.2002 hatten 2.384 Städte und Gemeinden (= 17 %) mit Lokale Agenda 21-Prozessen begonnen (www.agenda-transfer.de). Die Bundesländer zeigen hier sehr unterschiedliche Anteile (vorn liegen NRW, Hessen und Saarland mit rd. 60 %), was wesentlich mit dem Grad der Verstädterung und der Zusammenlegung von Gemeinden zusammenhängt. Großstädte haben nahezu ausnahmslos solche Prozesse eingeleitet, während sich die Mehrzahl kleiner Gemeinden bisher dazu nicht in der Lage sieht.

Oft ist nicht viel mehr geschehen als ein Grundsatzbeschluss über die Einleitung des Prozesses. Die klassische Vorgehensweise, zunächst ein Leitbild zu erstellen und dann ein Handlungsprogramm und dieses dann schrittweise umzusetzen, befolgt nur eine Minderheit der Kommunen. Überwiegend ist vielmehr zu beobachten, dass sich die Beteiligten rasch in einzelne Projekte stürzen, um irgendetwas Sichtbares vorweisen zu können. Diese "Projektitis" mag zwar gut sein zur Veranschaulichung und Motivation der Bürgerinnen und Bürger, verhindert aber tiefer reichende Analysen, die Relevanzprüfung einzelner Beiträge, ein Gesamtprogramm und erst recht die globale oder gar systemwandelnde Perspektive.

Die Verwendung einzelner Indikatoren über längere Zeit kann zwar einzelne positive oder negative Entwicklungen anzeigen und zur Rationalisierung des Verfahrens beitragen. Doch aufwändiges Messen verändert selbst noch nichts, vernachlässigt oft die globale Perspektive und erreicht nicht die Ebene der verursachenden Grundstrukturen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Breitenwirkung der Prozesse ist noch recht begrenzt, solange nur eine Minderheit der Bevölkerung erreicht wird, die Wirtschaft sich in der Regel kaum einbeziehen lässt und Ge-

meinderäte solche Beteiligungsformen als Konkurrenz empfinden.

2.2 Inhalte

Für konkrete Projekte im Rahmen von Lokale Agenda 21-Prozessen scheint die Fantasie keine Grenzen zu kennen. Da gibt es im Bereich "Verkehr" Maßnahmen für Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV und car-sharing, im Bereich "Wirtschaft und Umwelt" Öko-Audit und Umweltberatung sowie Initiativen zugunsten erneuerbarer Energien und für Energiesparmaßnahmen. Warentauschtage, Werbung für lokale Produkte, Reparatur- und Verleihdienste sowie Broschüren für ökologisches Einkaufen wenden sich an den Konsumenten.

Die Pflege von Streuobstwiesen, Gehölzen und Hecken, Biotopvernetzung, Bachrenaturierung und Artenschutzpläne sind Beispiele für den Bereich des "Umwelt- und Naturschutzes", umweltfreundliche Klassenzimmer, Schulhofgestaltungen und Naturkindergruppen beziehen Kinder und Jugendliche ein. Auch der soziale Bereich ist vertreten mit Krankenpflegevereinen, Arbeitsloseninitiativen und der Integration behinderter Kinder. Gelegentlich findet man auch Eine-Welt-Tage, Fair-Trade-Projekte oder die Förderung von Sonnenkollektoren in südlichen Ländern.

Diese bunte Vielfalt zeigt Kreativität und die Mannigfaltigkeit konkreter Handlungsansätze, hat den Begriff "Lokale Agenda 21" inzwischen mit Leben erfüllt und an vielen Orten punktuell etwas positiv verändert. Zum Teil ist Lokale Agenda 21 allerdings lediglich ein neues Etikett für ohnehin laufende Aktivitäten.

Systemkritische Grundlagenarbeit indes, etwa in Form entsprechender Bildungsangebote, sucht man meist vergebens. Dass praktisches Tun im Vordergrund steht, ergibt sich schon aus der Nähe zur Kommunalverwaltung und -politik. Und denjenigen, die z.B. in Tauschringen auf der Suche nach geschwisterlichen Formen des Miteinanderwirtschaftens sind, ist die Bedeutung ihres Tuns oft gar nicht bewusst, so dass die Verbindung zur Lokalen Agenda 21 nicht zustande kommt.

So grundsätzlich zu fragen wie in dem von kirchlichen Gruppen getragenen Konziliaren Prozess der 1980er Jahre für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung fällt in Lokalen Agenda 21-Prozessen wegen der Konzentration aufs Örtliche schwer. Umso einleuchtender und dringlicher ist das Bemühen, die Stärken beider Bewegungen, Grundlagenarbeit und konkretes Handeln, mit einander zu verbinden, wie es das von Heiko Lietz und Gunter Pistorius geleitete Projektbüro für Nachhaltigkeitsstrategien in Berlin versucht (www.global-denken-lokal-handeln.de).

Noch wird die durch Lokale Agenda 21-Prozesse gegebene Chance und gestellte Aufgabe, vor Ort über prinzipielle Fragen der Sozialgestaltung nachzudenken, zu wenig wahrgenommen. Hätten wenigstens einige Passagiere auf der Titanic nicht nur über das Menü und die Musik diskutiert, sondern auch und vernehmbar über den gefährlich zu nördlichen Kurs des Luxusschiffes, wäre die Kollision mit dem Eisberg vielleicht verhindert worden.

2.3 Beispiele

2.3.1 Forum Lokale Agenda 21 Kehl

In Kehl am Rhein (33.000 Einwohner) hatte der Verfasser ab Herbst 1997 für 3 1/2 Jahre Gelegenheit, einen Lokale Agenda 21-Prozess zu initiieren und mitzugestalten. Eine Vorbereitungsgruppe machte in drei eintägigen Workshops entsprechende Grundlagen- und Öffentlichkeitsarbeit, eine breit angelegte Bestandsaufnahme und eine Vorlage für den Gemeinderat. Dieser nahm zwar das Angebot an, ein halbes Praxissemester des Verfassers hierfür zu verwenden, verweigerte jedoch zunächst den beantragten Grundsatzbeschluss zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21.

Daraufhin gründete sich in einer Art Sturzgeburt das Forum Lokale Agenda 21 Kehl. In einem ersten Zwischenbericht vom Januar 1999 an den Gemeinderat stellte das Forum klar, dass Lokale Agenda 21 kein neues Etikett für die Fortsetzung bisher üblicher Stadtentwicklungsplanung ist, sondern "der örtliche Beitrag für eine tiefgreifende und breit getragene Kurs-

änderung" und benannte "örtlich mögliche Beiträge zum notwendigen Systemwandel" als einen der Schwerpunkte.

Der Gemeinderat ließ sich zwar herbei, den vorformulierten Grundsatzbeschluss nunmehr zu fassen und sogar eine Geschäftsstelle in der Stadtverwaltung zu bewilligen. Doch gleichzeitig unterließ die Verwaltung dieses Vorhaben durch eine aufwändige Konkurrenzveranstaltung. Die Weltprobleme könne man nicht vor Ort lösen, so der Oberbürgermeister. Für eine Million DM, das Zwanzigfache des Aufwands für den Lokale Agenda 21-Prozess, engagierte die Stadt die DMG (Die Marketing Gesellschaft, München), um im Blick auf die geplante Landesgartenschau 2004 einen breit angelegten Bürgerbeteiligungsprozess zur Stadtentwicklung durchzuführen. Unausgesprochene Leitfrage dieser Veranstaltung war die Frage: "Wie verkaufen wir uns noch besser?"

Dem Forum Lokale Agenda 21 Kehl blieb nichts anderes übrig, als sich mit kritischen Stellungnahmen, Vorschlägen und Projekten in diesen offizielleren Prozess einzubringen. Das Ergebnis ist entsprechend kurios: Statt dass "Nachhaltige Stadtentwicklung" als Oberziel anerkannt wurde, ist es in einem umfänglichen Handlungsprogramm nunmehr eines von sechs sogenannten "Leitprojekten", neben Landesgartenschau, Rheinbrücke, Kunst, Stadtmarketing und Zweisprachigkeit.

Im Blick auf die angekündigte eigene Organisationsstruktur der Leitprojekte mit "Runden Tischen" löste sich das Forum Lokale Agenda 21 auf, um nicht weiter als Alibi missbraucht zu werden. Doch der Runde Tisch "Nachhaltige Stadtentwicklung" tagte nur ein einziges Mal, während die zwölf hierzu gehörenden und vom Forum einst initiierten Teilprojekte aus den Bereichen Bürgerbeteiligung, Ökologie und Soziales überwiegend am Desinteresse des Oberbürgermeisters scheiterten, darunter auch das Projekt "Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, u.a. durch eine regionale Zweitwährung".

Neben einem Eine-Welt-Forum und einer Fahrrad-Projektgruppe bleiben – bis zu einer später einmal möglichen Wiederaufnahme des Prozesses

Lokale Agenda 21 Kehl - nur noch (aber immerhin) die Bildungsaktivitäten zu erwähnen, die der Verfasser im Rahmen seines Forums Zeitfragen an der Fachhochschule Kehl betreibt, insbesondere eine öffentliche und mit bis zu 160 Teilnehmern gut besuchte jährliche Veranstaltungsreihe mit Vorträgen u.a. von Helmut Creutz, Johannes Heinrichs, Fritz Andres, Johannes Stüttgen, Christoph Strawe, Wilhelm Neurohr, Günter Hannich, Eckhard Behrens und Hugo Godschalk. Hinzu kamen weitere Veranstaltungen mit Pfarrern und Gymnasiasten sowie einzelne Seminararbeiten insbesondere zu Tauschringen.

2.3.2 Arbeitsgruppe "Regiogeld" in Witzenhausen

Andernorts gelingt vielleicht mehr und Konkretes. So konnte Frank Viohl in Witzenhausen im Rahmen einer Open-Space-Veranstaltung die Idee einer regionalen Zweitwährung einbringen, woraus eine Arbeitsgruppe "Regiogeld" entstand. Seit August 2002 treffen sich ca. 20 Leute, darunter Geschäftsleute, Arbeitslose, ein Rechtsanwalt und Rentner, regelmäßig, um ihre Kenntnisse über Geld, Zins, Inflation und Freigeld auszutauschen. Die Arbeitsgruppe hat inzwischen beschlossen, eine regionale Komplementär-Währung in Witzenhausen einzuführen. Kontakte bestehen zu Universitäten und zur Kommunalpolitik sowie zu den Initiatoren des "Bremer Roland" (www.Roland-Regional.de) und des "Chiemgauers" (www.chiemgauer-regional.de). Mehrere Geschäfte und Institutionen wollen sich an dem Projekt beteiligen. Ein erster Bericht wurde im Stadtentwicklungsausschuss "wohlwollend interessiert" aufgenommen.

3 Resümee

Damit Lokale Agenda 21-Prozesse sich nicht mit Symptom-Kosmetik begnügen, brauchen sie systemkritische Beiträge. Die Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift sind also zur Mitarbeit in ihrer Gemeinde aufgefordert. Welche Resonanz sie dabei finden, hängt wesentlich vom politischen Umfeld ab. Gegen die geballte Kraft der kommunalen Organe, so zeigt das Beispiel Kehl, ist schwer anzukommen, was verändernde Langzeitwirkungen aber nicht ausschließt.

Wenn Menschen für ein Projekt erwärmt werden können, das – wie die geplante regionale Zweitwährung in Witzenhausen – den Kern der sozialen Missstände berührt, kann etwas entstehen, dessen Ausstrahlungswirkung nicht absehbar ist. Ob und wo Systemwandel fördernde Saat aufgeht, haben wir nicht in der Hand; "der Geist weht, wo er will". Zum behutsamen(!) Säen gibt es keine Alternative. Sich und damit hilfreiche Ideen aus Beteiligungsprozessen über "nachhaltige Entwicklung" herauszuhalten, wäre geradezu unverantwortlich. Dasselbe gilt für die Beteiligung an der Dekade zur Überwindung der Gewalt, am Ökumenischen Bekenntnisprozess "Wirtschaft im Dienst des Lebens" sowie an attac, Sozialforen und anderen Bewegungen für zukunftsfähige Sozialgestaltung.

Stabile Wirtschaft bei Nullwachstum

"Wachstumswirtschaft und stabile Wirtschaft sind so verschieden voneinander wie ein Flugzeug und ein Helikopter. Ein Flugzeug ist für die Vorwärtsbewegung entwickelt – wenn es sich nicht ständig vorwärts bewegen kann, stürzt es ab. Auf dieselbe Weise kann unsere Wachstumswirtschaft nicht stillstehen, ohne in Arbeitslosigkeit abzustürzen. Gegenwärtig erleben wir den Fehlschlag von Wachstumswirtschaften angesichts zunehmender natürlicher, gesellschaftlicher und moralischer Widerstände gegenüber einem weiteren Wachstum. Aber wir haben unser wachstumsgetrimmtes 'Wirtschaftsflugzeug' noch nicht in einen leichter zu manövrierenden, stabilen Helikopter umgewandelt.

In den letzten zwei Jahrhunderten ist das Wachstum zur Norm geworden. ... Eine stabile Wirtschaft ist keine Illusion wie die schier unbegrenzt sich ausdehnende Ökonomie der Postkeynesianer oder der Neomarxisten. ... Das Schwergewicht läge eher auf einer Maximierung der quantitativen Verbesserung des Kapitalstocks und auf der Gleichheit der Verteilung als auf der Maximierung der Größe des Kapitalbestandes und des Tempos seiner verbrauchsbedingten Erneuerung. ..."

Prof. Dr. H. Daly, Mit "Nullwachstum" gegen die "Unterentwicklung" in: Neue Züricher Zeitung vom 23. September 1981.

LESERBRIEFE

Zum Beitrag von Peter Rühmann:

"Japans Krise – Bietet sich als Lösung die Einführung von Freigeld an?"

[ZfSÖ Folge 136]

In seiner Auseinandersetzung mit dem Vorschlag einer Gebühr auf Geldhaltung zwecks Vermeidung von Liquiditätsspeicherung unterscheidet Peter Rühmann offenbar nicht zwischen schleichender Inflationierung der Währung und dem Nennwertverlust einzelner Banknoten und Giroguthaben (S. 12). Eine Inflation trifft alle, während Gebühren zur Sicherung des Geldumlaufs nur diejenigen treffen, die der Wirtschaft Liquidität entziehen, die also Kaufkraft stilllegen. Eine Inflation wird im Freiwirtschaftsmodell gerade nicht angestrebt, vielmehr eine stabile Währung. Voraussetzung dafür ist die Verstetigung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, die der Zentralbank eine genaue Dosierung der Geldmenge ermöglicht und die heute übliche Kompensierung gehorteter Zentralbanknoten durch Emittierung neuen Geldes, also den Aufbau eines Inflationspotenzials, das irgendwann wirksam werden könnte, überflüssig macht.

Der Vorschlag einer Geldumlaufsicherung nach der Freiwirtschaftstheorie ist also nicht einfach gleichzusetzen mit schleichender Inflation. Gebühren für Liquiditätsspeicherung wären durchaus spürbar, hätten aber keinen Vertrauensverlust gegenüber der Währung zur Folge, was auch gar nicht beabsichtigt ist.

Josef Hüwe

Zum Beitrag von S. Brunnhuber & B. Lietaer:

"Bewusstsein und Geld – Ein Beitrag zu einer evolutionären Ökonomie"

[ZfSÖ Folge 136]

Ideale Zukunftsentwürfe bleiben hinter dem aktuellen Wissensstand zurück, wenn sie dazu verleiten, parallel dazu gewünschtes menschliches Verhalten zu erwarten. Diesem anthropologischen Idealismus scheinen die beiden oben genannten Autoren zu folgen, wenn sie im Entwurf ihres evolutionären Wirtschafts-

systems und in den davon abgeleiteten "Entwicklungsstufen der Bewusstseinsbildung" auf eine gleichzeitige Herausbildung eines adäquaten Bewusstseins schließen.

Jüngstes Erfahrungswissen im gerade vergangenen Jahrhundert der Ideologien und Illusionen hat zur Genüge bewiesen, dass das erwartete 'richtige' Bewusstsein der gewollten ökonomischen Entwicklung zumindest hinterhinkte, wenn es nicht ganz ausblieb und sich als 'richtiges' Bewusstsein erst unter Zwang, und dann auch nur scheinbar, einstellte.

Die moderne Hirnforschung (Wolf Singer) hat bewiesen, dass menschliche Gehirne selbstbestimmte Produzenten von Verhalten sind und keine passiven Reflexmaschinen. Das Gehirn muss man sich als hochdynamisches System vorstellen, das sich selbst organisiert und auf der Basis seines Vorwissens unentwegt Hypothesen formuliert, anstatt lediglich auf äußere Reize zu reagieren.

Silvio Gesell scheint in seiner Voraussicht tiefblickender gewesen zu sein. Er vertraute auf den "natürlichen Menschen" und sein Selbsterhaltungstreiben, also auf das in den genetischen Kodes abgespeicherte Vorwissen mit seinen Verhaltenskonstanten und Regelmechanismen.

Sigmund Freud sagte dazu: "Ich meine, solange sich die Tugend nicht schon auf Erden lohnt, wird die Ethik vergeblich predigen". Dazu stellt die Soziobiologie bestätigend fest: "Der Egoist kooperiert am besten". Und selbst das christliche Gebot schließt den Belohnungseffekt nicht aus: "Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst", wobei der zweite, eigentlich entscheidende Halbsatz oft unerwähnt bleibt.

Doch noch einmal zurück zum Ausgangspunkt der Frage, inwieweit lassen sich Systemwechsel mit einem Bewusstseinswandel verbinden? Dazu noch einmal Wolf Singer als Gehirnforscher: Es lassen sich keine Funktionen instruieren, für die keine präformierte Akzeptanz vorliegt. Ich schließe daraus: Ideale Zukunftsentwürfe müssen genaue Aussagen darüber enthalten, inwieweit sie der "präformierten Akzeptanz" menschlicher Verhaltensstrukturen genügen.

Ekkehard Lindner

Literatur:

Wolf Singer, *Der Beobachter im Gehirn*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 2002 (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 1571). 237 Seiten.

Sigmund Freud, *Das Unbehagen in der Kultur*, in: *Kulturtheoretische Schriften*, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag GmbH, 1974. Seiten 191–270.

B Ü C H E R

Robert Costanza, John Cumberland, Herman Daly, Robert Goodland und Richard Norgaard **Einführung in die Ökologische Ökonomik**

Stuttgart: Lucius & Lucius, 2001. 360 Seiten.

Nun hat die Wirtschaftswissenschaft endlich ein Grundlagenwerk zur Ökologischen Ökonomik und damit die Möglichkeit, den Wirtschaftsstudenten einen umfassenden Einblick in den Themenkomplex Umwelt und Wirtschaft zu geben. Selbstverständlich gab es auch bislang bereits Standardwerke zum Umweltschutz in der ökonomischen Disziplin: Dieter Cansiers oder Lutz Wickes "Umweltökonomie" beispielsweise. Eine wesentliche Schwäche jedoch der "umweltökonomisch" ausgerichteten Lehrbücher ist die Fokussierung des Lehrstoffes auf Fragestellungen

neoklassischer Provenienz bzw. auf entsprechende Optimierungsszenarien und damit eine zu enge Eingrenzung der Fragestellungen insgesamt. Nun werden die Lehrinhalte der neoklassisch geprägten "Umweltökonomie" von der "ökologischen Ökonomik" nicht überworfen, vielmehr werden umweltökonomische Ansätze neben anderen akzeptiert und genießen dort einen hohen Stellenwert (vgl. S. 81).

Die Ökologische Ökonomik unterscheidet sich jedoch vor allem in zwei Punkten wesentlich von der Umweltökonomie: Zum einen ist dies die Herangehensweise an wissenschaftliche Fragestellungen. Im Gegensatz zu den meisten wissenschaftlichen Disziplinen ist die Ökologische Ökonomik transdisziplinär, das heißt, disziplinübergreifende Forschung bildet hier die Regel, nicht die sonst vorherrschende Ausnahme. Damit streift

die Ökologische Ökonomik die eitle Abgrenzungshaltung einzelner wissenschaftlicher Bereiche ab und ermöglicht eine kooperative, fachübergreifende und gesamtheitliche Perspektive.

Der zweite wesentliche Unterschied zwischen Ökologischer Ökonomik und Umweltökonomie bzw. orthodoxer Wirtschaftstheorie insgesamt besteht in der Frage nach der Größenordnung (Scale), also nach dem Ausmaß des Durchsatzes von Energie und Materie im Wirtschaftskreislauf. Während die orthodoxe Theorie Fragen der Größenordnung lediglich in Bezug auf Einzelwirtschaften diskutiert und auch dort nur rudimentär, stellt die Ökologische Ökonomik die Frage nach der Größenordnung in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen; die Möglichkeit bzw. Wünschbarkeit permanenten Wirtschaftswachstums wird verneint aufgrund bestehender ökologischer Grenzen, denen sich auch die Ökonomie unterwerfen müsse. Man könnte damit die Ökologische Ökonomik auch als "Langfrist-Ökonomik" bezeichnen, eine Theorie der langen Frist, die der Sichtweise von Keynes ("in the long run we are all dead") aufs Schärfste widerspricht und dem heute vorherrschenden kurzfristigen Maximierungsdenken ein langfristiges, an Nachhaltigkeit orientiertes Denken entgegenstellt.

In insgesamt vier Kapiteln werden die Leser in die Inhalte der Ökologischen Ökonomik eingeführt. Beginnend mit einer Schilderung ökologischer Grenzen für das "ökonomische Subsystem" (Kapitel 1) über die historische Entwicklung von Ökonomie und Ökologie (Kapitel 2), beschreiben die Autoren im Kapitel über die Grundlagen der Ökologischen Ökonomik Themen wie Biodiversität, nachhaltige Größenordnung, Tragfähigkeit oder ganzheitliche Wohlfahrtsmessung. Das letzte Kapitel schließlich diskutiert Instrumente und Politiken für eine nachhaltige Wirtschaftsweise.

Ergänzt wird der von amerikanischen Autoren stammende Text durch zahlreiche Kurzbeiträge deutschsprachiger Ökonomen, bspw. durch den Beitrag von Fred Luks über den stationären Zustand einer Wirtschaft, von Hans Christoph Binswanger über den Wachstumszwang in einer Geldwirtschaft oder von Gerhard Scherhorn über neue Wohlstandsmodelle.

Zurecht beschreibt der Umschlagtext das Buch als "Meilenstein im Hinblick auf eine verständliche Darstellung der Integration von Ökologie und Ökonomie". In diesem Sinne ist dem Lehrbuch eine große Leserschaft zu wünschen.

Thomas Lang

Ernst Ulrich Köpf Forstpolitik

Stuttgart-Hohenheim: Ulmer Verlag, 2002. 320 Seiten.

Der Verfasser war bis zu seiner Emeritierung Professor für Forstpolitik und gibt in der vorliegenden Monografie die Aspekte wieder, die er in seinem Lehrfach zusammenträgt.

Verglichen mit der Bedeutung des Waldes für Ökologie und Freizeit ist der Anteil des offiziell gemessenen Beitrags der Forstwirtschaft zum Sozialprodukt mit 0,07% eine vernachlässigenswerte Größe. (S. 168) Der Forstwirtschaft dennoch den richtigen Stellenwert und im Hinblick auf Politik, Umweltschutz und Wirtschaft eine sachgerechte Betrachtung zukommen zu lassen, ist Anliegen des Faches Forstwirtschaft und damit auch dieses Buches: "Forstpolitik heißt, dass nationale Politik die Verpflichtung hat, bürgerschaftliche Aktivitäten zur Förderung des Gemeinwohls mindestens ebenso zu schützen, wie die Interessen der auf den Weltmarkt ausgerichteten Konzerne." (S. 224) Dazu gehört auch eine angemessene Finanzierung der Forstwirtschaft für die Gemeinwohlfunktionen. Forderungen nach einer Privatisierung von staatlichen Forsten werden zurück gewiesen.

Seine Erfahrungen als früherer Beamter der UN-Welternährungsorganisation (FAO) stimmen Köpf negativ, was internationale Reglementierungen einschließlich der Zertifizierungen angeht. Sein Eintreten für Subsidiarität und seine Skepsis gegenüber der Überbetonung zeitlich bedingter, also Moden folgender Vorstellungen im Forstbau kennzeichnen seine Haltung. Nachhaltigkeit durch zunehmende Verrechtlichung wird als unerreichbar angesehen, Ordnungspolitik im Sinne Walter Euckens angestrebt.

Bei der tropischen Waldvernichtung sind die Bauern eher als Opfer denn als Täter anzusehen. Als Maßnahme für eine Tropenwaldschutzpolitik werden eine rasche Lösung der Schuldenkrise

und eine Steuerung der ungehemmten wirtschaftlichen Konkurrenz auf Kosten der Natur benannt. Der Verabsolutierung des 'freien Markts' tritt Köpf entgegen. Die Massenproduktion bedrängt die Ertragslage der forstlichen und landwirtschaftlichen Urproduktion. Dem viel zitierten Theorem der komparativen Kosten und dem Freihandel ist ganz praktisch schon Friedrich List im 19. Jahrhundert entgegen getreten.

Ökonomische Besonderheiten der Forstwirtschaft werden herausgearbeitet. "Weil niemand weiß, welche Leistungen der Wald in 50, 100 oder 200 Jahren erbringen muss, handeln wir in der Regel vernünftig, wenn wir bei seiner Bewirtschaftung die Idee der kurzfristigen Gewinnmaximierung weitgehend ausschließen." (S. 36f) Eine drei- oder mehrprozentige Kapitalverzinsung ist ganz unwahrscheinlich. (S. 41) So wird deutlich, wie das Geld- und Zinsproblem auch die Forstwirtschaft belastet. Auch zum Boden gibt Köpf etwas zu bedenken: Die für Wald und Waldwirtschaft geeignete Eigentumsform war der bis zum Ersten Weltkrieg zulässige 'Fideikommiss' als "Rechtsform für unveräußerliches, nur als Ganzes vererbbares Familienvermögen, dessen Inhaber nur über die Erträge verfügen durfte, ohne das Vermögen zu schmälern." (S. 44)

Die Ausführungen von Köpf gehen weit über das unmittelbar Forstliche hinaus. "Ob 'realistisch' oder nicht: Man muss zulassen, dass die Bevölkerungsdichte sinkt. Ein vernünftig bescheidenes Anspruchsniveau muss genügen. Massenproduktion sollte auf dringliche Güter begrenzt werden, die Mobilität von Menschen und Waren dürfte nicht sinnlos gesteigert werden. Ein bestimmtes umweltverträgliches Niveau des Energieverbrauchs wäre einzuhalten. Probleme, die bei uns zu lösen sind – indirekt Probleme der Forstpolitik!" (S. 79)

Aus ökonomischer Sicht wäre eine ergänzende Befassung mit der Principal-Agent-Beziehung etwa im Verhältnis Grundeigentümer/Waldbesitzer und Forstbehörden oder mit Anforderungen aus Politik, Wasser- und Naturschutz an den Waldeigentümer wünschenswert.

Jörg Gude

Thomas Ruster
Der verwechselbare Gott.
Theologie nach der Entflechtung von
Christentum und Religion

Freiburg, Basel, Wien: Herder, 5. Aufl. 2002. 225 Seiten.

Ruster geht davon aus, dass die "Religion der Zeit" (wohl in den westlichen Nationen) Geld zum obersten Gott ernannte und ökonomische Zwänge wie Götter bzw. Dämonen als unentrinnbar erlebt werden. Wegen solchen Götzendienstes seien die Christen zu Heiden geworden. Schuld an dieser Verwechslung Gottes habe die "Entflechtung von Christentum und Religion", insofern Religion nicht mehr genügend biblisch-christlich fundiert sei. Nur durch eine theologische Aufarbeitung dieser Entflechtung sei die Rückkehr zum biblisch-christlichen Gott und die Entthronung des Geldes als Gott möglich. Statt der vorherrschenden Integration von Christentum einerseits und Welt bzw. Kultur andererseits, die den Kapitalismus als heidnische Religion erst ermöglicht habe, bedürfe es der Apologie des Christentums gegenüber dem kapitalistischen Weltverständnis. In diesem grundlegenden Reflexionsrahmen bewegt sich das hier zu besprechende Buch.

Um die religiöse Struktur des Kapitalismus und des Geldes aufzuzeigen, erfährt der Leser in Anlehnung an Walter Benjamin (1921), dass der Kapitalismus der Bewältigung derselben Sorgen diene, auf die auch Religion antworte. Weiterhin behaupte der Kapitalismus wie eine Religion unbedingte Bedeutung für alle Lebensbereiche des Menschen. Zum Beispiel käme Waren, die nicht nur unter ihrem Gebrauchswert, sondern als Marke, Statussymbol, etc. geschätzt würden, die Rolle eines Fetischs (= Götzen) zu, an dessen Wirkung 'geglaubt' werde. Doch sei der Kapitalismus im Gegensatz zum Christentum keine entschuldigende, sondern – über den Zins und vor allem den Zinseszins – eine grenzenlos verschuldende Religion, nicht wie das Christentum eine Religion der Fülle, sondern der Knappheit, usf. Insgesamt wird über solche phänomenologischen Vergleiche von Religions- und Kapitalismusstrukturen gezeigt, dass der Kapitalismus nicht nur, wie noch Max Weber glaubte, christ-

lich-religiös (genauer: calvinistisch) motiviert sei, sondern selbst zum Vollzug einer Religion geworden ist. Mit John M. Keynes (1938) thematisiert Ruster vor allem, dass das Geld aufgrund seiner Eigenschaft, mit ihm jederzeit Bedürfnisse realisieren zu können ("Liquiditätspräferenz"), dem Menschen dazu diene, seine Zukunft sichern zu wollen. Vor allem über den Zins und noch mehr den Zinseszins werde die Zukunftsbedeutung von Geld im Vergleich zu seiner Gegenwartsbedeutung besonders wertvoll. Religiös gesehen diene Geld daher der Kontingenzbewältigung des Menschen, d. h. dazu, die Nichtbeherrschbarkeit der Zukunft des Menschen zumindest zu mildern. Dies ist eine Aufgabe, die der biblisch-religiöse Mensch Gott anheim stellt. Mithilfe des Zinses in der Geldordnung wird über das Stipendienwesen diese Aufgabe, für die Zukunft vorab Sinn zu sichern, sogar für die Zeit nach dem eigenen Tod ausgedehnt. Doch während das geldgesteuerte Vorsorgeverhalten unter dem Eindruck von Knappheit an Heil Ungerechtigkeit (Reichtum und Armut) erzeugt, führt der christliche Glaube an die Fülle göttlichen Heils zum Verzicht auf Vorsorge (vgl. z.B. Mt 6, 14-34, bes. V. 25) und beschert dem Menschen Gerechtigkeit. Keynes' Zinskritik verfolgt nach Ruster daher die gleiche Intention wie das biblische Zinsverbot: unter Verzicht auf geldgesteuerte Vorsorge der Gerechtigkeit Zeit und Raum zu geben. Nach Martin Luther (1529; im Kontext Schriften zwischen 1519 und 1540) ist das des Menschen Gott, dem er traut und glaubt, von dem er alles Gute erhofft und bei dem er in Nöten Zuflucht sucht. Insofern sei Geld ein (Ab-)Gott. Um dem Geld diese zentralreligiöse Bedeutung zu nehmen, entwickelt Luther eine differenzierte Kritik des Frühkapitalismus. Verboten werden sollte Kartellbildung, ausbeuterische Zinsnahme und insbesondere Risikozinsaufschlag, Preisbildung orientiert am Gewinn statt an den Kosten sowie Bürgschaften. Insbesondere die Zinsnahme qualifiziert Luther als eine Form legalisierten Raubs. An eine finanztechnisch-instrumentelle Sicherung der nichtkapitalistischen Ökonomie, wie sie Gesell und Keynes etwa durch das "rostende Geld" vorsahen, denkt der Theologe Luther freilich noch

nicht. Nichtkapitalistische Ökonomie funktioniert nach Luther auf einer religiösen Grundlage, indem sich die Menschen in einem Wirtschaftsraum als den christlichen Geboten verpflichtete Solidargemeinschaft begreifen.

Mit der Rückbesinnung auf den biblischen Gott möchte Ruster nun den Kapitalismus als (dämonische) Religion entthronen, indem einerseits der vermeintlichen Allmacht einer Ökonomie der Knappheit an Gütern und Geld mit vermeintlich unentrinnbarer Verschuldung aller Schuldner andererseits die Heilsökonomie der Fülle an Gütern und Segen und die Entsühnung aller Schuldigen entgegengehalten wird. Weiterhin soll den Menschen statt der eigenen, durch den Kapitalismus korrumpierten Erfahrung die in der Bibel gespeicherte Erfahrung mit dem rettenden Gott als Orientierung im Leben dienen.

Das Besondere an Rusters Buch besteht darin, Sozialökonomie und Kapitalismuskritik mithilfe der christlichen Gotteslehre zu befördern. Dabei referiert Ruster für die Freiwirtschaft wichtige Gewährsleute und Gedanken. Doch seien zwei kritische Rückfragen erlaubt: (1) Stimmt Rusters Analyse der ökonomischen Lage? Akzeptieren "die" Menschen den Kapitalismus und das Geld als unbedingte und unentrinnbare Realität? Subjektiv-empirisch geurteilt meine ich: nein. Viele Menschen bemühen sich, kapitalistischem Streben und Geld eine relative Bedeutung in ihrem Leben zu geben. Rusters These vom absoluten Charakter des Kapitalismus und des Geldes gilt für den Kapitalismus als systemischem Gebilde und für die Geldordnung. Der Umgang mit diesen ökonomischen Strukturen ist doch aber höchst plural. Diese Unterscheidung zwischen systemischen Bedingungen und gelebtem Leben kommt bei Ruster nicht vor. Vielmehr identifiziert er das gelebte Leben pauschal mit den systemischen Bedingungen, etwa wenn er von der Geldbestimmtheit "der" jugendlichen Lebenswelt spricht (S. 199). Gerade die genannte Unterscheidung würde aber Hoffnung auf das Erstarken nichtkapitalistisch orientierter Lebensformen inmitten des Kapitalismus ermöglichen. (2) Ruster meint, Kapitalismuskritik bedarf einer Besinnung auf den biblischen Gott als kritischem Gegenüber zur Gesellschaft. Einem Christentum,

das sich als Teil der Kultur begreift, spricht Ruster keine (Kapitalismus)kritische Potenz zu. Doch kann mit diesem polaren Konzept mehr als eine christlich identifizierte Gemeinde erreicht werden? Möglicherweise wird dieser fundamental-biblische Gott viele Menschen in einer pluralisierten, auf Integration angewiesenen (!) Welt nicht interessieren. Kapitalismuskritik mithilfe eines Christentums, das sich in für alle verstehbarem, etwa anthropologischem Reden über nichtkapitalistische Erfahrung mitteilt, hätte wohl mehr Wirkung.

Dieter Fauth

tem Umfang das offizielle Geld ergänzt. Weltweit gibt es schon mehrere tausend komplementäre Geldsysteme. Die Zahl wächst rasant. Die größten Regiogelder gibt es zur Zeit mit den "Creditos" in Argentinien.

Auch in Deutschland ist das Interesse an Regiogeldern erwacht und es gibt inzwischen Initiativen, die ein Regiogeld herausgeben wollen. Doch alles steckt noch in den Anfängen. Nur die Diakonischen Werke in Bethel benutzen schon seit über einhundert Jahren ihr "internes Geld", den "Bethel-Euro".

BERICHTE

Komplementärwährung "Chiemgauer regional"

Vom 8. bis 10. März 2003 fand in Prien am Chiemsee der "1. Kongress Regiogeld" statt. Unter dem Motto "Jenseits der Globalisierung" kamen 120 TagungsteilnehmerInnen aus der ganzen Bundesrepublik zusammen, u. a. aus Bremen, wo es seit einiger Zeit eine Initiative zum Aufbau einer Regionalwährung "Roland" gibt.



"Regiogelder sind die Rettungsboote für den Fall, dass die offizielle Währung durch überbordende Geldspekulation und wachsenden Umverteilungsdruck durch den Zins und Zinseszins ins Schwanken kommt", führte Margrit Kennedy als eine der Hauptrednerinnen der Tagung aus. Obwohl immer mehr Geld in der Wirtschaft vorhanden ist, fehle es an vielen Stellen. Der Staat und die Kommunen werden von einer Schuldenlast erdrückt; die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer. Nur noch zwei Prozent des internationalen Geldverkehrs dient dem Welthandel mit realen Gütern und Diensten, 98% dienen der Spekulation.

"Das Geld ist nicht naturgegeben, die Spielregeln sind gestaltbar. Regiogelder bieten die Chance, den Rahmen für eine nachhaltige und kooperative Wirtschaft zu schaffen", sagte Christian Gelleri, Initiator der Tagung und Geschäftsführer des "Chiemgau-Regional". Der "Chiemgauer", der im Rahmen eines Schülerunternehmens der Waldorfschule in Prien herausgegeben



Anlass war der Start des "Chiemgauers", der sich als Modellprojekt für die Entwicklung von regionalen Komplementärwährungen in Deutschland versteht. Komplementärwährungen ersetzen nicht das gesetzliche Zahlungsmittel, sondern sind ein nichtstaatliches Geld, das in begrenzt-

wird, will die regionale Wirtschaft stärken, die Kaufkraft in der Region binden und gemeinnützigen Initiativen in der Region bei der Finanzierung helfen. Damit der "Chiemgauer" im Fluss bleibt, unterliegt er einer laufenden Wertminderung. Man kann mit "Chiemgauern" ganz normal in Geschäften bezahlen. Ein Rücktausch in den Euro ist gegen einen Abschlag von 5% jederzeit möglich.

Weitere Informationen gibt es auf den Webseiten: www.freigeld.de | www.roland-regional.de
www.chiemgauer-regional.de

Thomas Mayer

Argentinischer Tauschhandel in der Krise

Das Netz für solidarischen Tausch "Club el Trueque", das es Tausenden von Arbeitslosen in Argentinien ermöglichte, durch Tauschhandel ihren Lebensunterhalt zu sichern, befindet sich in einer tiefen Krise und funktioniert nur noch auf minimalem Niveau.

Das Netz für Tauschhandel gründet sich auf den Tausch von Produkten und Dienstleistungen, deren Wert in Gutscheinen, den sogenannten "creditos" gerechnet wird. Nach Schätzungen vom "Club el Trueque" gab es Mitte vergangenen Jahres 5800 Tauschknotenpunkte mit mehr als einer Million von "Prosumenten" – Produzenten, die gleichzeitig Konsumenten sind – die sich in dieser informellen Wirtschaft versorgten. Derzeit arbeitet das Netz mit weniger als einem Drittel dieser Teilnehmerzahl.

In den letzten Monaten des Jahres 2002 war "El Trueque" Angriffen verschiedenster Art ausgesetzt: Diebstahl von Waren, Zerstörung seiner Archive, Druck von extremen Gruppen, die die Benutzung der offiziellen Währung durchsetzen wollten, und eine Medienkampagne, die das System und die Personen die es vertreten, verunglimpfte. Ein Medienunternehmen benutzte seinen Radiosender, seine Tageszeitung und seinen Fernsehkanal, um – ohne Beweise vorzulegen – zu behaupten, dass die in den Clubs gehandelte Ware aus Diebstählen einer Bande stamme, der auch Carlos Desanzo, einer der Pioniere des Tauschnetzes, angehören würde.

Der große Schlag allerdings wurde dem Tauschnetz durch die Fälschung von "creditos" in großem Maßstab versetzt. Nach Angaben von Desanzo waren die umlaufenden Papiere zwischenzeitlich zu 90 % falsch. Dieser Zufluss von Guthabepapieren ohne realen Gegenwert ließ die Preise bis auf das Vierzigfache steigen.



Zur Fälschung kamen noch andere Probleme hinzu. Das Modell, das inmitten der Krise den Mittellosen viel nützte und das vom System so sehr verleumdet wurde, wird jetzt von großen Multis kopiert. Transnationale Unternehmen wie beispielsweise Monsanto, Petrobras, Bayer und Nissan organisieren Agrarmessen für etwa 11.000 Produzenten und bieten ihnen im Tausch gegen ihr Getreide ein verführerisches Paket an, das Saatgut, Düngemittel und sogar Fahrzeuge und Kraftstoff enthält.

Quelle: *Lateinamerika Nachrichten*
Nr. 346 vom April 2003

VERANSTALTUNGEN

Money moves – away from Greed and Scarity

Englischsprachiges Symposium vom 5.-7. Juli 2003 und **Implementing Global and Bioregional Complementary Currencies**

Open Space Workshop vom 7.-12. Juli 2003 im Lebensgarten Steyerberg bei Nienburg mit Dr. Hazel Henderson (Florida/USA), Prof. Dr. Margrit Kennedy (Steyerberg), Prof. Dr. Bernard Lietaer (Berkeley/USA) und Dr. Sham Turnball (Sydney/Australien).

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Lebensgarten Steyerberg
Ginsterweg 3, 31595 Steyerberg
Tel.: 057 64 – 23 70 | Fax: 057 64 – 25 78
E-Mail: lebensgarten_ev@t-online.de
Internet: www.lebensgarten.de
www.margritkennedy.de | www.stable-money.com

Wenn die Rohstoffe knapp werden ...

Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am 12. und 13. Juli 2003 im Seminargebäude in Boll. Vorträge von Prof. Dr. Dirk Löhner "Die Knappheit der Rohstoffe als ökologisches und ökonomisches Problem", Martin Wiedmaier "Abfall vermeiden und Abfall verwerten", Eckhard Behrens "Rohstoffe als globale Güter – nur begrenzt förderbar, aber frei handelbar", Fritz Andres "Klimawandel als Emissions- und als Rohstoffproblem", Eckhard Behrens "Rohstoffe und internationale Friedensordnung".

Weitere Tagungen des Seminars in Boll:

"Menschenrechte und Globalisierung"

am 11. und 12. Oktober 2003 und

"Reform der Altersversorgung"

am 15. und 16. November 2003.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll
Tel.: 071 64 – 35 73 | Fax: 071 64 – 70 34
E-Mail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

Sabbatökonomie

Tagung der Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) vom 5.-7. September 2003 in der Evangelischen Akademie Thüringen in Neudietendorf bei Erfurt mit Dr. Franz Segbers "Eine Ökonomie, die dem Leben dient – die Alternative der Sabbatökonomie", Dietrich Koller "Geld oder Leben", Prof. Dr. Roland Geitmann "Elemente einer gerechten Wirt-

schaftsordnung", Dr. Norbert Olah "Neutrales Geld". Norbert Schneider und Frieder Schenke berichten über das "Tauschnetz Saalfeld" und "Elektronisches Bargeld in Dresden". Christina Erdmenger präsentiert den Video-Film "Geldlos glücklich – Die Abenteuer der Rosemarie Schwerner".

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Evangelische Akademie Thüringen
Zinzendorfhaus, 99192 Neudietendorf
Tel.: 036 202 – 984-0
E-Mail: info@ev-akademie-thueringen.de
Internet: www.cgw.de und
www.ev-akademie-thueringen.de

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Ass.jur. Fritz Andres

Dhauner Str. 180, 55606 Kirn/Nahe

Dipl.-Kfm. Ralf Becker

Kasernenstr. 36, 52064 Aachen

Dr. Hans Diefenbacher

c/o FEST - Institut für interdisziplinäre Forschung
Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg

Dr. Dieter Fauth

Bismarckstr. 15, 97080 Würzburg

Prof. Dr. Roland Geitmann

Martin-Bucer-Str. 6, 77694 Kehl

Dipl.-Vw. Ass.jur. Jörg Gude

Wiedel 13, 48565 Steinfurt

Prof. Dr. Ernst Ulrich Köpf

Bergstr. 27, 01737 Tharandt

Dipl.-Vw. Thomas Lang

Friedrichstr. 19, 90408 Nürnberg

Thomas Mayer

Öschstr. 24, 87437 Kempten

Prof. Dr. Hans Georg Nutzinger

c/o Universität/GHS Kassel, FB Wirtschaft
Nora-Platiel-Str. 4, 34127 Kassel

Dipl.-Soz.-Wiss. Christiane Thorn

Fockestr. 23, 04275 Leipzig